

ONLINE-MATERIAL

**ZUR STUDIE «PORTIONIERTER ARMUT, BLACKBOX REICHTUM. DIE ANGST DES JOURNALISMUS VOR DER SOZIALEN KLUFT»
VON HANS-JÜRGEN ARLT UND WOLFGANG STORZ**

GESAMT-ANALYSE «DER SPIEGEL» VON WOLFGANG STORZ

1 PRIVATE ARMUT (5 TEXTE; START MIT AUSGABE 17/2008)

Heft 7/2008 – Thema: Altersarmut

Das Thema Altersarmut wird in einem längeren informativ gehaltenen 3,5-seitigen Text beschrieben. Headline und Vorspann lauten: «Die Hungerrentner von morgen» und «Langzeitarbeitslose, Geringverdiener, Solo-Selbständige: Millionen Babyboomern droht im Alter bittere Armut, viele werden als Rentner nur noch Leistungen auf Sozialhilfeniveau bekommen, warnen Ökonomen. Gibt es Wege aus der Versorgungsfalle?»

Anhand von Einzelschicksalen wird die Problematik intensiv geschildert, allgemeine Entwicklungen werden auch anhand von Grafiken dargelegt.

Im Text heißt es unter anderem: Es handle sich um Menschen mit monate- oder jahrelangen Brüchen in der Erwerbsbiografie, «in denen sie nur wenig oder gar nichts ins System eingezahlt haben. Diese Lücken konnten oder wollten sie nicht anderweitig auffüllen: mit einer Lebensversicherung etwa oder Immobilien. Das rächt sich nun.» Es folgt der Satz: «Mit der gesetzlichen Rente allein jedenfalls werden solche Lücken-Büßer kaum über die Runden kommen: Ein Durchschnittsverdiener, der bloß 30 Jahre eingezahlt hat, bekommt künftig höchstens 650 Euro Rente raus.» Altersarmut, das sei absehbar, werde «zu einem Massenphänomen, sie verändert grundlegend das Gesicht des Landes und den Alltag seiner Bürger.» Nach der Problembeschreibung wird erläutert, dass Teilzeitarbeit, prekäre Arbeitsverhältnisse und Niedriglöhne die Ursache von Altersarmut sind. Es wird nur ein Akteur genannt, der Schuld an dieser Entwicklung trägt: «Die Politik hat in der Tat kräftig mitgewirkt am Aufschwung solcher flexiblen, aber fragilen Erwerbsformen. Sie seien «politisch gewollt und finanziell gefördert» worden, bemerkt Uwe Fachinger, Ökonom an der Hochschule Vechta, doch dabei werde ausgeblendet, dass sie «die sozialen Sicherungssysteme vor besondere Herausforderungen stellen». Mit anderen Worten: Eine spätere Politikergeneration wird es ausbaden müssen, dass ihre Vorgänger solche Jobs unzureichend abgesichert haben.»

Und die Politik allein wird als Problemlöser genannt: «Die Niedrigverdiener von heute werden die Hungerrentner von morgen sein, sofern die Politik nicht doch noch einen Ausweg findet.» Zum Schluss wird noch eine individuelle «Problemlösung» skizziert: Ein West-Rentner zieht in den Osten, nahe der Grenze zu Polen, um dort günstiger zu leben.

Anmerkungen:

Dieser Text behandelt einen Aspekt unseres Themas, da er auf die drohende künftige Altersarmut eingeht. Altersarmut wird nach diesem Text zu einer Massenerscheinung. Die heutige bereits bestehende Altersarmut und diejenige von Nicht-Erwerbstätigen wird in diesem Text nicht behandelt. Die Individuen werden dafür von «Schuld» nicht losgesprochen, sie wird ihnen auch nicht direkt und unzweideutig zugeschoben, es bleibt im Vagen.

Als Ursache wird die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt genannt: die Zunahme von Geringverdienern und von prekär Beschäftigten. Es wird auf Basis des Zitates eines Wissenschaftlers angedeutet, dass diese Arbeitsmarkt-Verhältnisse Folge von Entscheidungen der Politik ist; es wird dabei tatsächlich von «der Politik» gesprochen, also in keiner Weise nach Parteien, Opposition und Regierung differenziert. Andere Akteure werden in nennenswertem Umfang nicht genannt. Wesentliche Zusammenhänge und Akteure – beispielsweise Unternehmen und ihre Verantwortung für Löhne und Arbeitsverhältnisse, Zielkonflikt zwischen Billiglöhnen als Wettbewerbsfaktor und als Ursache von Armut, Teil-Privatisierung des Rentensystems, allgemeine Verteilungsgerechtigkeiten etc. – bleiben außen vor.

Heft 41/2008 – Thema: Kochen und Hartz IV

Der Text «Kostet nix» aus der Rubrik «Ortstermin» schildert einen Kochkurs eines Kochs in Frankfurt am Main, der Hartz-IV-Empfängern zeigen will, wie sie für wenig Geld gesund und gut kochen. Das Ergebnis: «Oliver Schneider hat ausgerechnet, dass man nur 8 Euro am Tag braucht, um sich vollwertig zu ernähren. Der Regelsatz von Hartz IV beträgt 351 Euro im Monat. Für Lebens- und Genussmittel sind pro Tag 4,32 Euro vorgesehen. Viele Wissenschaftler und Politiker finden, dass man sich von 4,32 Euro prima ernähren kann. Das Berliner Finanzministerium hat einen Speiseplan anfertigen lassen, der das belegen soll. Die aufgelisteten Mahlzeiten stammen vom Discounter. Es gibt Leberkäse, Instantkartoffelbrei und Sauerkraut aus der Dose.»

Heft 43/2009 – Thema: Hartz IV und Kinder

Die Überschrift lautet: «Abrechnung in Karlsruhe». Und der Vorspann: «Fast 1,7 Millionen Kinder sind auf Hartz IV angewiesen. Jetzt muss das Bundesverfassungsgericht prüfen, ob ihr Leben durch politische Willkür unnötig erschwert wurde.»

Das Bundesverfassungsgericht verhandelt die Klage, die Bezüge für Kinder und Erwachsene seien nicht sorgfältig genug ermittelt worden und deshalb zu niedrig. Es wird im Detail die umstrittenen Berechnungen für Erwachsene und vor allem für Kinder dargelegt.

Anmerkungen:

Der Text behandelt mit der Kinder-Armut einen Aspekt des Untersuchungs-Gegenstandes. Auch in diesem Fall wird das Thema Berechnungsgrundlagen losgelöst von allen anderen Fragen behandelt, das Thema wird also in keinen Kontext gestellt, außer dem der potenziellen politischen Willkür. Die Politik, auch hier sehr pauschal angesprochen, spielt eine negative Rolle.

Heft 33/2012 – Thema: Hartz-IV-Empfängerin mit 32 000 Euro

Unter der Rubrik «Eine Meldung und ihre Geschichte» wird der Fall einer jungen Frau, die Hartz-IV-Zahlungen erhält und zugleich als Drogendealerin arbeitet, unter der Überschrift «1326 Gramm Hoffnung» auf einer Seite recht sachlich aufbereitet. Sie wird so vorgestellt: «Frau B. ist 26 Jahre alt, nicht vorbestraft, alleinerziehende Mutter. Sie trägt blondes Haar mit einer braunen Strähne im Pony und einen glitzernden Stern im Ohr. Sie sieht nicht aus wie eine Verbrecherin. Aber ihr Leben lief immer anders, als sie sich das vorgestellt hatte ...» Und: «Aus dem Studium wurde nichts, stattdessen machte sie eine Ausbildung zur Verkäuferin. Sie verpasste den Berufseinstieg und lebte nun von Hartz IV. Sie hatte ihren Sohn, allein, eine kleine Wohnung in Sonsbeck am Niederrhein und keine Perspektive. Aber ihre Wünsche waren noch da. Dann lernte sie einen Mann kennen.»

Heft 37/2012 – Thema: Altersvorsorge und Finanzmarkt-Krise

Der knapp vierseitige Bericht «In der Vorsorgefalle» beschäftigt sich mit der Frage einer drohenden Altersarmut. Die Unterzeile lautet: «Das Niveau der gesetzlichen Rente schrumpft, Lebensversicherungen, Aktien oder Fonds werfen immer weniger Rendite ab: Vielen Bürgern, die vom goldenen Ruhestand träumen, droht ein böses Erwachen.»

Anhand von zahlreichen Beispielen wird illustriert, welche Altersvorsorge heutige junge Geringverdiener, aber auch ältere Bürger zu erwarten haben. Die Grundthese: Die Finanzmarktkrise zeige, dass die private Vorsorge wie geplant nicht funktioniere, da alle entsprechenden Anlagen die notwendige Rendite nicht abwürfen. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung müssten zudem immer länger Renten bezahlt werden von den Versicherungen. Die gesetzliche Rente werde selbst Durchschnittsverdienern in zwei Jahrzehnten nur noch ein Leben am Rande des Existenzminimums sichern, zeigten die Daten des Bundesarbeitsministeriums. Die Zustandsbeschreibung mündet in den Satz: Nun bringe «ein neues Angstwort die Republik in Wallung: Altersarmut». Zu den Gründen heißt es zum einen: «Der Grund für diesen Trend ist klar: Die Zahl der Arbeitnehmer in atypischen Beschäftigungsverhältnissen stieg seit 1996 von gut sechs auf über zehn Millionen.» Und zum anderen: «Dass die gesetzliche Rente in vielen Fällen nicht mehr ausreicht, den Lebensstandard zu sichern, ist seit langem bekannt. Neu dagegen ist, dass auch jene Vorsorgesysteme in die Krise geraten, die sich die Politiker als Ersatz gedacht hatten.

Als Deutschlands Rentenreformer vor rund einem Jahrzehnt die Leistungen des gesetzlichen Systems zusammenkürzten, setzten sie darauf, dass die Bürger die entstehenden Versorgungslücken mit privater Vorsorge decken würden.»

Es werden dann die Analysen und Positionen von Regierung und Parteien dargelegt und zum Schluss die quasi «redaktionelle Empfehlung» gegeben: «Würde die nächste Bundesregierung eine Vorsorge-Agenda 2020 beschließen, müsste sie aus folgenden Elementen bestehen: einem Programm zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit, einer Qualifizierungsoffensive und flächendeckenden Mindestlöhnen. Und, daran

führt angesichts der steigenden Lebenserwartung kein Weg vorbei: aus langfristig steigenden Altersgrenzen.» Es wird als Experte dann der Münchner Ökonom und langjährige Regierungsberater Axel Börsch-Supan zitiert, der bestätigt, dass dieses Problem sich nur «auf dem Arbeitsmarkt» lösen lasse.

Anmerkungen:

Grundsätzliche Kritiker des heutigen Systems der Altersvorsorge und dessen Teil-Privatisierung werden nicht als Akteure zitiert. Es wird auch kein Zusammenhang hergestellt, dass das hier geschilderte Grundproblem – der Niedriglohn-Sektor – von Bundesregierungen bewußt geschaffen worden ist, um mit Hilfe der Agenda 2010 die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zu steigern; auf diesen Zielkonflikt wird nicht aufmerksam gemacht.

Die grundlegende und von vielen Fachleuten von Anfang an vertretene Befürchtung, das private kapitalgedeckte Vorsorgeverfahren sei risikoreich und müsse nicht so funktionieren wie von den Befürwortern vorhergesehen, wird ohne weitere Beschreibung als «neu» bezeichnet, als ob es nun eine Überraschung sei; eine tiefergehende Ursachenbeschreibung, abgesehen von dem Hinweis auf die Finanzmarkt-Krise, gibt es nicht. Mit dem Hinweis auf «die Politiker», welche die entsprechenden Rentenreformen umgesetzt haben, wird verschwiegen, dass viele Politiker, Gewerkschaften und Sozialverbände gegen die damals geplanten Rentenreformen sich engagierten und votierten. Die Autoren plädieren dann für ein «Lösungspaket», das – einschließlich eines späteren Renteneintrittsalters – ausschließlich auf den Arbeitsmarkt setzt (mehr besser bezahlte und sozial abgesicherte Arbeitsplätze, vor allem für Frauen). Der bereits oben erwähnte grundlegende Zielkonflikt wird in diesem Zusammenhang nicht erwähnt.

Heft 39/2012 – Thema: Ungerechtes Schulsystem und «Bildungsarmut»

Der Bericht «Ungerecht – na und?» handelt von dem neuen Buch der Wissenschaftlerin Allmendinger: «Die Soziologin Jutta Allmendinger zeigt am Beispiel von vier Kindern auf, wie unfair es im deutschen Schulsystem zugeht. Die Erkenntnis ist nicht neu, aber das macht den Skandal nur größer.»

Allmendinger habe bereits in den 90iger Jahren «den Begriff der «Bildungsarmut» geprägt. Der Bericht beschreibt die Ansichten und Analysen von Allmendinger, nach denen etwa 20 Prozent der Kinder in dem Bildungssystem scheitern, unter anderem weil sie aus sozialen Verhältnissen kommen, in denen ihnen nicht geholfen wird oder geholfen werden kann. Es sei notwendig, alle Potenziale auszuschöpfen, weshalb der Staat in Schulen in sozialen Brennpunkten mehr Geld und mehr Personal investieren müsse. Sie plädiert auch für eine gemeinsame Schule für alle Kinder und Jugendlichen bis mindestens 14 Jahre. Ihre Positionen und die anderer Wissenschaftler, die ähnliche Positionen einnehmen, werden recht sachlich referiert.

Anmerkungen:

Der Bericht macht indirekt darauf aufmerksam, dass sich Armuts- und Reichtumsverhältnisse meist ganzheitlich auswirken; wer in so genannten sozial schwachen Verhältnissen aufwächst, hat weniger Chancen im Bildungssystem, damit im späteren Berufsleben, verdient wiederum weniger Geld als andere, hat eine labilere Gesundheit etc. .

2. REICHTUM VON PERSONEN UND UNTERNEHMEN (34 TEXTE; START MIT AUSGABE 17/2008)

Heft 10/2008 – Thema: Interview Ackermann

In einem etwa dreiseitigen Interview unter der Überschrift «Wir sind doch keine Unmenschen» wird «Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, 60, über die schwindende Akzeptanz der Marktwirtschaft in der Bevölkerung, über Steuersünden und andere Verfehlungen der Top-Manager sowie die Ursachen und Folgen der gegenwärtigen Finanzkrise» interviewt.

Heft 12/2008 – Thema: Gold

Die 13-seitige Titelgeschichte «Der Fluch des Goldes» geht dem Thema nach:

«Kreditkrise, Rezessionsfurcht, Inflationsangst: Die Beben der Weltwirtschaft haben den Goldpreis über die 1000-Dollar-Marke katapultiert. Doch der Boom hat viele dunkle Seiten: Für die Gier der Reichen werden Menschenleben und Umwelt aufs Spiel gesetzt.»

Heft 12/2008 – Thema: Interview mit Milliardär Dommermuth

Das etwa fünfseitige Interview «Nicht alle wollen mehr» mit Ralph Dommermuth, «jüngster Selfmade-

Milliardär Deutschlands,» dreht sich um die Fragen: Steueraffären, Verantwortung der Eliten, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich sowie «seinen Ärger über unverschämte Raststätten-Preise». Die Redaktion fragt kritisch nach, aber im Mittelpunkt steht zwangsläufig die Position des Interviewten. So antwortet er unter anderem: «Ich weiß, dass es schwer ist, mit vier Personen von 1750 Euro zu leben. Weil ich Ähnliches selbst erlebt habe. Als ich mit 17 von zu Hause auszog, bekam ich als Banklehrling rund 800 Mark, ebenfalls brutto. Ich kann gut nachvollziehen, dass es Familien gibt, die sich heute kaum einen Kinobesuch leisten können. Das ging mir früher manchmal auch so.» Und: «Bei uns kann jeder alles werden. Teilweise ist das aber leider nur Theorie, denn wir haben in Deutschland an einer entscheidenden Stelle keine wirkliche Chancengleichheit. Eine gute Ausbildung der Kinder ist von sozial schwächeren Familien oft schwierig zu leisten. Dort müssen wir ansetzen. Wenn wir allen gleiche Startchancen gewähren könnten, müssten wir später keine Gerechtigkeitsdebatte führen.»

Heft 17/2008 – Thema: Vom Werden einer eigenen Reichen-Welt

Die Überschrift lautet: «Die Flucht der Elite». Und der Vorspann: «Sie schicken ihre Kinder in Privatschulen, ziehen in bewachte Viertel und verlassen das Sozialsystem. Die deutschen Eliten fangen an, sich aus der Solidargemeinschaft zu verabschieden. Eine Regierungsstudie belegt: Die Spaltung der Gesellschaft wächst, die Politik ist hilflos.»

Es wird zum Einstieg in den dreieinhalbseitigen Text der Alltag in exklusiven kommerziellen Kindergärten geschildert. Die These: «Der erstaunliche Erfolg der kommerziellen Kindergartenkette ist symptomatisch für den Zustand der deutschen Gesellschaft, die sich nach neuesten Regierungszahlen immer mehr zu einem Zweiklassensystem entwickelt. Da gibt es ganz oben die Eliten, die sich – unzufrieden mit dem mangelhaften Leistungsangebot des Staates – zunehmend aus der Solidargemeinschaft verabschieden. Und da gibt es unten die große Masse der Menschen, die keine Chance haben, dem staatlichen Bildungssystem, den gesetzlichen Sozialversicherungen und dem Problemkiez vor der Tür zu entkommen.» Die soziale Kluft wird anhand einer Statistik der Universität Duisburg-Essen und anhand des noch nicht veröffentlichten neuen Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung erläutert: Der Anteil der Geringverdiener an den Beschäftigten steige ständig, sage der erstgenannte Bericht. Die Zahlen für den Armuts- und Reichtumsberichts seien noch unter Verschluss, es werde um deren Deutung noch gerungen. Unter anderem gehe es um die Frage, ob je nach Berechnungsmethode 13 oder 18 Prozent der Deutschen als arm zählten. Aber jetzt schon stehe fest, der Bericht sei angetan, um die Arm-Reich-Debatte im Land neu zu entfachen: «Die wachsende Spaltung zwischen Arm und Reich zeigt sich vor allem in der Verteilung der Vermögen. Die wohlhabendsten 10 Prozent der Haushalte besitzen fast 60 Prozent des gesamten Reichtums.» Anhand von Beispielen wird vor allem aus der Sicht der Steuerzahler geschildert, wie die Mittelschichten das Vertrauen vor allem in Gesundheitssystem und Bildungswesen verlören. Das Auseinanderdriften der Einkommen bei den oberen und unteren zehn Prozent wird anhand einer Grafik geschildert. Wissenschaftler wie Hartmut Häußermann und Birger Priddat bestätigen, dass die oberen Schichten «aus Statuspanik» sich zunehmend nur noch um sich kümmern. Der Akteur Politik wird mit dem Satz beschrieben: «Die Politik hat das Problem erkannt, reagiert aber hilflos.» So wird im Zusammenhang mit Kritik von Politikern an der Steuerhinterziehung des Managers Zumwinkel argumentiert, Ökonomen wüssten, dass Steuerhinterziehung bis weit in die Mittelschicht hinein verbreitet ist. Weiter: «Die Politik sei daran nicht unschuldig, sagt der Kölner Finanzwissenschaftler Clemens Fuest. Das Unrechtsbewusstsein schwinde, weil die Bürger verstärkt den Eindruck hätten, dass sie für ihre Steuern keine angemessene Gegenleistung erhielten.» Ob ein Bürger Steuern zahle, hänge jedoch «ganz entscheidend davon ab, ob die Bürger das Gefühl haben, das Geld werde sinnvoll eingesetzt. Und daran fehlt es gewaltig. Das Vertrauen der Deutschen in ihren Staat ist offenbar auf ein neues Rekordtief gesunken. Laut einer vergangene Woche veröffentlichten Allensbach-Umfrage gehen 77 Prozent der Deutschen davon aus, dass Steuerhinterziehung «weit verbreitet» ist.»

Anmerkungen:

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ist aktueller Anlass für diesen 3,5 Seiten langen Text, in dem geschildert wird, wie sich die wohlhabenderen und reichen Schichten von der Gesellschaft ab- und ihrem Egoismus zuwenden, weil sie nicht länger bereit sind, Steuern zu bezahlen, da der Staat das Geld in ihren Augen nicht sinnvoll ausgibt und nur ein unzureichendes Leistungsangebot für diese Klientel bietet; ein Sachverhalt, der behauptet, aber nicht belegt wird. Die Ursache dieser Entwicklung liegt also, so der Text, wesentlich in dem unzureichenden Verhalten des Staatsapparates. Und vor diesem Hintergrund wird auch das Vergehen Steuerhinterziehung gerechtfertigt, wenigstens stark relativiert.

Es gibt keine Schilderung von Hintergründen und keine Einbettung, keine Analyse der Ursachen für die immer tiefer werdende Kluft. Die Verhältnisse werden als gegeben dargestellt. In diesem Zusammenhang zu ergreifende politische Maßnahmen spielen ebenfalls keine Rolle. Ansprechpartner sind als

verantwortliche Akteure Staat und Politik, die um das Problem wissen, aber keine Antwort haben, weitgehend versagen und (offenkundig zurecht) kein Vertrauen mehr genießen; auch hier wird pauschal von «der Politik» gesprochen. Der Steuer-Bürger wendet sich ab, auch indem er Steuern hinterzieht, da er nicht länger glaubt, dass die Gelder sinnvoll eingesetzt werden. Das heißt, die Abwendung und Steuerhinterziehung wird als rationales Notwehr-Verhalten beschrieben. Es wird eine Zwei-Klassen-Gesellschaft konstatiert, ohne dass gefragt oder gar beantwortet wird, warum es mehr privaten Reichtum und mehr private Armut gibt. Im Zusammenhang mit der letzteren Entwicklung gibt es lediglich den Hinweis, es gebe immer mehr Geringverdiener.

Überraschend und ohne genauere Erläuterungen werden zudem die Mittelschichten als Akteur erwähnt und deren stärker werdende Distanz zum Staat beschrieben.

Heft 23/2008 – Thema: Alltag und Lebensweisen von Millionäre

Die Überschrift des Berichtes, eine Seite lang, lautet: «Die armen Reichen». Und die Unterzeile: «Ortstermin: In München kümmert sich ein Lobbyist um die Sorgen der Millionäre.»

Im Jahr 2009 soll es erstmals in Deutschland eine Millionärsmesse geben. Bei der Promotionstour ist die Resonanz noch bescheiden: «Gijrath schaut auf die 20 Journalisten, die sich in dem Hotelsaal verloren haben. Womöglich ist der Zeitpunkt schlecht. Gijrath geht es um die Reichen. In Deutschland wird gerade über die Armen geredet. Deutsche Politiker sagen: Der Aufschwung kommt unten nicht an. Die Mittelschicht schrumpft. Es gibt den neuen Armutsbericht, das deutsche Prekariat und Kurt Beck und die Idee einer Reichensteuer. Alle schauen nach unten.» In dem Text erfährt man auch: «Der Luxusmarkt sei einer der am schnellsten wachsenden Märkte überhaupt. 150 Milliarden Dollar Umsatz 2007. 300 Milliarden Dollar Umsatz in den nächsten Jahren. Das Gute sei: Die Reichen werden immer mehr. Genauso wie die Armen.» Und: «Der Reiche ist, im Gegensatz zum Armen, kaum erforscht. Im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird der Reichtum immerhin definiert. Es gibt eine Zahl. Reich ist, wer, alleinlebend, mehr als 3418 Euro netto bekommt. Aber echter Reichtum, sagt Gijrath, beginnt erst ab fünf Millionen Euro, netto.» Über die Zukunft heisst es: «Die Zukunft des Reichtums aber, das ist die «Billionaire Fair». Die Milliardärsmesse. Nicht in Deutschland, sondern in Dubai. Die Frage wird sein, was man da noch anbieten will. Rassepferde in Blattgold? Alles ist denkbar, sagt Yves Gijrath und verlässt schnell den fast leeren Saal.»

Anmerkungen:

Der Text schildert indirekt, wie Reiche in Deutschland leben und leben wollen. Das Vorhandensein von Reichtum wird als selbstverständlich unterstellt. Auf kurzem Platz wird mit kleinen sachlichen und manchmal angedeutet ironischen Skizzen sichtbar gemacht, wie weit die sozialen Welten auch in Deutschland auseinanderliegen, ab wann wirklicher Reichtum beginnt und wie versucht wird, Reichtum öffentlich zu inszenieren, öffentlich zu leben und mit ihm – für die Mentalität in diesem Land recht ungeschickt – Geschäfte zu machen.

Heft 40/2008 – Thema: weltweite Finanzkrise

Die etwa 12-seitige Titelgeschichte «Der Offenbarungseid» hat den Vorspann: «Die Bankenkrise erschüttert die amerikanische Vorherrschaft auf den Finanzmärkten und in der Weltpolitik. Die Industrieländer schlittern in die Rezession, die Ära des Turbokapitalismus geht zu Ende, die militärische Macht der USA schwindet. Die Welt steht vor einer Neuordnung.» Der Vorspann macht deutlich, der Text dreht sich vor allem um die USA und mehr als um ihre wirtschaftliche Lage und die Finanzmarktkrise. Die in unserem Zusammenhang interessierenden Aspekte werden am Rande in kürzeren Absätzen erwähnt. So heisst es: Nun sei die Zeit vorbei, in der die USA «der Welt ihre ökonomischen Spielregeln aufdrängen konnten, die auf immer noch mehr Profit zielten – ohne darüber nachzudenken, dass solche Renditen durch seriöses Wirtschaften nicht zu erzielen sind». Und: «Der amerikanische Turbokapitalismus mit seinem Dreisatz aus billigem Geld, freien Märkten und zweistelligen Gewinnmargen hat im vergangenen Vierteljahrhundert weltweit die wirtschaftlichen Standards gesetzt. Jetzt entpuppt er sich als gigantisches Schneeballsystem, dessen krachender Zusammenbruch zugleich die weltpolitische Stellung der USA erschüttert.»

Weiter: «Geiz und Gier waren schon immer die zentralen Werte der Wall Street, nun aber wurden sie weltweit auch zum Maßstab für die Realwirtschaft. Die amerikanische Geldindustrie finanzierte die Globalisierung und die Internet-Revolution, den Aufschwung Asiens und den Rohstoffboom. «Wir brauchen eine Rendite von 25 Prozent», sonst sei das Kredithaus «international nicht wettbewerbsfähig», forderte etwa Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann – und setzte damit eine Marke, die bald nicht nur für Geldhäuser gelten sollte, sondern auch für Autokonzerne, Maschinenbauer oder Stahlunternehmen. Doch wie es so ist mit Erfolgsrezepten: Irgendwann wird die gesunde Dosis überschritten, irgendwann stellen sich so viele Risiken und Nebenwirkungen ein, dass aus dem vermeintlichen Heilmittel ein Krankmacher

wird.» Es werden an ein, zwei Stellen auch hintergründige Zahlen geliefert: «Das Finanzvermögen, das die Volkswirtschaften im Ausland halten, hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten mehr als versiebenfacht. Das Marktvolumen der Derivate, mit denen weltweit auf Zins-, Aktien- und Kreditrisiken gewettet wird, erreichte Ende 2007 unvorstellbare 596 Billionen Dollar.» Und die mutmaßlichen Folgen: «Weltweit stellen sich Ökonomen und Politiker darauf ein, dass mit dem amerikanischen Banken-Crash die Ära des Finanzmarkt-getriebenen Turbokapitalismus zu Ende geht. Die Finanzindustrie vor allem in den USA wird beträchtlich schrumpfen, das Gewicht der realen Wirtschaft deutlich zunehmen. Der Staat muss seine Aufsichtsfunktion wieder auf das alte Bankerprinzip ausrichten: Sicherheit zuerst.»

Heft 41/2008 – Finanzmarkt-Krisen und Krisenmanagement

Die gut 12 Seiten umfassende Titelgeschichte «Angst vor der Apokalypse» analysiert sehr akribisch und auf Basis einer Vielzahl von Quellen das Krisenmanagement von Regierungen, verschiedenen Banken und Währungshütern und potenzielle Folgen der Finanzmarktkrise auf Wirtschaft, Arbeitsplätze, Verbraucher und Sparer. Der zusammenfassende Vorspann lautet: «Mit der spektakulären Rettung der Hypo Real Estate konnte der Kollaps der deutschen Kreditwirtschaft gerade noch verhindert werden, doch die Gefahr ist längst nicht gebannt: Die Finanzkrise bedroht das Herz der deutschen Wirtschaft, die Bürger fürchten um ihr Geld.»

Die hier interessierenden Aspekte spielen keine Rolle.

Heft 41/2008 – Finanzmarkt-Krise und Lage in Deutschland

Der vierseitige Essay «Zeit der Krokodile» geht von folgender These aus: «Die Finanzkrise lässt nicht nur Vermögen schwinden, sondern auch das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft und die Reformfähigkeit Deutschlands. Der alte Gesellschaftsvertrag wird brüchig, für einen neuen fehlt womöglich die Kraft. Das alles ist ein Werk von Spielern.»

Der Autor wählt unter anderem das Bild der Spieler, vor allem angesiedelt in der Welt der Banken, die bisher viel Geld verdient hätten und nun sollten die Steuerzahler die Branche von Josef Ackermann retten: «Wie wahnsinnig das alles ist, erkennt man bei einem Blick zurück in die Jahre 2003 bis 2005. Damals setzte Bundeskanzler Gerhard Schröder seine Agenda 2010 durch. Die Arbeitslosenhilfe wurde abgeschafft. Wer seinen Job verliert, muss seitdem damit rechnen, zügig in die karge Welt von Hartz IV zu fallen. Der gesellschaftliche Diskurs wurde in jenen Jahren von den Staatsverächtern dominiert. Es war die große Zeit einer neoliberalen Ideologie, des Vertrauens in die Stärken des Einzelnen, in die Freiheiten. Das Wort Staat wurde fast zum Synonym für Drangsalierung, für Beklemmung, für Ineffizienz und Unfreiheit. Deregulierung war das Wunderwort jener Jahre. Diese Begleitmusik zur Agenda 2010 – von Politikern, Wirtschaftsleuten, Journalisten – war übertrieben, war ein Exzess des Schwarzweißdenkens: Verherrlichung des Individuums, Verteufelung des Staates. Sie hat die Stimmung im Land geprägt und verdorben. Aber die Agenda 2010 war richtig. Sie hat nicht zu viel reformiert, sondern zu wenig.»

Der Autor charakterisiert die Agenda 2010 als einen neuen Gesellschaftsvertrag: Der Arbeitnehmer müsse mehr leisten, er werde aber unterstützt. Weiter: «Zunächst sah es so aus, als würde der neue Gesellschaftsvertrag eingehalten. Seit einigen Jahren wächst die deutsche Wirtschaft wieder kräftiger, die Arbeitslosigkeit ist gesunken, von 5,2 Millionen im Februar 2005 auf 3 Millionen im September 2008. Ein Erfolg auch der Agenda, ein Erfolg auch der Lohnzurückhaltung. Trotzdem kamen bald Zweifel auf, ob es fair zugeht bei diesem Deal. Die Reallöhne stagnieren, während die Einkommen aus Vermögen und die Gewinne der Unternehmen stark gestiegen sind. Zudem sind Unter- und Oberschicht zu Lasten des Mittelbaus breiter geworden. ... So wird den größten Staatsverächtern nun Staatshilfe zuteil, und wahrscheinlich ist das sogar richtig, weil niemand weiß, was passiert, wenn ein großes deutsches Geldhaus zusammenbricht.»

Der Schluss des Autors: «Es geht auch darum, Demokratie und soziale Marktwirtschaft zu sichern. Ein wichtiger Schritt dabei ist, Staat und Unternehmertum in die richtige Balance zu bringen, Kontrolle und Freiheit. Aber das alles geht nicht ohne ein Wort, das wenig aufregend klingt, ein bisschen bieder sogar: Es heißt Ernsthaftigkeit.»

Anmerkungen:

Der Autor macht in wenigen Zeilen darauf aufmerksam, dass nach 2005 Vermögen gestiegen und Löhne gesunken seien. Ober- und Unterschichten hätten zulasten der Mittelschichten sich weiterentwickelt.

Heft 41/2008 – Thema: Berühmte Erben

In dem zweiseitigen Text «Der Name zählt» geht es um folgendes Thema: «Sie sind fast so berühmt wie ihre Eltern. Der Unterschied: Sie haben nichts für ihre Prominenz getan. Erben sind die neuen Helden der

Popkultur.» Anhand zahlreicher Beispiele werden Leben und Tun reicher Erben geschildert. Der Text ist begleitet von einem Interview mit Sighard Neckel, Soziologe, das sich um «prominente Erben, die Entwertung der Arbeit und die neuen Gesetze des Ruhms» dreht. Eine seiner Kernaussagen: «Nun, manche Gruppen aus den oberen Schichten konnten in den letzten Jahren große Reichtumsgewinne verzeichnen, die nicht auf eigenen Leistungen beruhen. Das hat unter anderem mit der Erbschaftswelle zu tun, die seit einiger Zeit über die Gesellschaft schwappt. Das ist historisch einmalig, weil es die Erträge aus einer langen Zeit des friedlichen Wohlstands sind. Und dies wird auch mit einer Mischung aus Neid und Neugier betrachtet. Reichtum wird aber nicht nur kritisiert, sondern vor allem bewundert und als gesellschaftliches Statussymbol angesehen.» Und weiter führt der Soziologe aus: «Ganz generell gilt: Reichtum hat Idolcharakter und findet Anerkennung auch dann, wenn man dafür im herkömmlichen Sinne nichts Besonderes tun musste. Arbeitsleistungen hingegen haben sich vielfach entwertet. Arbeit macht nicht reich, nicht einmal mehr wohlhabend. Und schon gar nicht berühmt.»

Heft 42/2008 – Thema: Finanzmarkt-Krise und Krisenmanagement

Der etwa 26 Seiten lange Titel «Der Schwarze Herbst» hat den Vorspann: «Verzweifelt mühen sich die Regierungen Europas und der USA, die Kernschmelze der Finanzmärkte zu verhindern. Für Kanzlerin Angela Merkel und die Große Koalition wird die Krise zur Bewährungsprobe. Sie planen ein radikales Notprogramm: die Staatsbeteiligung an privaten Banken.» Aspekte, die mit dem Untersuchungs-Thema zusammenhängen, werden nicht angesprochen.

Die Lage wird so analysiert: «Ihre (der Finanzmarkt-Krise, at/sto) zerstörerische Kraft nimmt von Woche zu Woche zu, Banken drohen zu kollabieren und müssen vom Staat gestützt werden, mit Island droht sogar erstmals einem ganzen Staat der Bankrott.» Und: «2008 geht eine Ära zu Ende – es war die Zeit eines ungezügelten Kapitalismus, der, ausgehend von den USA und angetrieben von enthemmten Finanzmärkten, die Weltwirtschaft grundlegend veränderte. Der Schulden für gesund und alle Risiken für beherrschbar erklärte. Der jetzt an diesen Schulden und Risiken erstickt – und die Weltwirtschaft mit in den Abgrund zu reißen droht. Die Krise frisst sich mit beängstigender Geschwindigkeit ins Fundament des Finanzsystems und gefährdet damit die Geldversorgung der Realwirtschaft. Die Wirtschaft weiß sich selbst nicht mehr zu helfen, der Staat muss handeln.

Jetzt sind die Regierungen gefordert, jede für sich, aber noch besser alle miteinander. Sie müssen eine Krise meistern, die so fundamental ist wie keine zuvor, weil sie das gesamte Finanzsystem der Weltwirtschaft infiziert hat. Es ist Angela Merkels Chance.»

Die Dimension der «entfesselten Finanzmärkte» wird in wenigen Sätzen so beschrieben: «Allein der Derivate-Markt schwoll unfassbar stark an, von 142 Billionen Dollar im Jahr 2002 auf gut 596 Billionen Dollar Ende des Jahres 2007. Hedgefonds wuchsen zu unkontrollierten Finanzriesen heran. Und die Investmentbanken spekulierten, von Aufsichtsbehörden weitgehend unbehelligt, munter mit geliehenen Milliardensummen.» In einem sich anschließenden Interview mit dem damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler, sagt der unter anderem: «Besonders in der angelsächsisch geprägten Finanzbranche glaubte man im Prinzip, aus nichts Gold machen zu können, und das dauerhaft. Das Investmentbanking und sogenannte Finanzinnovationen entkoppelten sich zusehends von der Realwirtschaft. Es ging nur noch um die Maximierung der Rendite. Man hat sich von der ethischen Grundlage des Wirtschaftens verabschiedet und sich aus der Mehrheitsgesellschaft ausgeklinkt.» Auf die Frage der Redakteure, wer denn die Schuld an der Entwicklung trage, dabei bot die Redaktion dem Befragten die interessante Alternative an «Ein paar gierige Individuen oder der Zeitgeist?», antwortete der Bundespräsident: «Es gibt eine gesellschaftliche Entwicklung, die heißt: Im Prinzip will jeder reich werden, und im Prinzip will jeder mit einem Minimum an persönlichem Aufwand reich werden. Man dachte, das geht am schnellsten mit Geldhandelsgeschäften, da muss man sich ja nicht die Griffel wund arbeiten. Diese Mentalität hat sich leider viel zu breitgemacht.»

Heft 43/2008 – Thema: Finanzmarkt-Krise und Krisenmanagement

Die etwa 20-seitige Titelgeschichte wird wie folgt überschrieben: «Die Krise nach der Krise». Und der Vorspann lautet: «Das historisch einmalige Rettungspaket für die Kreditbranche hat die Unruhe an den Finanzmärkten nicht beseitigt. Die Sorge vor einer tiefen Rezession und neuen Risiken in den Bankenbilanzen wächst. Muss die Regierung ein milliardenschweres Konjunkturpaket schnüren?» Aspekte, die eng mit dem Untersuchungs-Thema zu tun haben, werden nicht angesprochen. Jedoch heißt es beispielsweise in dem nachfolgend zitierten Absatz: «So oder so: Es kommen ungemütliche Zeiten auf die Deutschen zu. Rund 350000 Arbeitnehmer dürften im nächsten Jahr ihren Job verlieren, sagen die Institute voraus. Und auch der Staat wird mit bekannten Problemen zurechtkommen müssen. Der Schwächeanfall lässt die Steuereinnahmen schwinden und die Sozialausgaben steigen.»

Und wie selbstverständlich wird quasi als Sachzwang festgehalten: «Kein Wunder, dass die Ökonomen

angesichts solcher Zahlen düstere Ahnungen beschleichen. Selbst wenn die weltweite Rettungsaktion für die Finanzindustrie gelingt, der Preis wird beträchtlich sein. Um die gigantischen Pakete zu finanzieren, werden die Bürger bluten müssen. Je nach Szenario könnte es für viele Jahre steigende Inflationsraten, höhere Steuern oder einen wirtschaftlichen Abschwung mit Einkommensverlusten und Massenarbeitslosigkeit geben.»

Heft 43/2008 – Thema: Interview über Egoismus und Gier

Das knapp zweiseitige Interview – Überschrift: «50 Prozent reine Egoisten» – mit dem Wirtschaftspsychologen Ernst Fehr dreht sich um «die Gier des Menschen, die Gefahren ungehemmten Eigennutzes und die Entstehung von Massenpanik auf den Finanzmärkten». Anhand von Studien seien sie, so der Forscher, zu folgenden Ergebnissen gekommen: «Meistens führen wir unsere Studien mit ganz normalen Studenten in Zürich durch und sind dabei auf folgende Daumenregel gestoßen: 50 Prozent von ihnen sind nicht nur eigennützig, sondern zeigen auch soziale Motive und helfen anderen. Die anderen 50 Prozent der Studenten verhalten sich rein egoistisch.» Und nach der Frage nach dem Verhalten von Investmentbankern sagt der Forscher: «Bei denen könnte der Anteil der Egoisten sogar noch höher gewesen sein; denn es würde mich sehr wundern, wenn wir in diesem speziellen Wirtschaftszweig nicht eine Art Selbstselektion der Gierigen und Eigennützigen gehabt hätten. Jedes plausible ökonomische Modell würde so etwas vorhersagen: Die Leute, die besonders eigennützig sind, gehen in jene Sektoren, in denen besonders viel zu holen ist.» Dann stellt die Redaktion die Frage: «Stand also die Gier am Anfang der aktuellen Krise?» Die Antwort: «Es hat natürlich mit Gier und Eigennutz zu tun. Nur: Unsere Reaktion kann jetzt nicht darin bestehen, eigennütziges Verhalten zu verdammen und die Natur des Menschen ändern zu wollen. Uns alle motiviert – mehr oder weniger – der Eigennutz.» Das Rezept des Forschers: «Kluger Politik muss wieder stärker in Rechnung stellen, dass Motive wie Eigennutz den Menschen beherrschen. Sie muss ein Regelwerk schaffen, das verhindert, dass eigennütziges Verhalten sozial schädliche Auswirkungen hat.»

Heft 44/2008 – Thema Interview mit Erzbischof Reinhard Marx

Das dreiseitige Interview steht unter der Überschrift: «Wilde Spekulation ist Sünde». Der Vorspann lautet: «Reinhard Marx, 55, Erzbischof von München und Freising, über das Ende des Turbokapitalismus und die Bedeutung von Karl Marx für die Katholische Soziallehre.»

Marx positioniert sich so: «Aber engagierte Christen sollten in der Politik auch Strukturen verändern. Da reicht das karitative Engagement nicht aus. Die Wirtschaft muss gestaltet werden nach ethischen Prinzipien, ohne dass der Markt einfach außer Kraft gesetzt wird. Ja, wir brauchen eine gestaltete Marktwirtschaft, nicht die Revolution. Wir müssen die einfachen Fragen stellen: Was dient dem Menschen? Steht der Mensch im Mittelpunkt? Wie bekommt er Arbeit, wie bekommt er Ausbildung? All das sind Dinge, die nicht nur über Märkte zu regeln sind. Ich wundere mich, dass diese Erkenntnis verloren gehen konnte. SPIEGEL: Haben Sie eine Erklärung dafür? Marx: Die ist vielleicht ganz einfach. Es ist die Gier. SPIEGEL: Gier ist ein menschliches Grundmuster. Marx: Mir muss man als Bischof nicht sagen, dass da etwas im Menschen sitzt. Die Gier ist immer da, die Sünde ist da, bis der Herr wiederkommt.» Auf den Vorhalt, die Kirche sei eventuell zu lange politisch abstinent gewesen, sagt Marx: «Diesen Schuh ziehe ich mir nicht an. Ich bin lange im Bereich der katholischen Sozialbewegung und Soziallehre tätig. Und es war die Caritas, die den ersten Armutsbericht in Deutschland gemacht hat. Unsere Pfarreien sind nur dann in der Sendung, die von Jesus gegeben ist, wenn sie die karitative Seite mit im Blick behalten: Wo sind die Armen in diesem Stadtteil? Wenn das ausgeblendet ist, dann fehlt etwas in der Kirche.»

Heft 45/2008 – Thema: Interview mit Magnus Enzensberger

Das knapp dreiseitige Interview steht unter der Überschrift «Phantastischer Gedächtnisverlust» und der Vorspann lautet: «SPIEGEL-Gespräch mit dem Schriftsteller und einstigen Marxisten Hans Magnus Enzensberger, 78, über die aus der Finanzkrise geborenen Schreckensszenarien, die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus an unterschiedlichste Staatsformen und die Langeweile von Spielcasinos.» Als Enzensberger auf Krisenzyklen aufmerksam macht, fragt die Redaktion nach: «SPIEGEL: Machen Sie es sich nicht zu einfach? Es geht doch auch um Moral. Haben die Banker moralisch versagt? Enzensberger: Es ist ein bisschen viel verlangt, dass ausgerechnet die Banker für die Moral zuständig sein sollen. Übrigens will auch der kleine Anleger eine saftige Rendite»

Dann spricht die Redaktion, ungewöhnlich und auffallend, den folgenden Aspekt an: «SPIEGEL: Die Angleichung der Lebensverhältnisse ist doch ein ehrenwertes politisches Ziel. Enzensberger: Wunderbare Idee! Zum Beispiel die wackere sozialdemokratische Vorstellung, dass man die Armut durch das Steuersystem abschaffen kann, obwohl sich gezeigt hat, dass die Reichen offenbar immer reicher werden.

Andererseits ist die Definition der Armut auch ziemlich dünner Kaffee. Als arm gilt bekanntlich, wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens verdient. Nach dieser Definition müssten in einer Gesellschaft von Milliardären die Millionäre Sozialhilfe beantragen.»

Heft 47/2008 – Thema: Rekonstruktion der Finanzmarkt-Krise

Die fast 40-seitige Titelgeschichte trägt die Überschrift: «Der Bankraub». Der Vorspann lautet: «Können die Politiker der wichtigsten Wirtschaftsnationen die destruktiven Kräfte der Finanzmärkte wieder in den Griff bekommen? Wer die angestrebte Neuordnung der Weltwirtschaft verstehen will, muss wissen, wie die Welt an den Rand des Ruins gebracht werden konnte. Die Rekonstruktion dieses Kapitalverbrechens – begangen von Bankern, geduldet von Politikern – zeigt, warum der große Crash noch bevorstehen könnte.» Anhand von zahlreichen Einzelschicksalen, einzelnen Akteuren und Organisationen (Banken, Unternehmen, Anleger) wird von Mitte der neunziger Jahre an nachgezeichnet, wie die Krise entstanden sein soll: Zweckgesellschaften, Verbriefung, Hypotheken-Politik in den USA, Immobilienblase, es gibt wohl kein gängiges und wichtiges Stichwort, das auf diesen vielen Seiten keine Rolle spielt. Die Rekonstruktion bleibt innerhalb der Finanz- und Bankenwelt. Es wird auf den vielen Seiten nicht einmal die Frage gestellt, woher das viele Geld kommt, mit dem spekuliert werden konnte; die Kreditvermehrung wird genannt, aber nicht die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen.

Nun einige Auszüge aus dem Text: «Wer nach Schuldigen sucht, findet die Namen vieler Hauptverdächtiger Ende Oktober in Zürich versammelt. In den Think-Tanks der großen US-Investmentbanken vor allem, insbesondere bei JP Morgan, wurden die Modelle der wundersamen Geldvermehrung erdacht, die nun eines um das andere rasselnd umgestürzt sind wie eine lange Kette Dominosteine.» Und: « Revolutionär war die Idee der Meisterdenker von der Wall Street, mit ihren Zauberformeln die Kredite von den Kreditrisiken zu trennen, die Risiken theoretisch abzuschaffen, indem sie sie zu «Werten» umdeklarierten und an Investoren in aller Welt verteilten. So wurde ein völlig neuer Markt erschlossen, auf dem viel mehr Geld zu verdienen war als im guten, alten Zinssystem.» Und: «Die Wall Street kreierte Gewinnmodelle so verlockend, dass ihnen bald die ganze Welt erlag.»

Die Redaktion beschreibt ihre Arbeit so: «Eine Chronik muss einsetzen spätestens Mitte der neunziger Jahre, als die Finanztüftler von der Wall Street die «Instrumente» kreierte, deren tödliche Wirkung erst zehn Jahre danach offenbar wurde und deren Ableger und «Innovationen» die ursprüngliche Grundidee der «Risikostreuung» immer weiter pervertierten.» Auf den vielen Seiten geht die Redaktion in einem knappen Absatz auf die Rolle der deutschen Politik ein: «In diesen Jahren hatte sich die deutsche Politik vorgenommen, den «Finanzplatz Deutschland» zu stärken und die Entwicklung neuer Finanzprodukte zu fördern. Eine allzu kritische Bankenaufsicht ist dabei eher hinderlich.»

In einem Epilog werden Geld und die Grundproblematik so charakterisiert: «Geld ist wie Gas, es ist nicht zu fassen, und es sucht sich immer den schnellsten Weg zur größtmöglichen Rendite.» Und: «Die unregulierten globalen Geldströme und die durch die Kreditspirale des vergangenen Jahrzehnts betriebene Geldvermehrung haben einen finanzmarktgetriebenen, nicht mehr auf Gütern und Waren und Handel gegründeten Kapitalismus etabliert, der ständig neue spekulative Blasen erzeugt, erzeugen muss. Der Finanzmarkt ist der eigentliche Markt geworden, die klassische Wirtschaft ist es nicht mehr: Der Wert der Finanzanlagen übersteigt den Wert aller weltweit verkauften Waren und Dienstleistungen inzwischen um das Dreifache. Und dieser Überfluss an Kapital ist immer wieder die Quelle neuer Booms und Blasen ...»

Heft 47/2008 – Thema: Interview mit Industrie-Manager zu Finanzmarkt-Kapitalismus

Das zweiseitige Interview trägt die Überschrift: «Wir müssen maßhalten». Der Vorspann: «Bayer-Chef Werner Wenning über die spekulativen Exzesse an den Finanzmärkten, das verhängnisvolle Streben nach kurzfristigem Profit und sein Millionengehalt».

Auch in diesem Interview gibt es das gewohnte Hin und Her um die Gier. Die Redaktion fragt: «Aber gibt es nicht eine gemeinsame Ursache für die Krise: das übertriebene Streben von Managern nach kurzfristigem Profit? Wenning: Das ist mir zu einfach, die aktuelle Krise auf die angebliche Gier der Manager zurückzuführen. Schauen Sie mal, wer alles in riskante Produkte investiert hat: Das fängt bei den Kirchenverwaltungen an und hört bei den Hedgefonds auf. Ich glaube, das Streben nach Gewinn ist dem Menschen innewohnend.»

Dann eine weitere Frage: «SPIEGEL: In der Finanzkrise geht es aber um die fatalen Folgen exzessiver Gier. Und um die Erwartung, immer höhere Renditen in immer kürzerer Zeit zu erzielen. Kann sich ein Manager diesen Anforderungen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus überhaupt entziehen? Wenning: Ich vertrete ein Unternehmen, das jetzt 146 Jahre alt wird. Wir sind es gewohnt, über den Tag hinauszuschauen.»

Und: «SPIEGEL: Aber auch Sie müssen Quartalszahlen vorlegen und sind Getriebener der Kapitalmärkte.

Wenning: Die Frage ist doch, wie weit man sich treiben lässt.»

Heft 48/2008 – Thema: Interview mit Finanzspekulant

Das dreiseitige Interview «Ich spiele immer nach den Regeln» hat den Vorspann: «Milliardär und Hedgefonds-Manager George Soros, 78, über seine moralische Verantwortung als Spekulant, die Fehler des amerikanischen Krisenmanagements und seine Erwartungen an den neuen US-Präsidenten Barack Obama». Soros wird, von wenigen Fragen abgesehen, ausschließlich befragt, als sei er ein unabhängiger Sachverständiger.

Heft 8/2009 – Thema: Kurzinterview über Boni und die Rolle von Aufsichtsräten

Das Interview hat die Überschrift «Es gab klare Exzesse» und den folgenden Vorspann: «Für Nikolaus von Bomhard, 52, Chef des Versicherungsriesen Münchener Rück, waren die Boni vieler Banker übertrieben, aber nicht die Wurzel des Übels. Er sieht zwei andere Grundprobleme.»

Bomhard erläutert, es müssten auch Aufsichtsräte kritisiert werden, die solche Vergütungssysteme geschaffen haben. In einem Jahr hohe Verdienste von Investmentbankern und im anderen Jahr Milliardenverluste, «diese Verteilung von Chancen und Risiken war extrem asymmetrisch und ist künftig nicht mehr vermittelbar». Diese hohen, auf kurzfristige Erfolge zielende Boni seien «eine Art Brandbeschleuniger» für die Krise gewesen. Die wesentlichen Ursachen lägen jedoch in der unzureichenden Qualität des Risikomanagements und in der «noch selten vorhandene(n) Bereitschaft vieler Top-Manager, nicht alles mitzumachen, was gerade schnellen Gewinn verspricht. Es geht also um die ganz persönliche Verantwortung.»

Anmerkungen:

Dieser Text ist am Rande interessant für den Untersuchungsgegenstand, da in ihm die Unternehmensstrategie der Maximal-Rendite kritisch thematisiert wird.

Heft 8/2009 – Thema: Finanzmarkt-Akteure, ihr Handeln und ihre Bezahlung

Der 12-Seiten-Bericht trägt die Überschrift: «Schuld und Sühne». Und der Vorspann lautet: «

Die Gier lebt weiter: Weltweit verteilen die Banken Milliarden an Boni, obwohl sie gigantische Verluste erwirtschaften und auf die Hilfe des Staates angewiesen sind.

Dabei war es gerade dieses System der Selbstbedienung, das die Finanzkrise mitverursacht hat.»

Der Text behandelt erst einmal die Bonuszahlungen, da sie die Bürger erregten und auch typisch für die Gier und die Schamlosigkeit einer Zunft seien, die einmal zur Elite zählte.

Die Autoren beziehen folgende Position: «Denn von dem System haben lange Zeit alle profitiert; die kleinen Anleger und die großen Investoren, vor allem aber die Investmentbanker ... Was als durchaus sinnvolle Erfolgsbeteiligung begonnen hatte, entwickelte sich immer mehr zu einem System hemmungsloser Selbstbedienung.»

Der Text schildert sehr intensiv Verhalten, Entscheidungen und Bezahlung der Akteure des weltweiten Finanzsektors und die entsprechenden Positionen der Politik.

Anmerkungen:

Der Text hat mit dem Untersuchungs-Gegenstand nichts zu tun, da er sich auf die Funktionsweise der Finanzmärkte konzentriert und dabei die Rolle der zunehmenden privaten Vermögen als Spekulationsmasse und/oder beispielsweise der Privatisierung von Rentensystemen nicht thematisiert.

Heft 11/2009 – Thema: Jahrhundertfehler

Die 12-seitige Titelgeschichte «Gorillas Spiel» hat den Vorspann: «Warum finden die Finanzmärkte – trotz billionenschwerer staatlicher Schutzschirme – nicht zurück zur Normalität? Weil die Pleite der New Yorker Bank Lehman Brothers das Vertrauen zwischen den Banken ruiniert hat und die Welt kollabieren ließ. Die Geschichte eines Jahrhundertfehlers.»

Es wird vor allem akribisch die Krisenverhandlungen um Lehman Brothers geschildert. Es gibt keine Bezüge zu dem Untersuchungs-Thema.

Heft 20/2009 – Thema: Lob der Gier

Der 13-seitige Essay trägt den Titel «Lob der Gier» und der Vorspann lautet: «Für die einen schon wieder 25 Prozent Rendite, für die anderen Kurzarbeit und Entlassungen – die Wirtschaftskrise verschärft die soziale Kluft und wird zur Systemkrise. «Gegen grenzenlose Profitgier» marschierten Millionen am 1. Mai – aber kann man die Jagd nach Rendite begrenzen in einem Kapitalismus, der nur von Profit angetrieben wird?»

Der Autor geht von folgender Position aus: «Ein halbes Jahr nachdem die amerikanische Investmentbank Lehman Brothers zusammenbrach und die Weltwirtschaft mit in den Abgrund riss, ist aus der

amerikanischen Finanzkrise eine globale Systemkrise geworden.»

Es gehe um die existenzielle Frage: «Wie retten wir den Kapitalismus vor sich selbst? Es geht um das Verhältnis von Staat und Markt, um die soziale Ausrichtung des Systems, um Demokratie, um die Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?»

Der Autor holt die Meinung von vielen Wissenschaftlern und Politikern ein und setzt sich mit diesen Meinungen und Analysen auseinander.

Er nimmt die folgende Analyse dann zur Grundlage seiner Haltung: «Die Vermögensblase, das sind jene um die Welt vagabundierenden Billionen Dollar, die nicht mehr in die warenproduzierende Wirtschaft investiert werden, in Fabriken und Maschinen, weil dort die Renditen geringer sind als auf den Finanzmärkten. Das globale Finanzvermögen lag 1980 bei 12 Billionen Dollar und hat sich bis 2007 auf 196 Billionen Dollar vervielfacht. Die Finanzvermögen sind in den vergangenen 25 Jahren dreimal so stark gestiegen wie die Weltproduktion, die Vermögensansprüche der Geldbesitzer sind inzwischen viermal größer als die jährliche globale Wirtschaftsleistung.» Und: «Das Grundproblem dieser Krise und dieses Systems ist nicht Gier, nicht menschliches Versagen, das Grundproblem sind die vagabundierenden Billionen, deren gierige Besitzer nicht daran denken, sie wie im Kapitalismus des 20. Jahrhunderts in arbeitsplatzschaffende Fabriken zu stecken.

Dort fehlt es an Kreativität und Rendite, deshalb fließt das Geld in den Kanälen der Finanzmärkte um die Welt. Auch wenn es den Regierenden gelingen sollte – was zu bezweifeln ist –, die Finanzmärkte transparenter und regulierter zu gestalten, bleibt diese Urgewalt des herumirrenden Geldes. «Die Innovationskraft der Finanzmärkte ruiniert die Märkte», so sagt es Schäuble.» An anderer Stelle sagt der Autor: «Der Kapitalismus hat eine Entwicklungsstufe erreicht, in der Geld mehr Ware als Zahlungsmittel geworden ist: mit Devisen, Schulden, Krediten zu handeln ist einträglicher als mit Industrieprodukten, und das finden nur die Verwerflichen, die glaubten, der Sinn der Marktwirtschaft sei die optimale Versorgung der Menschen mit Arbeit und Brot. Der Sinn ist die Vermehrung von Geld, darum gibt der Kapitalist Menschen Arbeit und produziert Waren.»

An anderer Stelle verweist der Autor auf den Historiker Paul Nolte: «Seit «der Abstand zwischen dem gesellschaftlichen «Oben» und «Unten» in einer Weise gewachsen ist», wie man sich das vor 20 Jahren noch nicht vorstellen konnte, sei, so Nolte, die Kritik an dieser Art des Wirtschaftens und ihren Folgen lauter geworden. 91 Prozent der Deutschen, 85 Prozent der Franzosen und 75 Prozent der Amerikaner beklagen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich durch den globalen Kapitalismus zunehme.»

Anmerkungen:

Der Text beschäftigt sich sehr grundsätzlich mit den aktuellen Funktionsweisen privatkapitalistischen Wirtschaftens. Er verweist an zwei Stellen deutlich auf die Zunahme der sozialen Klüfte und vor allem auf die Zunahme von vagabundierendem Privatkapital, in dem er einen Grund für die stärker gewordene Rolle des Finanz-Kapitalismus sieht. Dass dieses Geldvermögen auf den Finanzmärkten spekulativ vagabundiert, ist seiner Ansicht nach jedoch wiederum Schuld der Real-Ökonomie, da diese aufgrund mangelnder Kreativität keine ausreichenden Anlagemöglichkeiten bietet. Das sind die beiden Stellen – indirekt in Bezug auf die vagabundierenden Finanzvermögen und direkt in Bezug auf die Einschätzung von Nolte –, an denen der Autor in dem langen Text auf das Thema Reichtum eingeht. Warum es ihn überhaupt gibt, weshalb die Geldvermögen so stark zugenommen haben, wer die Eigentümer sind, welchen Einfluss sie und ihr Reichtum haben, das wird nicht behandelt.

Wenn die Politik überhaupt angesprochen wird – beispielsweise mit ihrer Aufgabe, die Finanzmärkte zu regulieren –, dann wird sie herablassend bis negativ angesprochen.

Heft 1/2010 – Thema: Die Superreichen

Die Überschrift lautet «Die dunkle Seite des Geldes» und der Vorspann: «Die Superreichen haben 2009 viel verloren. Nun berichtet ein Vermögensberater über die hässlichen Folgen der Krise für das Leben im Luxus.» Auf den zwei Seiten geht es – einschließlich einer Grafik über die Verluste der reichsten Deutschen – vor allem um die momentanen Verluste, das alltägliche Verhalten und die eher persönlichen Probleme der sogenannten Ultra High Net Worth Individuals, kurz UHNWIs genannt, von denen es weltweit rund 20000, ein Viertel davon in den USA und 1150 in Deutschland geben soll; sie haben mindestens ein Vermögen von 50 Millionen Dollar. Der Informant ist ein Vermögensberater, der aktuell auch zu diesem Thema ein Buch veröffentlicht hat, und der seine Rolle eher als die eines Therapeuten sieht.

Anmerkungen:

In diesem Text wird skizziert, wie Reiche leben. Es ist erneut ein Text, in dem das Thema Reichtum wesentlich aus Sicht der Reichen angesprochen wird.

Heft 33/2010 – Thema: Ein Millionär verschenkt sein Geld

Der viereinhalbseitige Text ist so überschrieben: «Herr Rabeder zieht aus». Der Vorspann lautet: «Ein österreichischer Millionär trennt sich von Hab und Gut, um Armen dieser Welt zu helfen. Er verlost nun seine Villa in Tirol, wird in dieser Woche den Gewinner ziehen. Ein Augenschein am Tag der offenen Tür.»

Es handelt sich um eine sehr ausführliche Reportage über eine sehr ungewöhnliche Art – via Los-Verfahren –, wie ein Millionär einen großen Teil seines Eigentums verkauft. Zu Beginn stimmt der Text so auf das Thema ein: «Karl Rabeder, 48, gewesener Händler von Wohn-accessoires und also reich geworden, löst sich von seinem irdischen Besitz nicht allein aus Überdruß: er will Gutes tun und steckt, was er flüssig macht, in seinen gemeinnützigen Verein mymicrocredit, der Hunderten zu einem kleinen Darlehen verhilft, Starthilfe in die Ökonomie.» Die Reportage handelt von seinen Käufern, jedoch vor allem von ihm, seiner Karriere und seinen jetzigen und künftigen guten Werke. Der Text ist biographisch angelegt und stellt keine Zusammenhänge zu der Problematik Arm+Reich her. Rabeder wird öfters mit diesen oder ähnlichen Worten zitiert: «Diese Villa sei ihm zum Mühlstein geworden, weil Freiheit das Gegenteil sei von Besitz. Sein Ziel, sagt er und lächelt sanft, sei es, Hab und Gut auf doppelte Rucksackgröße zu beschränken.»

Anmerkungen:

Sehr viel Aufmerksamkeit und Platz schenkt die Redaktion dem Werdegang von Reichen (siehe auch die Serie Frühjahr 2012). In diesem Fall wird mit leichter Ironie ausgiebig geschildert, wie ein reicher Mann künftig ohne materielle Güter leben und anderen helfen will. Anklänge von Esoterik sind unübersehbar. Es gibt übrigens weitere journalistische Berichte über diesen Fall, in denen Motive und Vorgänge bezweifelt werden. In einer Serie über Reiche im Frühjahr 2012 wird dieser Fall wieder aufgegriffen.

Heft 3/2011 – Thema: Luxus-Produkte der Schiffsindustrie

Der dreiseitige Text trägt den Titel: «Im Yacht-Fieber». Der Vorspann lautet: «Wirklich Reiche leben ihre Dekadenz hemmungslos auf Luxusbooten aus. Dabei schätzen sie vor allem deutsche Wertarbeit. Hinter Werften wie Lürssen oder Blohm & Voss stehen Dutzende Firmen, die scheinbar Unmögliches realisieren – auch Champagner, der aus der Borddusche fließt.» Der Text schildert auf drei Seiten meist die ausgefallenen Wünsche (Kälteräume, Operationssäle, versenkbare Landeplätze etc.) der Milliardäre und die Anstrengungen, wie sie umgesetzt werden und was sie kosten. Und auch hier ist die deutsche Volkswirtschaft eine der erfolgreichsten: «Die wichtigsten Werften, Konstrukteure und Ausstatter dieser Motoryachten sitzen mittlerweile in Deutschland. Nirgendwo ist so viel Protz-Know-how zu Hause wie hier. In nur 20 Jahren hat sich Deutschland zum Zentrum des Luxus-Yachtbaus entwickelt und Länder wie die Niederlande oder Italien abgelöst.»

Anmerkungen:

Der Text widmet sich dem Leben der Millionäre und Milliardäre, auch den wirtschaftlichen Aspekten, aber nicht dem Thema Reichtum, hat damit einen überwiegend unterhaltenden Charakter.

Heft 16/2011 – Thema: Welt der Reichen

Offensichtlich anlässlich eines neuen Buches von Christian Ricken führt die Redaktion mit ihm ein halbseitiges Interview. Überschrift: «Ein Affront, dass man sterben muss». Die Fragen, die die Redaktion interessiert: Was den Autor an den Reichen interessiere, wie sie ticken («Rickens: Ich habe erlebt, dass sie streitlustiger und selbstbewusster sind als der Rest der Bevölkerung. Das braucht man, um ein Unternehmen zu führen oder in einer Unternehmerfamilie zu bestehen. Millionäre sind machtbewusst. Sie empfinden zwar die Verpflichtung, zum Gemeinwohl beizutragen, aber was das ist, wollen sie selbst bestimmen. Sie spenden eher für Prestige-Objekte wie die Elbphilharmonie in Hamburg als für ein kleines Theater.»), wie sich altes von neuem Geld unterscheidet, ob sie von der Finanzkrise erschüttert seien, ob sich der Autor in dieser Welt wohl gefühlt habe.

Heft 22/2011 – Thema: Einfluss der Banken

Der 2,5-seitige Essay «Ackermanns Herrschaft», geschrieben von einem leitenden Redakteur, trägt den Vorspann: «Die Banken sind derzeit der Souverän der Politik, nicht die Bürger.» Die Diagnose über den Zustand der Politik: «Sie wird allmählich zum Opfer der Finanzkrise.» Die Finanzmärkte herrschen: «Sie treiben Politiker noch mehr in die Ängstlichkeit, die Handlungsschwäche, die Handlungsunfähigkeit, die Lüge.» Die Alternative: Der Bürger gebe die Demokratie auf oder nicht, aber dann müsse sich etwas ändern. Die Herkunft der Macht der Banken beschreibt der Autor am Beispiel von Ackermann und seiner Bank so: «Als einer der großen Akteure auf den Finanzmärkten bestimmt er mit darüber, ob und zu welchen Konditionen Staaten Kredite bekommen.» Auch hänge das Schicksal von Nationen vom Urteil der Ratingagenturen ab. So sehe «der neue Souverän aus». Er sei «extrem nervös, gierig und nur an Zahlen interessiert. Nach diesen Maßgaben kontrolliert und treibt er die Politik». Dann fragt der Autor, warum sich

die Politik treiben lasse. Seine Antwort: Die Politik könne nicht anders, weil sie überschuldet sei, was sie selbst zu verantworten habe: «Das eigene Lotterleben (von Griechenland, at/sto) hat es in die Kreditsucht getrieben, damit ist es zum Spielball von Ratings, Zinsen und ackermanschen Kalkülen geworden. Im Prinzip gilt das für alle Staaten der Euro-Zone, auch für Deutschland. ... Jetzt rächt sich das, was immer «Schuldenstaat» genannt wurde, eine Politik, die sich nicht zügeln kann, die ihre Bürger möglichst wenig belasten und möglichst viel beschenken will, um sie bei Laune zu halten, eine Politik, die Belastungen auf künftige Generationen verschiebt.» Und es gebe noch einen dritten Verantwortlichen: «Es geht auch um uns, die Bürger. Erwarten wir nicht von den Finanzinstituten hohe Renditen, erwarten wir nicht vom Staat eine geringe Steuerlast, aber hohe Subventionen und Sozialleistungen? Das heißt dann, dass sich in unseren Wünschen die Finanz- und Euro-Krise spiegelt. Wir haben einen Anteil am Verhalten von Banken und Politikern, weil die auch unsere Wünsche erfüllen wollen, um uns als Kunden oder Wähler zu gewinnen.»

Das Misstrauen gegenüber der Politik nehme zu, die Exekutive werde gegenüber den Parlamenten immer stärker. «Die Regierungspolitik wird zum permanenten Handstreich.»

Die Regierungen vermöchten jedoch nicht, den Euro zu stabilisieren, denn die Finanzwirtschaft habe nur das Ziel der Rendite, die Politik müsse verhandeln, Interessen ausgleichen und weiteres. Die Finanzmärkte seien in einer Rolle, die «früher die Götter hatten. Kaum einer traut sich, sie zu kritisieren. Die Angst vor ihrem Zorn leitet das Verhalten der Politiker». Was müsse die Politik tun: mehr Regulierung. Aber die Politik könne sich letztlich nur mit einem Mittel aus der Umklammerung befreien: «Das geht nur, indem die Schuldenpolitik endlich aufhört. Nur der weitgehend schuldenfreie Staat ist ein souveräner Staat. Die Schuldenbremse ist ein gutes Instrument, noch besser wäre dazu ein allgemeines Bewusstsein, dass sich hohe Staatsschulden nicht gehören, weil sie die Demokratie unterminieren und die ökonomischen Lasten kommenden Generationen aufbrummen.»

Der Autor erhebt zudem einen Anspruch an den Bürger, der nicht nur ökonomisch denken dürfe: «Die Demokratie war ursprünglich ein Projekt der halbwegs Wohlhabenden, die politischen Einfluss haben wollten, um den Rahmen ihres Lebens selbst zu gestalten. Deshalb machten sie sich zum Souverän. Diese Idee ist immer noch bestechend, sie holte den Menschen aus der Rolle des Wirtschaftssubjekts, das strebt und webt, aber nichts zu bestimmen hat. Erst mit der Verantwortung für das Ganze bekam der Mensch seine komplette Würde, seine Souveränität. Und wer Souverän bleiben oder wieder werden will, der muss in seinem Fordern und Handeln die Verantwortung für das Ganze berücksichtigen.»

Heft 34/2011 – Thema: Titelgeschichte über Finanzmärkte

Die Titelgeschichte geht über acht Seiten: «Märkte außer Kontrolle». Und der Vorspann lautet: «Spekulant wettet gegen den Euro, Banken gehen unkalkulierbare Risiken ein, und die Börsen spielen verrückt: Die Finanzindustrie ist zu einer Bedrohung für die globale Gesellschaft geworden. Denn ihre Krisen sind keine Fehler des Systems, der Fehler ist das System selbst.»

Im Text wird dann die Position bezogen: «Nicht für alle Krisen der globalen Wirtschaft ist die Finanzindustrie verantwortlich, zu der alle zählen, die mit Wertpapieren, Währungen, Geld und daraus abgeleiteten Produkten, sogenannten Derivaten, handeln. Es bedurfte auch der Politiker, die zu viele Schulden anhäufte und den Banken zu große Freiheiten einräumte. Aber ohne die destruktive Kraft der Banken, Hedgefonds und anderer Investmentgesellschaften stünde die Welt nicht da, wo sie heute steht – am Abgrund.»

Die Branche sei rasant gewachsen, die Produkte seien immer komplexer und damit die Risiken immer größer geworden. Das wird als Grund für die Krise geschildert. Die Branche sei jetzt aber trotzdem wieder «so mächtig wie früher. Und genauso gefährlich – für die Wirtschaft wie für die gesamte Gesellschaft.»

Anmerkungen:

Es geht um zahllose Stichworte in diesem sehr langen Text: Schattenbanken, Hochfrequenzhandel, die Finanzprodukte in allen Details, die Händler und deren Skrupellosigkeit und hohen Gehälter, die Kritiker, die Rolle der Deutschen Bank, die Machtlosigkeit der Staaten und deren Schulden, alles wird intensiv geschildert.

Dem Akteur Politik wird Schuld zugeschoben an den heutigen Zuständen, jedoch ohne zu fragen und zu analysieren, warum er so hohe Schulden angehäuft und warum er der Finanzwirtschaft mehr Freiheiten eingeräumt hat. Auch hier wird der Akteur Politik wieder pauschal eingeführt, ohne Differenzierung nach Parteien, Opposition, Regierung und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich zu diesen Fragen ja durchaus sehr unterschiedlich positioniert haben.

Auch die weit verbreitete These über die Rolle des zunehmenden privaten Reichtums als das «Schmieröl» für dieses Finanzmarkt-System mit seinem hohen Anteil an spekulativen Geschäften wird nicht behandelt, nur indirekt erwähnt.

Heft 35/2011 – Thema: Spekulation mit Lebensmitteln

Die gut fünfseitige Analyse «Die Ware Hunger» hat den Vorspann: «Die Finanzmärkte haben das Geschäft mit Agrarrohstoffen entdeckt. Die Folgen sind verheerend:

Großspekulant und Kleinanleger treiben die Preise für Lebensmittel in die Höhe und stürzen Millionen Menschen in Armut und manchmal sogar in den Tod.» Die Ausgangslage wird so geschildert: «Das Brot für die Welt lockt Investoren, die sich genauso wenig für Körner interessieren wie zuvor für Internetfirmen oder Subprime-Kredite. Es sind milliardenschwere Pensionsfonds und kleine Privatanleger, die nach neuen, sichereren Anlagemöglichkeiten suchen.» Das Problem: «Parallel zu dem Hunger auf Agro-Papiere steigen die Nahrungsmittelpreise.» Entgegen weiterer und anderer Gründe für diese Preiserhöhungen will der Text auf Basis mehrerer Studien belegen: «So hat der Einstieg der Finanzindustrie den einst so berechenbaren Lebensmittelmarkt vollkommen aus dem Gleichgewicht gebracht.» Die Politik zögere, auch unter dem Einfluss der Anleger, etwas wirksames dagegen zu unternehmen. Das zweite Problem: «Nach wie vor setzen Wirtschaft und Politik auf ein Produktionsmodell, dessen Nebenwirkungen zu weiten Teilen für die heutige Krise der Landwirtschaft verantwortlich sind: auf die intensive industrielle Landwirtschaft. Eine Trendwende ist nicht in Sicht.»

Heft 38/2011 – Thema: Report über Vermögen

Der einseitige Text «Die Spur des Geldes» hat den Vorspann: «Ortstermin: In Frankfurt am Main zeigt der «Global Wealth Report», wo der Reichtum ist, der den Staaten fehlt.»

In einem Plauderton wird ein Vortrag eines «Allianz»-Researcher geschildert, wie sich aktuell der private Reichtum verteilt. Der Trend: Die großen Privatvermögen nehmen noch stärker zu, die Polarisierung sei stark. Der Autor fasst zusammen: «Nimmt man das Vermögen aller Millionäre und Multimillionäre Europas zusammen, ergibt das die geschätzte Summe von zehn Billionen Euro. Rechnet man die Schulden aller EU-Staaten zusammen, kommt man ebenfalls auf zehn Billionen Euro. Kann man daraus den Schluss ziehen, dass Millionäre nun die Gläubiger der Staaten sind? Und sollte das heißen, dass diese Reichen jetzt ihren Beitrag leisten müssen, um ein System zu retten, das ihnen all die Jahre geholfen hat, so reich zu werden? Brauchte es nicht eine Umverteilung des Vermögens, auch wenn das Wort lange so altmodisch wirkte wie das Sparbuch oder der Brustbeutel? Den Schluss kann man ziehen, aber natürlich nicht, wenn man «Senior Economist» der Allianz ist.»

Heft 50/2011 – Thema: Die Macht der Finanzmärkte

Die etwa 30-seitige Titelgeschichte «Schlussverkauf» hat den Vorspann: «Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst der Märkte. Es verschlingt Milliarden, es kippt Regierungen, es erzeugt Gipfelzwist. Wie Finanzmärkte funktionieren und die Politik vor sich hertreiben – Geschichte einer täglichen Machtergreifung.»

Die Redaktion stellt die Fragen: «Wie kann es sein, dass ein einziger Finanzmarkt zehnmal so groß ist wie die Wirtschaftsleistung der gesamten Welt? Stimmt der Vorwurf der Politik, «die Märkte» trieben mutwillige Spekulationen mit Europa? Warum ist es den Regierungen nicht gelungen, die Macht der Finanzmärkte zu beschneiden? Schließlich: Wem gehört die Welt, wer regiert das Geld?»

Neun SPIEGEL-Reporter gingen diesen Fragen nach und begleiteten drei Wochen lang sieben Akteure der Finanzmärkte durch deren Geschäftsalltag. Über diese Zeit schreibt die Redaktion: «Es waren wieder dramatische Wochen. Wer mit diesen Insidern sprach, ihr Tun beobachtete, wurde Augenzeuge einer Wette, die Europa verändert: An den Märkten wird auf den Untergang der Euro-Zone gewettet. Dahinter steckt kein Plan, keine Verschwörung, noch nicht einmal Absicht. Die Richtung ergibt sich vielmehr aus der Analyse der Situation und den Notwendigkeiten täglicher, manchmal sekundenschneller Entscheidungen, die die Akteure auf den Finanzmärkten fällen, um im Geschäft zu bleiben.»

Zu Beginn erwähnt die Redaktion beiläufig in zwei, drei Sätzen Sachverhalte, die mit dem Untersuchungsthema zu tun haben, sonst spielten diese Aspekte keine Rolle mehr. Es heißt: «Die Regierungen verschuldeten sich bei den Banken in einem bisher ungekannten Maß, lockerten die gesetzlichen Bestimmungen für die Akteure auf den Finanzmärkten, senkten die Besteuerung der Finanzvermögen und mischten mit bei der Jagd nach neuen Finanzanlagen. So haben sich die Billionen, die auf den Finanzmärkten vagabundieren, verdreifacht, vervierfacht und werden durch Banken und Hedgefonds, durch Versicherungen und Pensionsfonds, durch Staatsfonds und staatliche Finanzagenturen von einem Markt zum anderen geschoben.»

Bundespräsident Horst Köhler habe einmal von «Monstern» gesprochen, so habe er die Finanzmärkte charakterisiert. Jedoch sehe man erst einmal – es werden die Akteure aufgezählt, die von den Reportern begleitet wurden – «Hedgefonds-Manager wie Kyle Bass, Anleiheexperten wie Reiner Back und Aktienhändler wie Thomas Schüßler, Leute, die sich Mühe geben, das Geld von Milliardären, Millionären,

Sparern und Lebensversicherten zu mehren. Sie machen Geschäfte mit Aktien, Devisen, Schulden und Krediten, weil das einträglicher für sie ist, als mit Badewannen, Autos oder Flugzeugen zu handeln.» Eine Charakterisierung, die eventuell zeigt, wie unkritisch diese Akteure und ihr Tun beschrieben werden, vermutlich um den Preis des exklusiven Zugangs.

Mit der Perspektive auf das Ganze sieht die Redaktion eine Parallelwelt, in der monströse Summen gehandelt werden und die Marktwirtschaft und Demokratie untergraben könnten. Die Redaktion listet dann Maßnahmen auf, die ergriffen werden müssten: den gesamten Derivatemarkt über Börsen transparent zu machen; bestimmte Derivate verbieten; ein internationales Konkursrecht für Banken; die Trennung von Publikums- und Investmentbanken; Transaktionsteuer. «Und natürlich müssen sich die Staaten ihrer enormen Schulden entledigen, die das Finanzsystem monströs aufgebläht haben.» Es wird zuguterletzt eine Konferenz angemahnt. Die Teilnehmer: die Regierungen der G-20-Staaten, die 29 systemrelevanten Banken und jeweils die zehn größten Pensionsfonds, Versicherungen und Hedgefonds. Die Redaktion fragt: «Könnten sich die marktbestimmenden Akteure auf regulierte Finanzmärkte verständigen? Auf Regeln, die Renditen beschneiden, aber das Wirtschaften wieder sicher machen? Es wäre eine Wette wert. Der Einsatz sind Europa, die Welt und ihre Zukunft.»

Heft 1/2012 – Thema: Angst vor Geldentwertung

Der Titel des Berichtes lautet «Shoppen gegen die Angst» und die Unterzeile: «Die Finanz- und Schuldenkrise verunsichert viele Menschen. Sie sorgen sich um ihre Ersparnisse – und geben ihr Geld lieber aus.» Der Bericht widmet sich beschreibend dem Thema, wie gehobene Mittelschichten, Wohlhabende und Vermögende ihr Geld vor dem Hintergrund einer vermuteten Geldentwertung anlegen: in Konsum, in Immobilien und in Gold.

Anmerkungen:

Auch dieser Text beschäftigt sich mit der Frage, wie die Wohlhabenden und Reichen mit ihrem Reichtum leben.

Heft 2/2012 – Thema: Essay zum Thema Finanzmärkte

Der Titel des dreiseitigen Essays lautet «Vom Schlingern der Galeere» und die Unterzeile: «Bio-philosophische Betrachtungen über die obskuren «Märkte»». Der Text ist von Richard David Precht.

Precht beschreibt die Sparpolitik als einen Irrweg: «Wenn Staaten sparen, schrumpfen Volkswirtschaften, sinkt die Kaufkraft, erhöht sich die Arbeitslosigkeit, verarmen die Mittel- und die Unterschichten, steigt das Risiko von Unzufriedenheit und von Unruhen. Unter den vier Möglichkeiten der Stunde – Sparen, Steuererhöhungen, Schuldenschnitt, gezieltes Herbeiführen von Inflation – ist Sparen letztlich sogar die gefährlichste.»

Er analysiert ferner, dass das Börsen- und Finanzmarktsystem «von Ökonomen, Politikern und Journalisten unzulänglich psychologisiert» und nicht konkret analysiert werde. Wenn die Kurse sich drehen und die Märkte sich eintrübten, dann sei zu konstatieren: «Schicksalsergebenheit hier wie dort. Sandmännchen für Erwachsene.»

Precht bilanziert: «Statt den Finanzmarkt als emergentes System zu begreifen, hat seine Personifizierung als Akteur, als Patient oder Monster einen Mythos geschaffen, der zugleich seine Unbesiegbarkeit gewährleistet. Entsprechend schicksalsergeben gebärdet sich die Politik. Überzeugte Atheisten und Atheistinnen knicken vor der unsichtbaren Macht der Märkte ein und sinken ergeben auf die Knie, wenn die Hohepriester des Mammons raunen.»

Die von Precht formulierte Konsequenz: «Die Crux dahinter ist leicht benannt: Wie will man einer Sache Herr werden, die man nicht einmal adäquat beschreiben kann?»

Precht geht, ohne es so zu nennen, auf den Gegensatz von privatem Reichtum und öffentlicher Armut ein, indem er deren Folgen beschreibt: «Mit einem vermeintlichen Gesundenschrumpfen der westlichen Gesellschaften aber werden gerade jene immateriellen Qualitäten weiter zerstört. Wenn unsere zum großen Teil todkranken Kommunen in immer schnellerem Takt ihre Theater und Konzerthäuser schließen, ihre Jugendheime und Gemeindehäuser, wenn sie ihre Schulen verkommen lassen müssen, «weil sie über ihre Verhältnisse gelebt» haben sollen, während gleichzeitig die Gewinne der oberen Zehntausend sich vervielfachen, wird klar, worin der Lösungsvorschlag der Technokraten liegt.»

Precht formuliert an Alternativen: «Eine Politik mit einer Vision, einem demokratischen Ziel: eine europaweite Harmonisierung der Finanzsteuern. Ein verbindliches Signal gegen den volkswirtschaftlich schädlichen Unterbietungswettbewerb der Niedrigsteuerprostitution. Darüber hinaus dürften Banken, Fonds und Versicherungen in Zukunft den Staaten keine Anleihen mehr abkaufen. Das Wohl der europäischen Staatsbürger dürfte nicht weiter den Zuckungen des Marktes überlassen bleiben. Stattdessen liehe die Europäische Zentralbank (möglicherweise über den europäischen Rettungsschirm EFSF) den

Staaten zu niedrigen Zinsen das benötigte Geld auf einem Markt, der kontrolliert ist, überwacht und vor allem: gemeinnützig.»

Anmerkungen:

Der Gast-Autor vertritt eine sehr radikale, im «Programm» dieses Mediums im Alltagsgeschäft nicht vorhandene Perspektive und Einschätzung. Er spricht das Thema öffentliche Armut und privater Reichtum beschreibend kurz an, ohne es zu vertiefen.

Heft 17/2012 – Thema: Manager, ihre Gehälter und «ihr Alters-Reichtum»

Der Bericht, der netto 4,5 Seiten lang ist, trägt den Titel «Reich in Rente», und der Vorspann lautet: «Das Gehalt des VW-Chefs von 18,3 Millionen Euro löste eine Debatte über gerechte Bezahlung aus. Dabei werden die Luxus-Renten übersehen, die sich viele Bosse gesichert haben: zweistellige Millionensummen.» Anhand von zahlreichen Einzelfällen wird sehr detailliert die Größenordnung der Altersversorgung von Spitzen-Managern wie Großmann, Winterkorn, Zetsche oder Ackermann illustriert. Es gehe «um einen goldenen Handschlag, um wahre Vermögen, die sich angestellte Top-Manager von ihren Arbeitgebern zum Ende des Berufslebens auszahlen lassen». Die Größenordnung wird wie folgt beziffert: «Nach einer Aufstellung des SPIEGEL haben allein die 30 im Deutschen Aktienindex Dax versammelten Großkonzerne ihren derzeit aktiven Vorständen Ende vergangenen Jahres Pensionszusagen garantiert, die zusammen einen Wert von mehr als 637 Millionen Euro haben.»

Es werden Peer Steinbrück, SPD, ebenso wie die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW), also eine Vertreterin der Interessen der Aktionäre, zitiert, die beide von den Managern mehr Bescheidenheit verlangen. Die Autoren des Textes reklamieren für sich, auf einen neuen Aspekt aufmerksam gemacht zu haben: Bisher sei in der Öffentlichkeit strittig über die Gehälter und die Boni debattiert worden, die Millionen-Renten seien als drittes Element der Vermögensbildung noch gar nicht richtig wahrgenommen worden. Das liege auch daran, dass die Regelungen oft vertraulich und zudem sehr verwirrend gestaltet seien. Es wird Professor Joachim Schwalbach, Humboldt-Universität in Berlin, zitiert, der die Vergütungen der Manager schon seit vielen Jahren untersucht: Er meint, bei so hohen Gehältern müsse jeder selbst für seine Altersversorgung aufkommen. Die Redaktion wertet: Es sei den deutschen Managern gelungen, «für sich das Beste aus beiden Welten zu sichern: die garantierte prozentuale Altersversorgung der alten Deutschland AG und die hohen Gehälter des US-Kapitalismus».

Als Akteure werden auch «Betriebsräte und Gewerkschafter» eingeführt, die «im Verdacht» stünden, «mit den Vorständen zu mauscheln. Für die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat ist die Versuchung groß, dem Management üppige Zahlungen zu gewähren, damit die Führungskräfte im Gegenzug hohe Prämien für die Stammbesellschaft ausschütten lassen».

Der Vorhalt wird dann wieder relativiert: «Dies mag bei manchen Betriebsräten eine Rolle spielen. Mehrere Arbeitnehmervertreter gestehen auch ein, dass sie das Thema Pensionsleistungen für den Vorstand unterschätzt haben».

Anmerkungen:

Dieser Text liefert eine bedeutende Ergänzung zur Debatte über die Bezahlung von deutschen Managern; zumindest ist dieser materielle Aspekt in der allgemeinen Öffentlichkeit bisher wenig beachtet worden. Der Text ist sachlich, beispielsweise wird den Managern nicht die Schuld daran zugewiesen oder ihr Verhalten moralisch gewertet, letztlich wird der Sachverhalt sehr neutral referiert. Gewerkschafter und Betriebsräte werden als potenzielle «Mitverantwortliche» erwähnt.

Auch in diesem Text, wie in den anderen auch nicht, wird das «spektakuläre Detail» nicht in einen größeren Kontext (beispielsweise allgemeine Reichtumsentwicklung, gleichförmige Tendenzen in den Bereichen Finanzwirtschaft und «Real-Ökonomie», Verbindung von Leistung und Entlohnung, Gründe für diese extrem hohen Zahlungen, deren gesellschaftliche «Verträglichkeit») gestellt.

Heft 18/2012 – Thema: Kurzinterview zu Manager-Gehälter

Das Kurz-Interview hat die Überschrift «Die menschliche Gier» und die Unterzeile lautet: «Ex-Daimler-Chef Edzard Reuter, 84, über die Selbstbedienungsmentalität in deutschen Vorstandsetagen».

Angesprochen auf die Pensionsansprüche der Spitzenmanager bezieht Reuter die Position: «Sie erscheinen mir schlicht unverantwortlich.» Und auf die entsprechende Nachfrage, ob die nicht genug verdienten, um für ihre Altersvorsorge selbst zu sorgen: «Man sollte sagen: Vorstände erhalten eine vernünftige Vergütung, aber dafür sorgen sie bitte selber für ihr Alter vor.» Und: «Für normal verdienende Menschen ist das nicht mehr nachzuvollziehen.» Ob die Kontrolleure versagten, lautet die Frage: «Es gibt in den Dax-Unternehmen ein Netzwerk aus Kontrolleuren und Managern. Man kennt sich, man begegnet sich in den unterschiedlichsten Funktionen. Eine Hand wäscht die andere. Ergebnis sind die seit Jahren explodierenden Gesamtbezüge. Dabei spielt auch das Eigeninteresse der Aufsichtsratsvorsitzenden eine

Rolle.» Reuter meint weiter, die Gewerkschaften würden sich bei solchen Fragen oft zurückhalten, jedoch: «Aber Vorstandsgehälter sind inzwischen eine gesellschaftspolitische Größe. Deshalb dürfen sich Gewerkschaften vor diesen Entscheidungen nicht mehr drücken.»

In einer Grafik werden die Entwicklung der Vorstandsbezüge und die der realen Arbeitnehmer-Gehälter in dem Zeitraum von 2001 bis 2011 abgebildet.

Anmerkungen:

Das Interview beschäftigt sich mit dem Verhalten und den Bezügen der Manager. Es wird das Eigeninteresse der Manager, der Aufsichtsräte und der Gewerkschaften betont.

Heft 21/2012 – Thema: Interview Söder zu Regulierung Finanzmärkte

Die Überschrift lautet «Ungebremster Zockerei den Boden entziehen» und die Unterzeile «Bayerns Finanzminister Markus Söder, 45 (CSU), will, dass Deutschland im Kampf gegen Spekulanten voranschreitet».

Auf entsprechende Fragen plädiert Söder dafür, in Stufen eine Finanztransaktionsteuer einzuführen, notfalls im Alleingang. Auf die Frage, ob er nicht die Abwanderung von Kunden fürchte, antwortet er: Das gelte nur für hochriskante Geschäfte und die wolle er sowieso nicht in Deutschland haben. Wer gegen solche Geschäfte sei, nutze den seriösen Banken.

Es geht zudem um die Stichworte Rolle von Hedgefonds, Schattenbanken und den computergestützten Hochfrequenzhandel.

Anmerkungen:

In dem Interview wird das Untersuchungs-Thema nicht angesprochen, da es sich in der Hauptsache um Fragen der Regulierung dreht.

Heft 23/2012 – Thema: Privates Kapital sucht Anlage

Der Bericht im Umfang von drei Seiten trägt den Titel «Wohin mit all dem Geld?» und der Vorspann lautet: «Während die Staaten durch die Schuldenkrise taumeln, wissen Pensionskassen, Fonds und Versicherungen kaum noch, wie sie ihre Milliarden sicher investieren sollen. Einer der Krisengewinner ist Deutschland.»

Das Thema wird wie meist anhand von einzelnen Akteuren erläutert. Es wird zum Einstieg die Information gegeben: «Professionelle Anleger verwalten rund um den Globus zurzeit über 60 Billionen Euro – mehr als doppelt so viel wie vor zehn Jahren.» Vor allem Staatsfonds, japanische Versicherungen, US-Pensionskassen oder deutsche Versorgungswerke, die alle meist das Geld von Kleinanlegern einsammelten, hätten Probleme, das Kapital sinnvoll und gewinnträchtig anzulegen, so dass «sie den Kunden später eine schöne Rente oder Lebensversicherung auszahlen können». Anhand eines Fonds wird das Problem für die Anleger dargestellt, wenn es beispielsweise in Deutschland über längere Zeiträume niedrige Zinsen gibt, so dass deshalb die Altersvorsorge der Anleger schrumpfe oder gar gefährdet sei.

In einer Grafik wird genau dargestellt, wie viel Vermögen die Deutschen haben und in welcher Form es besteht (Geld-Vermögen, Aktien, Bargeld, Ansprüche gegenüber Versicherungen etc.).

Anmerkungen:

Mit keinem Wort wird die Frage behandelt, warum es so viel privates Geld und Vermögen gibt, das nun eine renditeträchtige Anlage sucht; vor allem warum es sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt hat. Um die sehr starke Zunahme von nach Anlagen suchendem privatem Kapital zu erklären, könnten die folgenden Aspekte behandelt werden: (Teil-)Privatisierung der Rentensysteme, systematische Verringerung der Steuern für Unternehmen, Reiche und Wohlhabende, Privatisierung von staatlichen und öffentlichen Unternehmen und Daseinsvorsorge-Einrichtungen. Dieser sehr naheliegende Zusammenhang wird jedoch nicht einmal erwähnt. Interessant ist, dass wenigstens in wenigen Sätzen auf einen Umstand aufmerksam gemacht wird, der sonst in fast keinem der analysierten Texte eine Rolle spielt: die vermögensvermehrende Rolle von Zins und Zinseszins, das heißt die Eigendynamik der (leistungslosen) Reichtumsvermehrung.

Heft 26/2012 – Thema: Geschichte des Geldes

Unter der Überschrift «Eine Anhäufung von Nullen» wird mit der Kulturwissenschaftlerin Christina von Braun ein dreiseitiges Interview über ihr Buch geführt, mit dem sie eine Geschichte des Geldes geschrieben hat. Der Vorspann lautet: «Darin geht sie den religiösen Ursprüngen unserer Währungen nach und erklärt die Glaubwürdigkeit eines Systems, das auf dem Nichts beruht.» Mit einem Interview transportiert ein Medium die Ansichten und Kommentare eines Außenstehenden, jedoch: Mit der Auswahl der Interviewpartner und der Fragen steuert das Medium natürlich die Ansichten, die publiziert werden. Vor diesem Hintergrund werden drei der Antworten auszugsweise wiedergegeben, die in Teilen mit unserem

Untersuchungsthema in Berührung stehen. So sagt von Braun: «In der Moderne ist die soziale Gerechtigkeit der stärkste Kitt einer demokratischen Gemeinschaft. Das ist die Voraussetzung für Vertrauen und den Glauben an die Gemeinschaft. Damit ist soziale Gerechtigkeit auch die Basis eines Vertrauens ins Geld und in eine halbwegs krisenfeste Ökonomie.» Und: «Eine einigermaßen krisenfeste Gesellschaft muss über das Instrumentarium verfügen, der Dynamik des Geldes Zügel anzulegen. Nur so wird Geld zum Klebstoff zwischen Gemeinschaft und Individuum. Die Bereicherungssucht dagegen ist Motor nicht nur von sozialer, sondern eben auch ökonomischer Verwüstung.» Und: «In jeder Krise des Geldes – in der Inflation der zwanziger Jahre in Deutschland, der großen Depression von 1929 oder der Finanz- und Bankenkrise, die 2007 begann und uns noch immer im Würgegriff hält – müssen Menschen auf ganz existentielle Weise den Preis für den Verlust der Glaubwürdigkeit des Geldes zahlen: mit Arbeitslosigkeit, Entzug ihrer Behausung und sozialer Ausgrenzung. Man kann diese menschlichen Katastrophen als Begleiterscheinungen von Krisen sehen. Man kann in ihnen aber auch die moderne Beglaubigung des Geldes durch das Opfer erkennen: Die Menschen glauben ans Geld, weil einige dran glauben müssen.

3 ÖFFENTLICHE SCHULDEN (11 TEXTE)

Heft 29/2008 – Thema: Öffentliche Infrastruktur

Der zweiseitige Text «Im Kern verrottet» beschäftigt sich mit dem baulichen Zustand der Hochschulen: «Viele Hochschulen sind in schlechtem Zustand. In den Gebäuden tropft, zieht und bröckelt es – und die Sanierung kostet Milliarden. Hamburg erwägt nun, seine Universität gleich ganz neu zu bauen.» Es wird der Zustand zahlreicher Hochschulen mit Einzelbeispielen geschildert. «Viele Hochschulen sind in so schlechtem Zustand, dass die Sanierung Milliarden Euro kosten würde. Allein Nordrhein-Westfalen müsste nach Berechnungen seines Wissenschaftsministeriums mindestens fünf Milliarden aufwenden, in Baden-Württemberg beliefen sich Schätzungen auf mehr als drei Milliarden Euro.» Aber: «Wie viel Geld nötig wäre, damit die mehr als 350 Hochschulen in Deutschland wieder tipp-top sind, kann niemand sagen.» Es gebe seit der Föderalismus-Reform keinen Überblick über die Investitionen der Länder mehr.

Heft 50/2008 – Thema: Öffentliche Infrastruktur

Der 2,5 Seiten lange Bericht trägt die Überschrift: «Unterricht mit Schutzhelm». Der Vorspann: «Baufällige Schulen, brüchige Brücken, marode Abwasserkanäle – in den Kommunen hat sich ein Sanierungsbedarf von 700 Milliarden Euro angestaut. Ein Fall für ein Konjunkturprogramm.» Der Schaden wird so beziffert: «Forscher des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) haben berechnet, dass die Kommunen bis zum Jahr 2020 eigentlich 700 Milliarden Euro investieren müssten, um unmoderne, marode oder gefährliche Bauwerke auf Vordermann zu bringen.» Es werden noch folgende Aspekte angesprochen: Die Kommunen müssten finanziell unterstützt werden. Es gebe zu wenig Sachverstand in den Rathäusern. Die kommunalen Spitzen würden eher Wohltaten verteilen als in kleinen Schritten, Sanierung zu betreiben. Es wird jedoch kein Zusammenhang mit den allgemeinen Staatsfinanzen hergestellt und mit der Entwicklung beispielsweise der Kommunalfinanzen.

Heft 5/2009 – Thema: Staatsschulden

Der 12-seitige Titel unter der Überschrift «Irgendwann ist Zahltag» beschäftigt sich mit der Verschuldung der Staaten in Europa und den USA: «Die Rettungspakete für die Wirtschaft werden stetig teurer. Sie drohen viele Länder finanziell zu überfordern. Die Folgen treffen jeden Bürger: Eine schleichende Geldentwertung ist unausweichlich, Staatspleiten werden nicht mehr ausgeschlossen. Könnte selbst der Euro-Raum zerfallen?»

Es werden im Detail nicht die im Zusammenhang mit der Untersuchung interessanten Fragen behandelt, wer die Lasten zu tragen hat, da meist von «den Bürgern» die Rede ist. Die Frage, welche Steuern eventuell erhöht werden oder welche Sozialleistungen gekürzt würden, wenn überhaupt, das wird nicht behandelt. So heißt es zu diesen Fragen: «Wie immer der Staat sich entschuldet – die Bürger bezahlen die Rechnung. Denn der reguläre Abbau des Schuldenbergs durch Tilgung ist außer in Boom-Phasen nur möglich, wenn der Staat die Steuern erhöht oder die Ausgaben senkt. Auch die Kosten für die Entschuldung über Inflation tragen die Bürger.»

Heft 48/2009 – Thema: Staatsverschuldung

Die 12-seitige Titelgeschichte «Wahnsinn 2.0» hat den Vorspann: «Mit einer exzessiven Geld- und Schuldenpolitik wollten die Regierungen in aller Welt die Krise bekämpfen – und haben so die Grundlage für die nächste geschaffen: An den Finanzmärkten hat sich schon wieder eine Spekulationsblase gebildet.

Die Frage ist nicht, ob, sondern wann sie platzt.»

Thema und Tenor: Die Staaten haben nun die Konsumenten abgelöst und verschulden sich, um mit viel Geld Finanzsystem und Wirtschaft in Gang zu bringen und zu halten. Es habe sich so gut wie nichts geändert: «Es ist fast, als wäre nichts gewesen. Die alte Gier ist wieder da und die alte Hybris auch. Denn die Geschichte ist schon dabei, sich zu wiederholen: Wieder gibt es zu viel billiges Geld. Wieder gehen zu viele Leute viel zu hohe Risiken ein. Wieder bildet sich eine Blase, die, wenn sie eines Tages platzt, die Weltwirtschaft zum Absturz bringen kann.» Deshalb: «Zu Beginn der Krise waren staatliche Programme unvermeidlich, um den völligen Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern. Doch inzwischen ist die Medizin gegen die Krise selbst zur Gefahr für den Patienten geworden. Jetzt ginge es darum, die Schulden zu begrenzen, die Liquidität wieder einzufangen, die Zinsen langsam wieder zu erhöhen – um so der wachsenden Spekulation den Nährboden zu entziehen.»

Es ist, wie in anderen Texten auch, Grundlage der Analyse, es gebe weltweit keine ausreichend rentablen Investitionsprojekte, weshalb überall das Geld in Immobilien- und Aktienmärkte fließe: «Viele Firmenchefs sind zu Spekulanten wider Willen geworden.»

Es wird aus zahlreichen Ländern über viele wichtige Aspekte berichtet: Verlangsamung der Geldströme, Streit zwischen USA und Deutschland, die Macht der Wall Street. So wird indirekt Galbraith zitiert: «Die Mächtigen an der Wall Street und in Washington seien nicht weniger eng verflochten als Premier Wladimir Putin und die Magnaten des russischen Rohstoffimperiums.» Die Titelgeschichte endet mit einem Erlebnis des IWF-Chef Strauss-Kahn bei einem Abendessen: «Da meldete sich einer der Top-Banker der Wall Street zu Wort: «Herr Finanzminister, wir sind zu gierig gewesen. Deswegen brauchen wir strengere Regeln, um unsere Gier zu zähmen.»»

Fragen der Umverteilung und der Befunde von Arm und Reich spielen in der Titelgeschichte und dem nachfolgenden Interview keine Rolle.

Es schliesst sich an die beschreibende Analyse ein mehrseitiges Interview mit dem Schweizer Schriftsteller Martin Suter an, bei dem aus im Zusammenhang mit der Krise ebenfalls stark um die Fragen von Moral, Fehlverhalten, Gier und Erziehung in den Kreisen von Managern und Investmentbankern geht. Die erste Frage: «SPIEGEL: Herr Suter, sind Banker und andere Top-Manager auch nur Menschen? Suter: Natürlich. Sie können menschliche Makel nur ein bisschen besser ausleben. Und manchmal wird das sehr teuer, wie man zurzeit besichtigen kann.» Eine weitere Frage: «Geht es in den Vorstandsetagen wirklich nur um Statusgier, Boni-Fixierung, Geld, Macht und Karriere?»

Heft 18/2010 – Thema: Staatsverschuldung

Die 12-seitige Titelgeschichte «Die letzte aller Blasen» hat das Thema: «Griechenland ist erst der Anfang: Seit langem schon leben die Industriestaaten über ihre Verhältnisse, die Finanzkrise hat die Staatsschulden erneut dramatisch anschwellen lassen. Jetzt wird die Rechnung für den Wohlstand auf Pump präsentiert. Nicht alle werden sie zahlen können.»

Die Frage sei, wie die Staaten nun mit ihren Schulden umgehen sollen. «Jahrzehntelang haben alle großen Industriestaaten über ihre Verhältnisse gelebt. Selbst in guten Zeiten stieg die Verschuldung der öffentlichen Haushalte immer mehr an ...» Es gehe um «eine harte Entziehungskur». Die Alternativen: «Drei Szenarien sind vorstellbar. Sie unterscheiden sich vor allem darin, wer letztlich die Zumutungen tragen muss: die Steuerzahler, die Sparer oder die Gläubiger.» Es wird vermutet, die Staaten werden zu einer Mixtur aus allen drei Varianten greifen: «Dann müssten wenigstens alle bluten: nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Sparer und die Gläubiger.» Um zu einem geordneten Gemeinwesen zurückzukehren, bedürfe es jedoch noch eines Elementes: «Die Wirtschaft muss wachsen, damit der Staat genügend Steuern einnimmt und so die Schulden abbauen kann. Die hohe Kunst besteht also darin, zu sparen – und gleichzeitig das Sozialprodukt zu vergrößern.»

Diese Varianten werden abstrakt behandelt, jedoch nicht unter den Aspekten der Verteilungsinteressen genauer betrachtet. So spielen auch die Aspekte Arm und Reich keine Rolle in diesem Text, ebenso wenig wie die Frage, wer genau die Lasten tragen solle.

Heft 32/2011 – Thema: Staatsschulden als Krisenursache

Die etwa 10-seitige Titelgeschichte «Welt am Abgrund» hat den Vorspann: «Europa wie die USA haben sich hoffnungslos überschuldet. Was 2007 als Krise auf dem US-Immobilienmarkt begann, hat die globale Staatengemeinschaft verwüstet. Die Politik findet kein Mittel mehr, die Finanzmärkte zu beruhigen. Vor allem aber lässt sich die Lehre aus der jüngsten Krise in zwei Worten zusammenfassen: solide Staatsfinanzen.»

Nach der Schilderung der Lage, der Verschuldungen der einzelnen Länder, des Krisenmanagements kommt der Text zu dem Schluss: «Ohne die Schuldenexzesse des vergangenen Jahrzehnts wäre wohl kein

Land ernsthaft in Schieflage geraten. Es hat sich gezeigt, dass Schuldenquoten, also der Anteil der Verschuldung an der Wirtschaftsleistung, von 80, 90 oder mehr als 100 Prozent früher oder später Zweifel an der Kreditwürdigkeit eines Landes aufkommen lassen. Die ominösen Finanzmärkte sind dabei weder gut noch böse, sie agieren nur vernünftig – und überlassen das ohnehin immer öfter den Algorithmen ihrer Computer, die schneller handeln als jeder Mensch.»

Und: «Doch auch vermeintliche Musterschüler wie Deutschland können sich nicht beruhigt zurücklehnen. Die deutsche Schuldenquote von 83 Prozent ist angesichts der älter werdenden Gesellschaft zu hoch. Wer soll den Berg in den nächsten Jahrzehnten noch abtragen? Auch die Einführung einer gutgemeinten Schuldenbremse in Bund und Ländern garantiert nicht, dass künftig nicht noch einmal zusätzliche Sparpakete erforderlich werden. Wollen Regierungen einen solchen Vertrauensverfall vermeiden, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sämtliche Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen und im Zweifel auch die Steuern zu erhöhen.» Es werde für jeden Staat eine Rosskur werden, aber es werde sich lohnen: «Die Erfolge stellen sich Jahre später ein. Staaten mit halbwegs geordneten Finanzen wachsen dann schneller als künftige Pleiteländer. Und so hängt das wirtschaftliche Wohlergehen des Westens von nichts so sehr ab wie von der Frage, ob die Regierungen in den westlichen Hauptstädten fähig sind, in anderen Zeiträumen zu denken als bisher. Sie müssen endlich weiter denken als nur bis zur nächsten Wahl.»

Heft 47/2011 – Thema: Umfang der Verschuldung Deutschlands

Der zweiseitige Text «Der Scheinriese» hat den Vorspann: «Die Bundesregierung rühmt sich solider Haushaltsführung. Doch die deutschen Staatsfinanzen sind längst nicht so geordnet, wie sie glauben machen will.» Anhand mehrerer Kennziffern will der Text belegen, dass Deutschland im Vergleich mit seinem Schuldenstand gar nicht so gut dasteht. Zudem verlasse sich die Politik zu sehr auf die gute wirtschaftliche Entwicklung. Und ihre Energie zu sparen lasse bereits wieder nach: «Angesichts gutgefüllter Kassen hat die Koalition die Spenderfreude wiederentdeckt.»

Heft 1/2012 – Thema: Internationale Schuldenentwicklung

Der siebenseitige Bericht «In der Schuldenfalle» hat den Vorspann: «Euro-Krise, Banken-Beben, Staatspleiten-Gefahr – mit 55 Billionen Dollar stehen die Volkswirtschaften im Minus. Die schlechte Nachricht ist: Die wahren Verbindlichkeiten sind weit höher. Die gute: Es gibt noch Auswege.»

Die Funktion von Schulden wird in diesem Text – im Unterschied zu allen anderen – zwar in einem Absatz kurz differenziert: Es sei die Frage, ob Schulden als Mittel gegen eine Rezession, für die Stabilisierung der Wirtschaft, für Kindergärten und/oder Brücken ausgegeben würden, was sinnvoll sei, oder für rein konsumtive Ausgaben; es wird dann angemerkt, dass Politik und Staat fast immer die letztere Variante wählen.

Von dieser knappen Differenzierung abgesehen gerät der Text fast zu einer General-Abrechnung mit der Politik und der Institution Staat – und dem Wahlbürger. Der Autor legt nahe, dass Politik und Staat faktisch strukturell unfähig sind, keine Schulden-Politik zu betreiben. Es beginnt mit der folgenden Ausgangslage: «Die westlichen Volkswirtschaften haben nicht viel anders gehandelt als der Betrüger Madoff. Im Jahr 2011 wurden sie gleichsam überrollt von schlechten Nachrichten und alten Sünden. Fast alle haben über ihre Verhältnisse gelebt: Konsumenten, Politiker, Staaten – in Europa wie in Amerika. Und deshalb sind die Regierenden zu Getriebenen jener ominösen Märkte geworden, von denen sie sich abhängig gemacht haben.» Und: «So läuft es beinahe überall: Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, wirtschaftlich wahrhaftig keine Schwächeperiode, haben die Staaten die Verschuldung mehr als verdoppelt; rund 55 Billionen Dollar dürften sich bis Ende 2011 aufgetürmt haben.»

Der Autor sieht die Ursache vordergründig erst einmal in dem Instrument der Staatsanleihen: «Dieser Trick verführt Regierungen zum lässigen Umgang mit den Finanzen und nimmt ihnen jeden Sparanreiz. ... Der Staat weckt die Illusion von Risikolosigkeit, um seine Maßlosigkeit zu befriedigen, so lange, bis irgendwann der Ponzi-Moment kommt: wenn das letzte Vertrauen verzockt ist und keiner mehr ein Schuldpapier kauft.» Es wird anschließend genau erläutert, unter welchen Bedingungen und warum Schulden wachsen: «Die Verschuldung wächst demnach, je mehr Parteien in der Regierung beteiligt sind oder je mehr Minister im Kabinett um Geld konkurrieren und darum, ihre jeweilige Klientel zufriedenzustellen. ... Und außerdem gilt: Je häufiger die Regierung wechselt, desto stärker steigt die Staatsverschuldung.» Das führt zu der Frage: «Trägt also die parlamentarische Demokratie, die naturgemäß die Fragmentierung fördert, Schuld an einer unsoliden Finanzpolitik? Zynisch gefragt: Agiert eine Diktatur finanzpolitisch verantwortungsvoller? Mal abgesehen davon, dass Zwangsherrscher ihre Länder auch finanziell verwüsteten – die Wähler sind am Ende selbst für die Exzesse verantwortlich. Wissenschaftler sprechen von «rationaler Ignoranz», wenn die Bürger bewusst die Auseinandersetzung mit unbequemen Themen scheuen.» Und: «Mit anderen Worten: Sie wollen betrogen werden. Diesem Verhaltensmuster unterwirft sich die Politik leidenschaftlich, zugleich

nutzt sie es gnadenlos aus.» Weiter: «Der Staat strebt nach immer neuen Aufgaben, ohne darauf zu achten, ob die Expansion überhaupt nötig ist und – vor allem – ob sie sich rechnet. Sie dient hauptsächlich einem Zweck: der Rechtfertigung der eigenen Existenz. Vieles, wofür die Städte, Länder und der Bund sich verschulden, entpuppt sich als pure Verschwendung.» Um die Schulden abzubauen, verweist der Autor auf die folgenden Instrumente: Erhöhung der Erbschaftssteuer («Insgesamt verfügen die Deutschen über ein Nettogeldvermögen von rund drei Billionen Euro, das Immobilienvermögen beläuft sich auf etwa fünf Billionen Euro»), Senkung der Ausgaben über Einschränkung der Leistungen, mehr Wachstum (als bestem Weg), Inflation, Schuldenschnitt. Die Bilanz des Autors: «Es geht weniger darum, Spekulanten das Handwerk zu legen oder Rating-Agenturen abzustrafen. Solche Gefechte lenken nur davon ab, welche Verantwortung die Politiker tragen, wenn sie fortwährend neue Schulden machen, um alte zu bedienen. Und die Wähler, die solches Verhalten belohnen. Und die Banken, die sich darauf verlassen, dass der Staat sie stets rettet, wenn sie sich verzocken.»

Der Autor geht in seinem Text an keiner Stelle auf die Entwicklung der Einnahmen ein und auf die Entwicklung der Aufgaben; quasi als naheliegender «Gegen-Check» von möglichen Ursachen des Anstiegs der Staatsschulden.

Heft 6/2012 – Thema: Schuldenbremse und Verschuldung der Bundesländer

Der vierseitige Text «Ungebremst und ungeniert» – es schließt sich noch ein Interview mit dem Berliner Finanzsenator an – beschäftigt sich mit dem Haushalts-Gebaren der Bundesländer. Der Vorspann lautet: «Die Bundesländer haben sich verpflichtet, ab 2020 keine neuen Schulden zu machen. Doch schon jetzt zeichnet sich ab, dass viele dieses Versprechen brechen werden – weil die Landesregierungen noch nicht einmal sparen, wenn die Steuereinnahmen steigen.»

Die aktuelle Lage wird so geschildert: Alle Länder hätten überraschend hohe Steuereinnahmen, was alle Landesregierungen optimistisch stimmten. Diese hohen Einnahmen seien jedoch «ebenso verführerisch wie trügerisch. Die Summen ändern nichts daran, dass die Länder dringend sparen müssten. Und sie verstellen den Blick darauf, dass viele dies nicht konsequent tun – und damit schlimmstenfalls den Ruin riskieren».

Weiter wird das Verhalten der Landesregierungen so charakterisiert: «Doch deren Regierungen verhalten sich wie die Griechen vor einigen Jahren, als die Lage des Landes schlecht war, aber noch nicht aussichtslos erschien. Alle ahnten, dass es so nicht ewig weitergehen konnte, aber niemand hatte die Macht und den Mumm gegenzusteuern. Notfalls werden sie es vermutlich mit bewährten Tricks versuchen, etwa die Schulden in Neben- und Schattenhaushalte, Zweckgesellschaften oder landeseigene Unternehmen auslagern.» Und: «So treiben viele Landespolitiker nicht den Schuldenabbau voran, sondern machen ungebremst und ungeniert lieber neue Versprechen, nicht nur im Wahlkampf.»

Anmerkungen:

Auf die Rahmenbedingungen der Bundesländer wird insofern aufmerksam gemacht, als sie weder ihre Einnahmen noch ihre Ausgaben (im hohen Maße Personalausgaben) wesentlich beeinflussen können. Etwa auf langfristige Tendenzen bezüglich der Einnahmen oder die Entwicklung der Aufgaben wird nicht aufmerksam gemacht. Im eindeutigen und alleinigen Fokus steht, die Landesregierungen geben zu viel Geld aus.

Heft 46/2012 – Thema: Demokratie und Geld

Der fünfseitige Text «Die Gewalt der Zinsen» hat den Vorspann: «Die meisten Staaten sind so hoch verschuldet, dass ihre Politik mehr von den Gläubigern als von den Bürgern bestimmt wird – warum können Demokratien nicht mit Geld umgehen?» Der Text geht von der These aus, «dass Demokratien ein gestörtes Verhältnis zu Geld haben». Das habe sich daran gezeigt: «Begründungen für neue Schulden gab es immer: Mehr Arbeitsplätze, bessere Bildung, soziale Gerechtigkeit, das waren die Schlagworte, und die nächste Wahl war nie weit entfernt. Was auf kommunaler Ebene Buslinien oder Spielplätze, das sind auf Länderebene Lehrerstellen oder Umgehungsstraßen und auf Bundesebene Panzer oder Konjunkturpakete. Es gibt gute Schulden, es gibt schlechte Schulden, aber auch gute Schulden müssen ständig bedient werden.» Es werden dann Thesen aus anderen Texten wiederholt: «Je öfter Regierungen wechseln und je pluralistischer sie sind, desto schneller steigt die Verschuldung und desto schwerer fällt die Entschuldung. Je mehr Demokratie, desto lockerer sitzt das Geld.» Es wird dann die Macht der Finanzmärkte geschildert und die Gefahren, die von ihnen ausgehen: «Und die, die sie so mächtig werden ließen, sind all jene Politiker und Regierungen, die Finanzmärkte zu sehr entfesselten, die Risiken zu oft vergesellschafteten, die Staaten zu hoch verschuldeten, all jene, die Kommunen, Bundesländer und Staaten in die Unmündigkeit führten.» Die Bilanz des Autors: «Die Welt steckt immer nur auf den ersten Blick in einer Schuldenkrise, einer Finanzkrise, einer Euro-Krise. Tatsächlich steckt sie in einem gewaltigen Transformationsprozess,

mitten in einer tiefgreifenden Veränderung eines krisenhaften und verschuldeten Systems, die geeignet ist, uns arm zu machen, unseren Wohlstand, soziale Sicherheit und Demokratie zu zerstören, mitten in einer Umwälzung, die sich hinter dem Rücken der Handelnden vollzieht.»

Aspekte der Untersuchung spielen keine Rolle. Die Schuld an der Entwicklung trägt weitgehend die Politik, obwohl andererseits die Transformationsprozesse sich hinter dem Rücken der Handelnden vollziehen. Die Frage, warum so große Geldsummen, abgesehen von den zusätzlich von Staaten und Notenbanken in Umlauf gebrachten, nach Anlagen suchen, wird auch in diesem Text nicht gestellt.

Heft 50/2012 – Thema: Kommunale Finanzen

Der knapp vierseitige Bericht «Das Sparschwein» hat den Vorspann: «Die Not der öffentlichen Finanzen wird nirgends so spürbar wie in Kommunen. In Essen kämpft ein Kämmerer gegen die Lasten des Sozialstaats und die Verschwendungssucht. Er macht sich unbeliebt.» Die Situation wird am Beispiel von Essen, etwa drei Milliarden Euro Schulden, und aus der Perspektive des Stadtkämmerers beschrieben: «Er stand einer Stadt gegenüber, die sich mit den Schulden arrangiert hatte wie mit einem dunklen Monolithen, der vom Himmel gekracht war. Klieve musste den Bürgern beibringen, dass ihr Gemeinwesen auf dem Spiel stand, ihre kleine Demokratie.» Nicht die Einnahmen seien das Problem, sondern «die Lust an der Verschwendung». Die Mühen des Kämmerers, die Schulden abzubauen, und die Widerstände dagegen werden geschildert.

4 STEUERSTAAT (15 TEXTE; START MIT AUSGABE 17/2008)

Heft 8/2008 – Thema: Steuerhinterziehung

Die etwa 12-seitige Titelgeschichte mit dem Titel «Der Schatz des BND» geht anlässlich des aktuellen Falles Zumwinkel am Rande auch auf die gesellschaftlichen Dimensionen von Steuerhinterziehung ein, wie die folgenden Auszüge belegen. So lautet der Vorspann: «Die Täter zählen zur Elite des Landes, das Opfer ist der Staat: Der Fall des Post-Chefs Klaus Zumwinkel erschüttert die Republik. Weitere Fälle werden folgen, in beispielloser Zahl. Denn dem Bundesnachrichtendienst fiel eine gewaltige Datenmenge möglicher Steuerhinterzieher in die Hände.» In einem weiteren Abschnitt heißt es: «Das Opfer ist der deutsche Staat, die Allgemeinheit. Der Staat ist in den vergangenen Jahren immer schlanker geworden, auch auf Druck solcher Eliten. Es ist ein Staat, der gegen eine Schuldenlast kämpft und der so wenig Geld hat, dass manche Bürger die Klassenzimmer in den Schulen selbst streichen müssen.» Und: «Der Steuerskandal kommt in einem Moment ans Licht, da in Deutschland die Frage der Gerechtigkeit heftig diskutiert wird. Das untere Drittel der Gesellschaft muss mit den Folgen von Globalisierung und schärferen Sozialgesetzen kämpfen. Die Schicht ganz oben, da, wo beim Kaffee die Sahne ist, macht mehr durch Maßlosigkeit von sich reden. In mehreren Wellen wurden in den vergangenen Jahren die Gehälter und Abfindungen von Managern angeprangert. Schon da stellte sich die Frage, was die Gesellschaft zusammenhält, wenn die einen ihr Leben als Folge von Unsicherheiten wahrnehmen, die anderen sich aber unerschütterliche Sicherheiten verschaffen können.» Und: «Offenbar gibt es eine größere Gruppe von Reichen im Land, die pfeifen auf solche Diskussionen, und das Wort Zusammenhalt bedeutet ihnen gar nichts. Die nehmen vom Staat, was sie kriegen können, und geben wenig zurück.» In einem knappen Absatz wird auch auf die wirtschaftliche Dimension aufmerksam gemacht: «Etwa 400 Milliarden Euro un versteuertes Vermögen haben Deutsche nach Schätzung der Finanzbeamten-Gewerkschaft im Ausland versteckt, das Anderthalbfache des laufenden Bundeshaushalts, eine märchenhafte Summe.»

Über diese knappen Absätze werden die auf den vielen Seiten ausgebreiteten Details über Zumwinkel, Mechanismen der Steuerhinterziehung, Steueroasen, das Vorgehen der Fahnder, die Folgen für den Post-Konzern etc. in gesellschaftliche Zusammenhänge «eingebettet»; diese Aspekte sind jedoch Garnierung nicht Zentrum.

Heft 14/2008 – Thema: Steuerhinterziehung Unternehmen Würth

Die Überschrift lautet «Nach Gutsherrenart» und der Vorspann: «Der Schraubenhändler Reinhold Würth wird beschuldigt, im großen Stil Steuern hinterzogen zu haben. Zu einem Gerichtsverfahren gegen ihn wird es aber wohl nicht kommen.»

In dem Text werden erst ausführlich die guten politischen Kontakte, Aufbau und Umfang seiner Stiftungen und seines Unternehmens, die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft beschrieben und dann die allseitigen Bemühungen, ohne großes öffentliches Aufsehen eine Einigung zu erzielen, skizziert. Die Aussagen von Beamten und der Eindruck, es werde politischen Druck auf die ermittelnde Behörde ausgeübt, spielt nur gegen Schluss und am Rande eine Rolle. Würth wird ohne wertende Anmerkung sachlich mit den Worten

zitiert: Es handle sich hier um unbedeutende Anschuldigungen, keinesfalls um «strafrechtlich relevante Verfehlungen.» Die Staatsanwaltschaft geht allerdings von Steuerhinterziehung in Millionenhöhe aus. Würth: «Ich fühle mich maßlos gedemütigt», protestierte er öffentlich. Er habe sich für das Land «engagiert wie nur wenige», und dann werde er behandelt wie ein «Verbrecher und Betrüger». Würth habe bereits einmal öffentlich damit gedroht, wesentliche Teile seines Unternehmens aus Deutschland abzuziehen, heißt es weiter in dem Text. Angesichts immer neuer Steuerbelastungen befände sich Deutschland «auf einem geradlinigen Weg in eine DDR-ähnliche Zeit, in eine Edel-DDR», klagte der Milliardär in der «Schwäbischen Zeitung.» Der Bericht schließt so: «Sollte die Staatsanwaltschaft Würth tatsächlich eine Steuerhinterziehung in möglicherweise sogar zweistelliger Millionenhöhe nachweisen können, wäre dieser angestrebte Deal allerdings mehr als fragwürdig. Angesichts der Schadenssumme und der sonst üblichen Strafen käme der württembergische Unternehmer ungewöhnlich gut davon.»

Anmerkungen:

Dieser Text berührt das Untersuchungs-Thema, da es vor allem um den Einfluss von Reichen und um den Umgang des Staates mit potenziellen reichen Steuerhinterziehern geht.

Auch dieses Thema wird konsequent individualisiert und losgelöst von dem gesamten Zusammenhang als reiner Einzelfall geschildert und Würth als einflussreicher und erfolgreicher selbstbewusster Akteur, der keinesfalls Reue, sondern seine Zähne zeigt, Staat und Gesellschaft mit der Umsiedlung eines Teils seines Unternehmens ins Ausland droht und den Staat mit einer Diktatur vergleicht; dies wird «im Tonfall» eher als selbstverständlich, auf keinen Fall kritisch dargestellt. Es wird also in mehrfacher Hinsicht Macht und Einfluss von Reichen angesprochen, ohne dass dieser Aspekt bewusst thematisiert wird.

Diese Art von Darstellung ist auch interessant im Vergleich zur jeweiligen Darstellung von potenziellem Missbrauch von Sozialleistungen.

Heft 25/2008 – Thema: Steuerzahler

Der dreiseitige Text «Gefühlte Belastung» beschäftigt sich intensiv mit der Belastung der Steuerzahler: «Ein Jahr vor der Bundestagswahl überbieten sich die Parteien mit Vorschlägen, Steuern und Abgaben zu senken. Die SPD will Geringverdiener entlasten, die Union auch alle anderen Schichten. Doch den meisten Steuerzahlern geht es heute besser als vor zehn Jahren.»

Das Ergebnis: Die gefühlte Belastung durch den Fiskus sei stärker als die faktisch. «Zwar gibt es eine Reihe von Bevölkerungsgruppen, die der Staat in den vergangenen Jahren tatsächlich stärker belastet hat als in der Zeit davor – vor allem jene, die einen großen Teil ihres Einkommens konsumieren. Ein Großteil dürfte heute dennoch weniger Steuern und Abgaben als zur Jahrtausendwende zahlen. Das verbreitete Gefühl, dass der Aufschwung an den Durchschnittsbürgern vorbeigeht, mag dementsprechend viele Ursachen haben: die steigenden Preise beispielsweise oder stagnierende Löhne. Der Zugriff des Fiskus kann dagegen kaum zur Erklärung dienen.» Die Steuerquote, also der Anteil des Steueraufkommens am Bruttoinlandsprodukt, liege mit derzeit 23,7 Prozent im internationalen Vergleich im unteren Drittel, bei der Abgabenquote, also einschließlich der Sozialabgaben, liege Deutschland im Mittelfeld, bei 40,3 Prozent. Die Bürde sei zudem einseitig verteilt: Nur der berufstätige Teil der Bevölkerung bezahle die Steuern, da vor allem der Faktor Arbeit steuerlich belastet werde. Und: «Die oberen zehn Prozent der Einkommensbezieher zahlen die Hälfte des gesamten Einkommensteueraufkommens.»

Heft 38/ 2008 – Thema: Steuerpolitik von Oskar Lafontaine

In dem zweiseitigen Text «Oskars wundersame Welt» werden die Vorstellungen von Oskar Lafontaine zur Wirtschaftspolitik sehr kritisch gewürdigt: «Mit einer Mischung aus ökonomischen Halbwahrheiten, Trugschlüssen und Irreführungen treibt Linken-Chef Lafontaine die Konkurrenz vor sich her. Seine Thesen sind höchst angreifbar.»

Lafontaine behauptet, mit seiner Abgabenquote liege Deutschland unter dem EU-Durchschnitt, weshalb Steuern erhöht werden könnten, beispielsweise um Investitionsprogramme zu finanzieren. Das Gegenargument: «Doch es gibt auch andere Zahlen. Die EU-Kommission berechnet die Abgabenlast für die gesamte EU und kommt auf 37,1 Prozent. Deutschland liegt zwei Prozentpunkte darüber, nicht darunter. Dieses Ergebnis rechtfertigt eher Steuersenkungen.» Dann wird referiert, dass er die Vermögenssteuer wiedereinführen, die Erbschaftsteuer und den Spitzensteuersatz erhöhen und eine Börsenumsatzsteuer einführen wolle. Die Bewertung: «Der Kaufkraftentzug käme einer Mehrwertsteuererhöhung von 15 Prozentpunkten gleich. Den Abgabenschock könnte keine Volkswirtschaft verkraften.» Es wird ihm auch entgegengehalten, als Folge der Agenda 2010 seien nicht vorwiegend prekäre Jobs entstanden, sondern: «Es entstanden vor allem reguläre Jobs, als Vollzeit- oder Teilzeitstellen.»

Heft 40/2008 – Thema: Erbschaftssteuer

Die Überschrift des Textes lautet: «Flucht vorm Fiskus» und der Vorspann: «Etliche Familienunternehmer bereiten die Übersiedlung ins Ausland vor – aus Angst vor der neuen Erbschaftsteuer. Die Koalition bemüht sich, ihren Gesetzentwurf zu entschärfen.»

Es wird erst anhand von einzelnen Fällen geschildert, wie Unternehmen auf die Gesetzesinitiative reagieren: «Viele Familienunternehmer erwecken in diesen Tagen den Eindruck, als säßen sie schon auf gepackten Koffern.» Im Text «macht sich der absehbare Treck nach Süden schon bemerkbar». Immer mehr Unternehmer ließen sich in Österreich zu dem Thema Übersiedlung beraten.

Die Kanzlerin wolle Streit in der Koalition verhindern, zumal sie nicht an dieser Steuer hänge, «die ohnehin nur rund vier Milliarden Euro bringt, nicht einmal ein Prozent der gesamten Steuereinnahmen (siehe Grafik). Obendrein steht das Geld den Ländern zu.» Dann wird das Taktieren der Kanzlerin geschildert: Für das linke Lager sei diese Abgabe «symbolträchtig», so wolle sie die CDU nicht als Partei dastehen lassen, welche die Reichen schone. Sie greife auf einen Politikstil zurück, der sich stets bewährt hat: Sie komme jedem entgegen.

Das Problem sei: Das Bundesverfassungsgericht will, dass alle Vermögen zum Marktwert bewertet werden, mit dem Wert steigt jedoch auch die Steuer. Jedoch habe die Regierung mehrere Pauschalen und Erleichterungen geplant, die allerdings teilweise an Voraussetzungen gebunden seien.

In dem Text gibt es auch eine hintergründige Einordnung und es werden Alternativen wenigstens knapp benannt: «Wie kaum eine andere Steuer verspricht die Steuer auf Hinterlassenschaften stabile Einnahmen. Nichts würde dagegen sprechen, bei Erbschaften kräftiger zuzulangen und im Gegenzug andere Steuern zu senken, um Investitionen und Konsum zu stimulieren. Der Vorteil für den Fiskus ist offensichtlich: Während Einkommen, Gewinne und Konsum mit der Konjunktur schwanken und daran gekoppelte Steuern auch, verhält sich die Basis für die Erbschaftsteuer stabil. Jahr für Jahr werden in Deutschland Vermögenswerte von rund 200 Milliarden Euro vererbt, Tendenz steigend. Im Gegensatz zu anderen Steuern könnte sich der Staat also darauf verlassen, dass das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer verlässlich steigt. Ein einheitlicher Tarif von drei, vier Prozent auf alles, von der Briefmarkensammlung bis zur Firma, wäre für Privatleute wie Wirtschaft verkraftbar. Niemand müsste deswegen das Land verlassen. Einen radikaleren Schritt schlägt Steuerfachmann Leitner vor. Er empfiehlt der Bundesregierung, die verkorkste Reform nach dem Vorbild seines Heimatlandes gleich ganz aufzugeben. «Entweder schafft die Politik sie ab, oder die Erbschaftsteuer schafft sich selbst ab, weil die Erben ins Ausland ausweichen.»

Anmerkungen:

«Flucht vor dem Fiskus» – wer hat nicht Lust, vor dem Fiskus zu fliehen? Schon die Überschrift ist geeignet, in den flüchtenden Unternehmen die Opfer zu sehen, und sie macht deutlich, dass das Thema vor allem aus Sicht der negativ Betroffenen gesehen wird.

Das Thema Erbschaften wird nicht eingeordnet in die gesamte Arm/Reich-Thematik, sondern losgelöst betrachtet, zudem mit dem Fokus auf vererbte Familienunternehmen. Es werden zwei Punkte ausführlich behandelt: die potenziellen Reaktionen von Familienunternehmen; dabei wird mit vagen Angaben suggeriert, dass immer mehr Unternehmen ihre «Flucht» vorbereiteten. Zudem wird die Reform als Gegenstand parteipolitischen Taktierens geschildert. Die Aspekte Leistung und Gerechtigkeit werden nicht behandelt; schließlich handelt es sich bei Erbschaften um leistungslose Einkommen der Erben.

Der Aspekt, (viele) Unternehmen werden das Land verlassen, wenn die Steuer komme, wird sehr stark hervorgehoben; es wird also auch hier der Aspekt von Macht und Einfluss von Reichen angesprochen, ohne dies bewusst auszudrücken.

Heft 10/2009 – Thema: Interview Franz Müntefering zu Steuererhöhungen

Das Interview trägt die Überschrift «Die Reichen werden mehr bezahlen», die Unterzeile lautet: «SPD-Chef Franz Müntefering, 69, über das Ende des modernen Kapitalismus, Durchhalteparolen im demoskopischen Dauertief und Chancen einer Zusammenarbeit mit der FDP.» Müntefering wird gefragt, ob er die SPD mit Börsenumsatzsteuer, Bildungs-Soli und einer höheren Reichensteuer weiter nach links führen wolle. Seine Antwort: «Das sind so Etiketten, mit denen Sie hier hantieren. Tatsache ist: Es muss Schluss sein mit dieser modernen Variante des Kapitalismus. Da sind teilweise Leute ohne jede soziale Verantwortung unterwegs, psychotische Zocker, die Kopf und Kragen von vielen Millionen Menschen riskiert haben. 800 Milliarden Dollar sind so verschwunden. Deutschland muss dieses Jahr viele Milliarden Euro an Steuern entbehren, weil Deutsche ihre Gelder in Steueroasen deponiert haben. Da kann man doch nicht ruhig bleiben.» Es bedürfe schnell schärferer Regeln. Und: «Es wird deshalb keine große Steuerentlastung für die hohen Einkommen geben können. Im Gegenteil: Die Reichen werden mehr bezahlen müssen, sonst wird man das Geld nicht zusammenkriegen, das die organisierte Solidarität, der Sozialstaat, braucht.»

Anmerkungen:

Es wird, wenn auch vage, thematisiert, dass Reiche mehr bezahlen müssen, um den Sozialstaat und die Folgen der Finanzmarktkrise zu finanzieren. Zudem wird das Thema der Steuerflucht angesprochen.

Heft 22/2009 – Thema: Initiative der Vermögenden

Die Überschrift lautet «Die guten Reichen» und die Unterzeile: «Ortstermin: In Berlin formiert sich der Aufstand der Vermögenden.»

Der Text, der das Spiel mit der (meist herablassenden) Ironie – bereits der von der Redaktion ausgewählte Platz spricht dafür – nicht lassen kann, beginnt sehr sachlich: «Haas, Lehmkuhl und Segger gehören zu einer Gruppe von 23 Vermögenden, die von ihrem Geld gern etwas abgeben wollen. Da sie aber noch niemand danach fragte, auch nicht Peer Steinbrück, der Finanzminister, haben sie einen Appell ausgearbeitet mit einer einfachen, selbstlosen Idee: der Einführung einer Vermögensabgabe. Wer ein Vermögen von mehr als einer halben Million Euro besitzt, soll zwei Jahre lang jeweils fünf Prozent davon an den Staat zahlen.

Es sei ein politisches Signal, bisher gehe es nicht gerecht zu, die Gelder sollten für die Umwelt und gegen die Armut eingesetzt werden.» Anliegen und Gründe werden also sachlich referiert. Weiter: «Es klingt wie eine weihnachtliche Idee. Wie ein Märchen vom guten Reichen.» Und: «Wahrscheinlich hätte man noch vor einem Jahr über sie gelächelt. Man hätte sie Gutmenschen genannt; ein Begriff, der achtvoll klingt, aber verachtend gemeint ist.»

Anmerkungen:

Es fällt auf, dass über diese Initiative auf einem redaktionellen Platz berichtet wird, der für «besondere Termine» vorgesehen ist, also auch für skurrile Aktionen und Ereignisse, die letztlich nicht «ganz so ernst genommen werden». Das Kernanliegen wird jedoch sehr korrekt und vollständig geschildert.

Heft 36/2009 – Thema: Steuerhinterziehung

Der dreiseitige Text «Steueroase Deutschland» hat den Vorspann: «Finanzminister Steinbrück kämpft wegen der Krise mit wachsenden Staatsdefiziten. Und Konzerne wie Superreiche zahlen weiterhin zu wenig Steuern, oft völlig legal, denn die Schlupflöcher sind riesig.»

Es wird detailliert geschildert, Millionäre und Unternehmen sich «arm» rechnen. Es werden vom DIW Zahlen über die geschätzten Verluste genannt. Der Tenor: Es helfe dagegen nur eine rigorose Steuervereinfachung, dazu fehle jedoch der politische Wille. Eine Zahl: «Nur 2,8 Prozent tragen Kapitalgesellschaften mit der Körperschaftsteuer zum gesamten Steueraufkommen von 561 Milliarden bei, den größten Teil liefert das Heer der Lohnempfänger.»

Heft 32/2010 – Thema: Kurzinterview mit Millionär Krämer

Die Überschrift des Kurzinterviews lautet: «Höchst problematisch» und die informierende Unterzeile lautet: «Peter Krämer, 59, Hamburger Reeder und Millionär, über die Spendenaktion amerikanischer Milliardäre und die Aufgaben des Staates».

Der Anlass für das Interview war die Initiative von 40 superreichen US-Bürgern, spätestens nach ihrem Ableben die Hälfte ihrer Vermögen spenden zu wollen. Krämer wird nach seiner Meinung gefragt und bezieht die Position, dass dieses Verhalten problematisch sei, da es so im Belieben der Reichen sei, wie viel und für was sie spenden wollten. Die Nachfrage lautet: «Aber das gespendete Geld dient doch dem Gemeinwohl.» Krämers Antwort: «Das ist alles nur ein schlechter Transfer von der Staatsgewalt hin zum Milliardärgusto.» Das Thema Reichtum in Deutschland und beispielsweise die Initiative der Vermögenden für eine Abgabe werden nicht thematisiert.

Anmerkungen:

Das Interview widmet sich dem Thema der Umverteilung von privatem Reichtum hin zur Gesellschaft, ob via Steuern oder via Mäzenatentum.

Heft 5/2011 – Thema: Kurzinterview mit Peer Steinbrück über Steuerpolitik

Das Interview trägt die Überschrift «Kapital höher besteuern» und die informierende Unterzeile: «Der ehemalige Finanzminister Peer Steinbrück, 64 (SPD), über die Steuern auf Zinserträge und Vermögen.»

Auf die Frage, warum Arbeitnehmer von ihren Einkünften bis zu 45 Prozent abführen müssen, Aktienbesitzer aufgrund der niedrigen, von der ehemaligen Großen Koalition eingeführten Abgeltungssteuer aber nur 25 Prozent, verteidigt Steinbrück zunächst diese Entscheidung: «Die Frage ist berechtigt und verlangt eine Korrektur. Aber deshalb war der Grundsatz nicht falsch: 25 Prozent von x ist besser als 45 Prozent von nix. Wir standen doch vor dem Problem, dass Hunderttausende Bürger ihre Zinserträge dem Finanzamt vollständig verheimlichen ...» Er fügt dann an: «Nach heutigen Maßstäben ist der Satz von 25 Prozent zu niedrig. Angesichts der Finanzlage der öffentlichen Haushalte halte ich es für

geboten, ihn auf 30 Prozent anzuheben.» Auf die Frage, die SPD wolle auch die Vermögenssteuer wieder einführen, sagt er: Wenn es nur um das Privatvermögen gehe, habe er damit «kein Problem». Und: «Die Frage ist aber: Wie halten wir es mit dem Firmenvermögen? Wenn wir es voll besteuern, schwächen wir den Mittelstand.

Klammern wir es aus, schaffen wir viele Umgehungsmöglichkeiten ...»

Anmerkungen:

Auch hier wird indirekt erneut der Aspekt von Macht und Einfluss von Wohlhabenden und Reichen angesprochen – Möglichkeiten der Steuerhinterziehung, der Kapitalflucht, potenzielle Machtlosigkeit des Staates -, ohne dass dieser Aspekt bewusst an- und ausgesprochen wird.

Heft 29/2011 – Thema: Steuerabkommen Schweiz

Der einseitige Bericht «Ablasshandel für Superreiche» hat den Vorspann: «Das geplante Steuerabkommen mit der Schweiz bringt dem deutschen Fiskus Einnahmen von bis zu zehn Milliarden Euro. Doch ist es auch gerecht?» Es werden Sachverhalte geschildert und die Positionen von mehreren Kritikern. Mit einer kritischen Stimme aus der SPD endet der Text auch. Der Inhalt: Diejenigen, die am längsten gezockt hätten, würden am besten davon kommen.

Heft 29/2012 – Thema: Steuerhinterzieher-CD

Der Bericht «Die nächste, bitte» beschäftigt sich mit dem Ankauf von CDs «mit Daten von deutschen Steuersündern» durch das Land Nordrhein-Westfalen und dem deshalb vermutlichen Scheitern des Steuerabkommens mit der Schweiz. «Der Vertrag soll am 1. Januar 2013 in Kraft treten. Schweizer Banken müssen dann automatisch Steuern für ihre deutschen Kunden abführen; deren Steuersünden wären mit einer Pauschalzahlung getilgt, die CDs weitgehend wertlos.» Es werden die Positionen von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble skizziert, der dafür ist, und von Norbert Walter-Borjans, Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, der das Abkommen für ungerecht hält und im Bundesrat nicht zustimmen will. Es wird zudem im Detail geschildert, wie Fahnder an solche Daten kommen, wie sie überprüft werden und wie lange es dauert, bis sie ausgewertet sind und wie «die Anleger» ihr Geld versteckt hatten und versuchten, es reinwaschen zu lassen.

Anmerkungen:

Es gibt keine allgemeine Informationen über Umfang der steuerhinterzogenen Gelder in der Schweiz und beispielsweise der Verluste, die Deutschland dadurch entstehen. Der Text bleibt eng und ohne weitergehende inhaltliche «Einbettung» an dem Thema des geplanten Abkommens mit der Schweiz

Heft 30/2012 – Thema: Steuerhinterziehungen und Abkommen mit der Schweiz

Der Bericht «Selbstanzeige? Singapur!» beschreibt das Bemühen von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble «sein Steuerabkommen mit der Schweiz» doch noch gegen den Widerstand im Bundesrat durchzubringen. Er habe «auf Kampfmodus geschaltet», drohe doch «ein enormer Gesichtverlust für ihn – und für die Bundesrepublik. Es wäre der erste bilaterale Vertrag, der am Bundesrat scheitert». Es wird die Position von «Norbert Walter-Borjans, Wortführer der SPD-Länder und als NRW-Finanzminister Haupteinkäufer von CDs», geschildert, der meine, «das Abkommen belohne die großen Steuerkriminellen zu Lasten der ehrlichen Steuerzahler», ebenso wie die Haltung von CDU-Ministerpräsidenten, die dem Abkommen auch zustimmen, weil es um Einnahmen von «bis zu zehn Milliarden Euro, verteilt auf Bund und Länder,» gehe.

Dieser Beitrag ist von einem in einen Kasten gesetzten ganzseitigen Text «Oh, wie schön ist Panama» begleitet, der schildert, wie die «renommierte Schweizer Privatbank Pictet ... eine Briefkastenfirma und ein ganz besonderes Steuerschlupfloch» nutzt, «um deutsche Millionäre als Kunden zu gewinnen.»

Anmerkungen: Der erste Text bleibt ebenfalls inhaltlich sehr nahe an der Auseinandersetzung um das Abkommen mit der Schweiz. Es wird grob die Alternative dargelegt: härter gegen Steuerkriminelle vorgehen oder mit Hilfe des Abkommens mehr Geld einnehmen. Weitere Hintergründe (ev. bisheriger wirtschaftlicher und moralischer Schaden aufgrund von Steuerkriminalität etc.) werden nicht geliefert.

Anhand des Agierens einer Bank wird als eine Art kleiner Fallstudie genau erläutert, wie eine mögliche Art von Steuerhinterziehung alltagspraktisch umgesetzt wird.

Es wird von seiten der Redaktion nie von Steuerkriminellen, sondern meist von Steuersündern oder Steuerhinterziehern gesprochen. Wenn das Wort Steuerkriminelle verwendet wird, dann weil Akteure dies in den von den jeweiligen Autoren eingesetzten O-Tönen verwenden.

Heft 31/2012 – Thema: Interview mit DGB-Vorsitzenden Michael Sommer

Das Interview dreht sich vor allem allgemein um die Euro-Krise und deren politische Folgen und am Rande

auch um die konkrete Verteilung der Krisenlasten. Die entsprechende Frage lautet: «Wollen Sie die Schuldenkrise mit neuen Schulden bekämpfen?» Sommer fordert eine Finanztransaktionsteuer und eine Pflichtenleihe für große Vermögen. Darauf die Frage: «Sind Sie sich sicher, dass es die Bürger gutheißen werden, wenn Sie sie mit einer Abgabe auf ihr Eigenheim zur Kasse bitten wollen?» Die Antwort von Sommer: «Unfug, darum geht es nicht. Wir denken an Vermögen ab einer Million Euro bei Verheirateten. Drei Prozent auf dieses Vermögen wäre unser Vorschlag als Pflichtenleihe. Ich rede nicht über Enteignung, sondern über eine ordentlich verzinste Anleihe. Auf die weitere Frage, so komme das benötigte Geld nicht zusammen, antwortet Sommer: «Sie unterschätzen, welche Größenordnungen die Privatvermögen in Europa erreicht haben und wie ungleich sie verteilt sind.»

Anmerkungen:

In dem Interview wird am Rande das Thema der Besteuerung von Wohlhabenden und der Aufteilung der Lasten zur Bewältigung der Finanzmarkt-Krise behandelt.

Heft 32/2012 – Thema: Interview zu Schweizer Steuerabkommen

In einem ausführlichen Interview «Sieben Schritte zum Glück» erläutert Klaus Herrmann, Leiter der Steuerfahndung in Rheinland-Pfalz, «wie Schweizer Banken mit neuen Angeboten das geplante Abkommen mit Deutschland unterlaufen wollen».

Er geht davon aus, dass sich die Schweizer Banken darauf vorbereiten, das Abkommen zu konterkarieren. Das geplante Abkommen lehnt er ab: So würden die schwarzen Konten der deutschen Anleger legalisiert und deren dauerhafte Anonymität akzeptiert. Er befürchtet zudem negative Folgen auf die Steuermoral in Deutschland: «Wenn es in Kraft ist, werden sich die ehrlichen Steuerzahler sagen: Mensch, ich war doch blöd, dass ich mein Geld nicht auch in die Schweiz gebracht habe. Da hätte ich mein Vermögen jahrzehntelang steuerfrei vermehren können, und am Ende ist nach einer Einmalzahlung von gerade mal 21 Prozent wieder alles legal. Viele werden dann wohl für sich entscheiden: Bei der nächsten Gelegenheit bin ich auch dabei.»

Anmerkungen:

Das Interview beschäftigt sich ausschließlich mit dem Umgang der Steuerkriminellen auf Basis des geplanten Abkommens mit der Schweiz und der entsprechenden Bewertung durch einen leitenden Steuerfahnder.

Heft 34/2012 – Thema: Steuerabkommen mit der Schweiz vor dem Aus

Die Titelgeschichte «Eine Frage der Ehre» beschäftigt sich umfassend mit dem vermutlichen Aus des Steuerabkommens mit der Schweiz. Die Unterzeile deutet den eher kritischen Tenor des Textes an: «Die von der Bundesregierung geplante Amnestie für Schwarzgeldbesitzer in der Schweiz steht vor dem Aus. Experten plädieren für einen Kurswechsel: Anstatt sich auf Deals einzulassen, soll Deutschland gegenüber Steueroasen Härte zeigen.»

Es werden ausführlich kritische Stimmen zitiert – namentlich nicht genannte Steuerfahnder, Repräsentanten der Opposition, Vorsitzender der Steuer-Gewerkschaft – und ausführlich beispielsweise auch die Verhandlungsposition der USA gegenüber der Schweiz beschrieben, die mit einer harten Haltung viel mehr erreicht habe als Schäuble, so der Tenor des Berichtes. Es heißt unter anderem: «Ein Jahr vor der Bundestagswahl hat die schwarz-gelbe Koalition eine Gerechtigkeitsdebatte am Hals. Mal wieder, so scheint es, legen Union und FDP gegenüber Reichen und Bankiers ein erstaunliches Maß an Großzügigkeit an den Tag.»

Anhand von Beispielrechnungen wird erläutert, wie nachsichtig der Steuerhinterzieher, der sein Geld in der Schweiz hat, aufgrund dieses Abkommens behandelt werden würde.

In einem geringen Umfang werden in diesem Text auch Hintergründe vermittelt: «Bis zu 80 Milliarden Euro Schwarzgeld aus Deutschland lagern in der Schweiz. Jahrzehntlang lebten deutsche Steuerflüchtlinge und Schweizer Geldmanager in perfekter Symbiose. Im Schutz des Bankgeheimnisses verschoben Ärzte, Anwälte und Unternehmer aus Hamburg oder Heidelberg ihre Schwarzgeldvermögen über den Rhein ...»

Der Bericht ist begleitet von einem **Interview mit der Überschrift «Enorme Profite» mit dem NRW-Justizminister Thomas Kutschat**, der in diesem Zusammenhang die Einführung eines Unternehmensstrafrechts fordert, um beispielsweise auch direkt gegen die hilfeleistenden Banken vorgehen zu können, nicht nur gegen einzelne Mitarbeiter. Es sei «bizarr», dass Deutschland als eines von sehr wenigen Ländern kein solches Strafrecht habe, deshalb nur mit Bußgeldern gegen kriminelle Unternehmen vorgehen könne und nicht unter anderem mit beispielsweise umsatzbezogenen Geldstrafen, erläutert der Minister in dem Gespräch.

Anmerkungen:

Der Bericht bleibt inhaltlich eng an dem Thema Steuerabkommen mit der Schweiz. Er hat grundsätzlich

einen kritischen Tenor und unterstellt, die Steuerhinterzieher wären auf Basis des geplanten Abkommens relativ milde behandelt worden.

Mit dem Interview wird in diesem Zusammenhang ein neuer Aspekt eingeführt: Das Strafrecht müsse verschärft werden, um gegen Unternehmen wirksamer vorgehen zu können, welche die Steuerhinterziehung unterstützen.

Heft 39/2012 – Thema: Vermögenssteuer

Der mehrseitige Bericht trägt die Überschrift: «Jagd auf Reiche». Die Unterzeilen lauten: «Die SPD will Vermögen deutlich stärker besteuern. Der Plan ist gut gemeint. Doch er belastet die Unternehmen – und könnte viele Wohlhabende ins Ausland treiben.»

Die Grundthese des Textes lautet: Es gibt eine stärkere Kluft zwischen Armen und Reichen in Deutschland. Es werden mit Verweis auf den aktuellen Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung auch die diesbezüglichen gängigen Zahlen genannt. Weiter heißt es: «Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer – kein Wunder, dass die Vermögenssteuer populär ist. Drei Viertel der Bürger unterstützen ihre Wiedereinführung. Das Bündnis 'Umfairteilen' plant für diesen Samstag sogar einen bundesweiten Aktionstag. Zwei Dutzend Organisationen vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac bis zu den Gewerkschaften werden in mehreren Städten für die Abgabe trommeln.»

Es sei angemessen, heißt es in dem Text, «die Wohlhabenden stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen». Denn: «Deutschland könnte Reichtum stärker besteuern, zeigen Daten der OECD. Abgaben auf Besitz machen hierzulande weniger als ein Prozent der Wirtschaftsleistung aus. In den USA, Großbritannien und der Schweiz beträgt der Anteil ein Vielfaches davon.» Nur sei die Vermögenssteuer das falsche Instrument.

Im Hauptteil des Berichtes wird erläutert, meist in Form von Einzelbeispielen und auch mit wenig belegten Behauptungen, warum diese Form der Besteuerung ungeeignet sei: ineffizient in Erfassung und Erhebung, international ein Auslaufmodell, existenzgefährdende Belastung von die Volkswirtschaft tragenden Unternehmen und Branchen, trotz aller Freibeträge Folgewirkung von Kapitalflucht («Die Reichen könnten die Flucht ergreifen.»).

Es gebe eine bessere Alternative, die zudem dem Staat mehr Einnahmen brächten, die auch von linken Wissenschaftlern vorgeschlagen werde: ein höherer Spitzensteuersatz und eine höhere Abgeltungssteuer auf Geldvermögen.

Anmerkungen:

Der aktuelle Anlass des Berichtes, der Aktionstag des neuen Aktionsbündnisses «Umfairteilen» wird nur am Rande erwähnt und zudem in inhaltlich verfälschender Weise: Es wird suggeriert, das Bündnis plädiere lediglich für die – nach Ansicht der Autoren des Beitrages und der von ihnen zitierten Fachleute: falsche – Vermögensabgabe. Das Bündnis plädiert dagegen für mehrere Instrumente, darunter beispielsweise auch eine höhere Abgeltungssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz. Es wird auch in diesem Beitrag indirekt die Macht der Reichen angesprochen, ohne dies bewusst zu thematisieren: die latente Drohung, wenn die Politik dieses oder jenes macht, dann ‹ verlassen › wir das Land und lassen uns irgendwo anders nieder.

5 SOZIALSTAAT UND SOZIALARBEIT (27 TEXTE; START MIT AUSGABE 17/2008)

Heft 11/2008 – Thema: Deutsche Tafel

Es handelt sich um einen knapp zweiseitigen Text. Die Überschrift lautet: «Ansturm der Armen». Und der Vorspann: «Fast 800 000 Menschen versorgen sich inzwischen kostenlos bei den Filialen der Deutschen Tafel. Doch manche nutzen das System auch aus.» Die Unterzeile unter dem Aufmacher-Foto: «Lebensmittelausgabe (in München): Was früher als Akt der Verzweiflung galt, ist salonfähig geworden.»

Zum Einstieg wird der Ansturm von Bedürftigen geschildert, als in einer Ruhrgebietsstadt die Tafel öffnet, um Essen auszugeben. Anhand von kleinen Porträts wird die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer beschrieben. Zur Größenordnung gibt es die folgenden Angaben: «Allein die bundesweit 1500 Ausgabestellen der Tafeln vermelden mittlerweile fast 800 000 Kunden. In Städten wie Hamburg und Bochum hat sich die Zahl der Menschen, die sich bei den Umsonst-Anbietern versorgen, in nur einem Jahr sogar nahezu verdoppelt.» Weiter: «Das Netz der kostenlosen oder extrabilligen Versorgung hat sich längst so verdichtet, dass in ihm eine Subgesellschaft heranwächst: Sie lebt vom Überfluss der anderen, sie verbraucht, was Durchschnitts- und Gutverdiener nicht rechtzeitig verzehren, nicht mehr anziehen, nicht

mehr hinstellen wollen.»

Es wird kurz skizziert, dass dies ein Geschäft auf Gegenseitigkeit sei, weil die spendenden Supermärkte die recht teure Entsorgung der überfälligen Lebensmittel sparen.

Längere Abschnitte gibt es zu zweierlei Varianten des ›Missbrauches‹: Ehrenamtliche vermuten, dass Bedürftige beispielsweise in Berlin, dort sind 13 Organisationen aktiv, von einer Ausgabestelle zur anderen laufen, Lebensmittel im Überfluss einsammeln, um sie dann weiterzuverkaufen. Das komme, sagt ein namentlich genannter Ehrenamtlicher, «einer Einladung zum Missbrauch gleich», denn so sei es «problemlos möglich, ein unanständiges Geschäft aufzuziehen». Eltern stehen bei anderen Ehrenamtlichen im Verdacht, ihre Kinder zu den Tafeln zu schicken, und mit dem Geld, das sie mit der kostenlosen Essensversorgung sparten, könnten sich die Erwachsenen dann «einen neuen Fernseher oder anderen Mist kaufen.»

Da der Staat wiederum manchmal versuche, die kostenlose Versorgung mit Lebensmitteln auf die Sozialleistungen anzurechnen, gebe es «unter den Tafel-Verantwortlichen derzeit eine ernste Diskussion» über die Fragen: «Tragen sie dazu bei, dass sich die Menschen einrichten in ihrer Not? Und: Wird die Tafel immer mehr zum Erfüllungsgehilfen für Sozialabbau?»

Nach der Schilderung eines Projektes, wonach ein Bochumer Ehrenamtlicher aus einer Tafel einen kleinen Sozialkonzern geschaffen habe, endet der Text mit dem Hinweis, dass eine beträchtliche Spende für die dortige Tafel von den Nokia-Beschäftigten gekommen sei, deren Unternehmen kurz danach geschlossen wurde, weshalb sich einige der ›Spender‹ bereits erkundigt hätten, wie sie die Hilfe der Tafel in Anspruch nehmen könnten.

Anmerkungen:

Dieser Text behandelt einen Aspekt unseres Themas. Die Frage, warum es immer mehr Bedürftige gibt, wird nicht behandelt. Die Bedürftigen sind «Kunden» und das Anstehen für kostenlose Nahrung ist «salonfähig» geworden, weil die Schlangen immer länger werden, die Nachfrage also quasi steigt; es sei eine «Subgesellschaft» entstanden.

Es fällt auf, dass dem Aspekt, die Armen könnten diese Dienstleistung ›missbrauchen‹ bzw. tun dies bereits, innerhalb des Textes ein sehr prominenter Stellenwert eingeräumt wird, obwohl die Vorhaltungen sehr pauschal und vage sind. Es wird den direkt Betroffenen einerseits vorgehalten, sie versuchten aus ihrer Not ein ›Geschäft‹ zu machen, indem sie Lebensmittel weiterverkauften. Und den Eltern wird vorgehalten, sie sparten so Geld, um beispielsweise Fernseher zu kaufen. Wie bei dem Thema Altersarmut (siehe oben) wird ein sichtbares Ereignis quasi aus seinen Umständen und Strukturen herausgelöst, individualisiert und so weitgehend zusammenhangslos präsentiert.

Heft 21/2008 – Thema: Bilanz Hartz IV

Die siebenseitige Reportage «Das Gefühl von Arbeit» hat den Vorspann: «Immer mehr Deutsche werden arbeitslos, sie drängen auf einen Arbeitsmarkt, der vor vier Jahren umgestaltet wurde. Hält Hartz IV, was die Reformer versprochen? Einiges, sagt Peter Hartz; nichts, sagt die Ein-Euro-Jobberin Carola Götz.»

Beide Personen werden begleitet. Der Sachstand wird so geschildert: «Vor über vier Jahren trat Hartz IV in Kraft. Das Gesetz war der Endpunkt einer Reform, die als die größte Arbeitsmarktreform in der Geschichte der Bundesrepublik gilt. Damals wurde eine Art Deal abgeschlossen. Der Deal lautete: Fördern und Fordern. Der Staat würde den Arbeitslosen zukünftig mehr Einschränkungen abverlangen.

Der Druck auf die Arbeitslosen würde erhöht und fast jede Arbeit zumutbar sein. Die Arbeitgeber würde man stärken, die Arbeitslosen, auch durch Sanktionen, mobiler und flexibler machen. Die Selbstverantwortung sollte steigen. Dafür würden die Arbeitslosen am Ende belohnt – mit Arbeitsplätzen.»

Die Arbeitslosigkeit sei ja seither gesunken auf 3,6 Millionen im Frühjahr 2009. Peter Hartz könnte sagen, dass dies der Beweis für den Erfolg sei. «Aber Hartz sagt das nicht. Er weiß ja auch nicht so genau, ob es da einen Zusammenhang gibt. Niemand weiß das. Es gibt eine Studie vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, in der die Wirkungen von Hartz IV untersucht wurden. Heraus kam ein dickes Buch mit vielen Zahlen, Tabellen, Einschätzungen und einer unklaren Gesamtlage. Die Armut habe, so sagen es die Wissenschaftler, durch Hartz IV nicht zugenommen. Sie verteile sich jetzt nur anders. Diejenigen, die vorher eine höhere staatliche Unterstützung bekamen, die oberen 20 Prozent, bekommen heute weniger. Die untersten 20 Prozent bekommen dagegen mehr als vor der Reform.» Und: «Die Wissenschaftler untersuchten auch, ob sich die Bereitschaft der Arbeitslosen erhöht hat, niedrigqualifizierte oder schlechtbezahlte Arbeit anzunehmen – denn darauf zielte Hartz IV. Bei den Langzeitarbeitslosen habe sich ›gegenüber dem Zeitraum vor der Reform nur wenig geändert‹, so das Fazit. Bei Kurzeitarbeitslosen schon eher, weil diese vermeiden wollen, in Hartz IV abzurutschen. Die wichtigste Frage aber, auf die die Wissenschaftler eine Antwort suchten, lautete: Hat Hartz IV die Menschen in Arbeit bringen können? Denn das war ja Teil des Deals. Fördern und Fordern. Die Wissenschaftler haben eine umständliche Antwort

darauf formuliert, man könnte sie zusammenfassen mit: vielleicht.»

Auch in der Darstellung der beiden Personen handelt es sich bei diesem Text um eine sehr differenzierte und zurückhaltende Darstellung.

Heft 26/2008 – Thema: Bildung als Instrument gegen Armut

Die Überschrift dieses Drei-Seiten-Berichts lautet: «Bildung gegen Armut». Und der Vorspann: «Um armen Kindern zu helfen, will die Koalition den Eltern mehr Geld geben. Doch die Vorschläge beruhen auf veralteten Zahlen, fehlerhaften Berechnungen und fragwürdigen Analysen. Das eigentliche Problem sind fehlende Aufstiegschancen.»

Aktueller Anlass ist auch hier die bevorstehende Behandlung des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung im Bundeskabinett. Aus der gesamten Problematik Arm+Reich wird hier das Thema Armut unter Kindern herausgegriffen und deren mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten in den Mittelpunkt gestellt. Die Schwerpunktsetzung dieses Textes wird mit der Schwerpunktsetzung des Regierungsberichtes begründet: «Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Armut von Kindern, die seit Wochen die Deutschen bewegt. Wenige Dinge sind so bedrückend wie der Umstand, dass die Entwicklung von Kindern im wohlhabenden Deutschland leidet», weil ihre Eltern zu wenig Geld haben.

Recht schnell wird auf die parteipolitisch motivierten Rangeleien innerhalb der Großen Koalition verwiesen: «Für die Politiker der Großen Koalition freilich bietet das Thema derzeit vor allem Gelegenheit, sich selbst in den Vordergrund zu spielen. Seit der federführende Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) vor fünf Wochen den Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichtes vorstellte, ist zwischen Union und SPD ein Wettlauf entbrannt um die Frage, welche Partei die größten Geschenke für Kinder und Familien in Aussicht stellt.»

Es gibt laut Text eine Frontstellung zwischen einigen an dem Bericht beteiligten Gutachtern und Regierungsstellen: «Umso überraschter sind die Experten, deren Gutachten die Bundesregierung bei ihrer Bestandsaufnahme zugrunde gelegt hat. Der Bericht beruhe zu einem guten Teil auf falschen Zahlen und unplausiblen Berechnungen», sagt Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Richard Hauser, emeritierter Wirtschaftsprofessor der Universität Frankfurt am Main und einer der renommiertesten Armutsforscher des Landes, spricht von «Schönfärberei.»

In dem Text bezieht die Redaktion dann die Position: «Noch problematischer sind die falschen Schlussfolgerungen, die die Große Koalition aus den Zahlen ableitet. Vor allem denkt die Bundesregierung daran, nach dem Gießkannenprinzip neues Geld über alle Familien auszuschütten. Das aber ist ein Irrweg, wie die Erfahrungen der Vergangenheit lehren.» Die Alternative, die dann erläutert wird: «Fachleute» würden schon lange sagen, es bringe nichts, den Eltern beispielsweise via Kindergeld mehr Geld zu geben, «wenn die Gefahr besteht, dass Papa und Mama davon keine Kinderbücher kaufen, sondern Zigaretten und DVD-Spieler.» Dagegen spreche auch: «Vom Kindergeld profitieren zudem auch Gut- und Besserverdienende, die den staatlichen Zuschuss eigentlich gar nicht benötigen.» Der Verdacht liege nahe, «dass es sich ausgerechnet beim beliebten Kindergeld um eine besonders krasse Form von Verschwendung handelt». Die Alternative sei eine bessere öffentliche Betreuung. Erfahrungen in Frankreich und Skandinavien belegten zudem, dass damit junge Mütter schneller (wieder) in Arbeit kämen und Beschäftigung gelte wiederum «als das mit weitem Abstand probateste Mittel, um ein Abrutschen in Armut zu verhindern». Das DIW habe zudem belegt, dass sich Kinderarmut verfestige. Und sie vervielfältige sich auch: «Die Zahl der von Armut betroffenen Kinder ist seit Mitte der siebziger Jahre um 1600 Prozent gestiegen.»

Mit Zahlen des Deutschen Studentenwerk (DSW) wird im Text belegt, wie sehr die soziale Lage die Bildungschancen beeinflusse. In dem Text wird die Position bezogen: «Doch schon heute könnten sich alle Experten bestätigt sehen, die Armut nicht mit immer höheren Sozialtransfers bekämpfen wollen, sondern durch Reformen für mehr Betreuung, Bildung und Beschäftigung. «Es zeigt sich der Erfolg der Hartz-Reformen», sagt Henning Klodt vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel. «Das beste Mittel gegen Kinderarmut ist, wenn Papa und Mama wieder Arbeit haben.» Zu einem ähnlichen Urteil kam schon 2006 der von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenrat für Wirtschaft.» So gehe es um stärkere Beschäftigungsanreize für Arbeitslose, vorausgesetzt deren Kinder würden kostenlos betreut werden. Die Politik habe, so der Text, zwar über die richtigen Maßnahmen gestritten, habe sich jedoch auf das Richtige wieder nicht einigen können.

Anmerkungen:

Kinderarmut wird als Kern des Armuts-Problems charakterisiert, da es emotional berührend sei, dass ein Wohlstandsland wie Deutschland nicht in der Lage sei, den Kindern gute Zukunftschancen zu garantieren. Es gibt keine Erklärung, warum zunehmend Familien und Kinder arm sind und warum die materielle Lage die Bildungschancen so sehr beeinflussen. Beides wird unterstellt. Es wird auch nicht erläutert, dass

Deutschland im internationalen Vergleich damit eine Sonderstellung einnimmt. Es werden exemplarisch die Folgen von Kinderarmut gezeigt. Es werden häufig Experten und wissenschaftliche Untersuchungen zitiert, um dies auch zu belegen. Die Politik wird pauschal als zuständiger Akteur eingeführt, der sich vor allem um parteipolitische Vorteile rangelt, die Zustände letztlich beschönigt, die «richtigen» Maßnahmen zwar diskutiere, jedoch sich letztlich nicht für sie entscheide. Von der Politik wird erneut ein recht negatives Bild skizziert.

Auch die Eltern von armen Kindern werden als Problem thematisiert. Es wird suggeriert, mehr Geld-Transfer nütze nichts, da die Eltern aus Unterschichten das Geld nicht sinnvoll einsetzen; es bleibt bei der entsprechenden Behauptung, Belege werden nicht angeführt. Wenn sich die Eltern jedoch so verhielten, wie die Autoren wiedergeben, dann könnte ja auch die Frage behandelt werden, warum dies so ist.

Es wird auch ein Verteilungs-Problem angesprochen: Kindergeld für Besserverdienende sei falsch ausgegeben, da diese Eltern diese Zuwendung nicht benötigten; mit einer einkommensbezogenen Vergabe von Kindergeld könnte dieses «Problem» gelöst werden. Zudem positioniert sich die Redaktion mit diesem Text klar: mehr Betreuungsangebote und mehr Arbeit für die Familien-Angehörigen, beides hänge miteinander zusammen, beides seien gute Lösungen gegen Armut.

Die Redaktion ignoriert damit eigene Analysen und Texte, die zuvor bereits veröffentlicht worden sind und in denen dargelegt wird, dass gerade die via der Agenda 2010 implementierten Arbeitsmarktreformen zu Niedriglöhnen und prekären Arbeitsverhältnissen führen, die zwar einerseits offensichtlich mehr Arbeitsplätze, aber auch andererseits zugleich Armut produzieren. Dieser Zielkonflikt wird nicht aufgegriffen, sondern ignoriert.

Heft 33/2008 – Thema: steigende Energiepreise

Der zweiseitige Text «Kalte Angst» dreht sich um die Reaktionen der Politik auf die steigenden Energiepreise: «Basistarife, Gratisstrom, Pendlerpauschale – mit einem Wettlauf der Populisten reagiert die Politik auf die steigenden Energiepreise. Doch viele Bürger glauben den einfachen Versprechen nicht.»

Das Verhalten der Politik wird so beschrieben: «Die Politik sieht sich in diesen Tagen mit einer wachsenden Angst konfrontiert. Es geht um die Frage, ob eine warme Wohnung bald zum Luxusgut wird und der Wochenendausflug mit dem Auto ein Vergnügen für Betuchte.

Es ist eine ähnlich emotionale Frage wie die, ob gesunde Zähne ein Privileg der Reichen sein sollen. Doch statt sich dieser Angst redlich zu stellen, bestimmen vor allem die Populisten die politische Debatte. Gregor Gysi, Fraktionschef der Linkspartei, sagt bereits die ersten Kältetoten in eisigen deutschen Schlafzimmern voraus. Das ist schon deshalb Mumpitz, weil die fünf Millionen Hartz-IV-Empfänger die Heizkosten größtenteils vom Staat bezahlt bekommen.» Der Text lässt mehrfach anklingen, dass es besser sei, via höherer Preise die Bürger zum Sparen anzuhalten. Die Reaktionen der Bürger auf den konstatierten Populismus der Politik wird so beschrieben: «Die Bürger allerdings scheinen dem Wettlauf um Wohltaten zu misstrauen. Viele reagieren vernünftiger auf die Preisexplosion als die Politik, sie sparen selbst.»

Heft 43/2008 – Thema: Hartz-IV-Kontrolleure

In der 2,5 Seiten langen Reportage mit dem Titel «Raus mit euch» werden drei Kontrolleure begleitet. Es gibt an, zwei, drei Stellen knappe kritische Anmerkungen und Einflechtungen zur Finanzmarkt-Krise, diese werden nachfolgend auch zitiert, im Mittelpunkt steht jedoch die Arbeit der Kontrolleure und das Verhalten der Hartz-IV-Empfänger; alles wird aus Sicht der Kontrolleure beschrieben. In einer kleinen Tabelle wird referiert, dass es 2007 7,2 Millionen Empfänger gibt, die insgesamt 45,3 Milliarden Euro Kosten verursachen. Es gibt jedoch keinen Hinweis, ob es (von wem?) Schätzungen oder Untersuchungen über den potenziellen Missbrauch gibt. Nun zuerst der Vorspann: «Sie klingeln unangemeldet an Wohnungstüren, gucken in Zimmer und Schränke, werden als Schnüffler beschimpft: Hartz-IV-Detektive sollen Sozialschwindler enttarnen und Missbrauch von Steuergeldern verhindern.» Nun ein längeres Zitat: «Hübner mag Hunde nicht besonders. Immer mal wieder kommen sie ihm in die Quere, wenn er eine Wohnung betritt, sausen ihm zwischen die Beine, fletschen drohend die Zähne, springen ihn an. Dabei hat er selbst die Aufgabe, aufzuspüren, zu verfolgen, notfalls zu stellen. Der 28-Jährige ist Hartz-IV-Detektiv. Setzt sich tagaus, tagein auf die Fährte von Bürgern, die im Verdacht stehen, sich Sozialleistungen zu erschleichen, den Staat zu beschummeln. Hartz-IV-Detektiv ist ein junger Beruf, der viel mit Populismus zu tun hat. Er ist erfunden worden, nachdem beim Arbeitslosengeld II die Kosten anfangs in die Höhe geschossen waren. Und er ist weithin akzeptiert worden, weil es reichlich Schlagzeilen gab über dreiste Abzocker und raffinierte Betrüger. Jede der 439 deutschen «Arbeitsgemeinschaften» (Arge) muss inzwischen hauptberufliche Kontrolleure beschäftigen.

Offizielle Bezeichnung: Ermittler im Außendienst. Die Fahnder suchen nicht nach Millionen und Milliarden, wie sie nahezu unkontrolliert von privaten und staatlichen Banken verspielt worden sind. Es geht nicht um

Beträge mit unvorstellbar vielen Nullen, sondern oftmals um ein paar Euro mehr oder weniger – die sich allerdings auch summieren. Bekämpft wird der alltägliche kleine Schmu ...»

Zur Bilanz der Kontrolleure heißt es: «Im Jahr 2007 hat das Fahnderteam der Augsburger Arge Kosten von 300 000 Euro gespart. Zu diesem Zweck fuhr das Trio 8000 Kilometer kreuz und quer durch die Stadt, füllte rund 1500 Protokolle aus und klingelte an ebenso vielen Haustüren. Die Steuerkasse füllen die Hartz-IV-Detektive also kaum. Bedeutender scheint da ihre abschreckende Wirkung.»

Und der Text schließt mit einem zweiten Hinweis auf die Finanzmarkt-Krise: «Auf der Rückfahrt zum Amt ziehen die Fahnder Bilanz: drei Fälle erledigt, fünf noch offen, eine Aufenthaltssuche veranlasst. Übers Autoradio läuft die Meldung, dass für die klamme Bayerische Landesbank, deren Manager sich mit faulen Immobilienkrediten verzockt haben, eine Milliardenbürgschaft an Steuergeld aufgebracht werden muss. «Dazu könnte ich zwar was sagen», grummelt Ermittler Utz, macht eine kleine Pause. «Aber ich sag lieber nix.»»

Heft 43/2008 – Thema: Bilanz Hartz-IV-Politik

Der knapp zweiseitige Text «Unten bleibt unten» bilanziert: «Als Folge der Hartz-Reformen sind die Arbeitslosenzahlen auf ein historisches Tief gesunken – und trotzten derzeit sogar der Finanzkrise. Doch der Erfolg ist teuer erkauft.»

Es wird wie selbstverständlich unterstellt, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf die Agenda-Politik zurückzuführen ist. Zudem wird festgestellt: «Tatsächlich haben die umstrittenen Hartz-Reformen die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt vertieft. Was ursprünglich vor allem Langzeitarbeitslosen zugutekommen sollte, erweist sich heute eher als Programm, all jene unten zu halten, die eh schon unten sind.» Die Zahl der leicht vermittelbaren Arbeitslosen sinke, die der anderen steige: «So ist auf dem Arbeitsmarkt eine neue Zweiklassengesellschaft entstanden, zu deren Entstehung die Agenda-Macher beigetragen haben.» Es gebe zwei Gründe: Es seien vor allem im industriellen Bereich neue Arbeitsplätze entstanden und nicht wie vermutet im Niedriglohn-Bereich; dass dies auch ein Hinweis darauf ist, dass die Gründe für die Zunahme der Arbeitsplätze nicht mit der Agenda-Politik in Zusammenhang stehen, darauf wird in dem Text nicht hingewiesen. Und: Die Verwaltung sei nicht in der Lage, HartzIV-Empfängern zu helfen. Das Rezept: «Was zu tun wäre, um der ausgesonderten Hartz-IV-Kundschaft wieder eine Chance zu geben, ist bekannt. Die Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung schreiben in ihrer Studie, die Klientel sei nicht «arbeitsunwilliger als andere Erwerbslose». Aber viele brauchen eine Schulung zur Auffrischung ihrer Berufskennntnisse. Andere müssen wieder lernen, pünktlich aufzustehen und sich jeden Tag gepflegt anzuziehen. Sie brauchen Starthilfe. Doch daran hapert es.»

Heft 6/2009 – Thema: Kinderarmut und Tafelangebot

Die Überschrift lautet: «Angebot schafft Nachfrage» und der Vorspann: «Das Bundesverfassungsgericht muss sich demnächst mit den HartzIV-Leistungen für Kinder beschäftigen. Dabei verlassen sich Tausende Familien längst auf die Segnungen der Gratis-Küchen.»

Der szenische Einstieg schildert ausführlich, wie Mädchen und Jungen kostenlos Mittagessen erhalten. Die Nachfrage steige. Der Chef der «Deutschen Tafel» Gerd Häuser schätze, «dass mittlerweile fast eine Viertelmillion Mädchen und Jungen zu Stammkunden der bundesweiten Filialen und ihrer angeschlossenen Gratis-Verköstigung gehören.»

Die Wertung im Text: «Es ist eine erschreckende Zahl, und sie sagt eine Menge aus über Deutschland, über seine Menschen an der Armutsgrenze und über das Versagen der Politik.»

Häuser meint, dieser «Ansturm der Kinder» sei «eine direkte Folge der niedrigen HartzIV-Sätze.» Es gebe jedoch auch den Mechanismus: «Je mehr Gratis-Restaurants eröffnen, umso mehr Kundschaft werde mobilisiert.» Familien zögen, so höre der Arche-Gründer Bernd Siggelkow, eigens wegen der Arche-Angebote nach Hellersdorf. Da «das System der Umsonst-Versorgung in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit und nachlassender Spendierfreude zu kollabieren droht, sehen die Sozialverbände nur einen Ausweg: Bedürftige Kinder sollten endlich in der Schule kostenlos gepflegt werden. Eine staatlich finanzierte Schulspeisung habe anders als jede HartzIV-Aufstockung den Effekt, dass sie garantiert den Kindern diene. Denn leider, so berichtet Arche-Gründer Siggelkow, komme es in den Familien oft genug vor, dass die Eltern Zuschüsse für ihre Kinder in Alkohol, Zigaretten oder technische Geräte investierten.»

Eine verbindliche Schulspeisung, die allen sinnvoll erscheine, gebe es nicht, da Bund und Länder über die Kosten und deren Übernahme sich nicht einigen könnten.

Anmerkungen:

Es ist ein Text über kostenlose Speisung für bedürftige Kinder. Zusammenhänge zu dem Gesamthema der Armut- und Reichtumsentwicklung werden nicht hergestellt und Fragen nach den Ursachen nicht gestellt. Zwei Akteure werden herausgestellt und eher als Teil des Problems dargestellt: Die Politik entscheide sich

nicht für die beste Lösung, die Schulspeisung, sie wird also erneut als eher unfähiger Akteur präsentiert, und die Unterschichts-Eltern geben, so allerdings sehr vage Hinweise im Text, das Geld nicht für ihre Kinder aus, sondern für wenig nützliche Konsumgegenstände. Auch wird erneut die Problematik des potenziellen Missbrauches – mit sehr ungenauen Angaben und Vermutungen, ohne Angaben über Art und Umfang/Relevanz (Einzelfälle oder Systematik) – herausgestellt. Es wird nicht in Betracht gezogen, dass aus Sicht der Organisatoren und/oder der Öffentlichkeit, ein «Missbrauch» vorliegen könnte, dieser jedoch eventuell aus letztlich vertretbaren und/oder einleuchtenden Gründen erfolgt.

Diese redaktionelle Tendenz wird mit der Sprache unterstützt, denn unter anderem heißt es: «Dabei verlassen sich Tausende Familien längst auf die Segnungen der Gratis-Küchen.» Man könnte auch schreiben: Bedürftige, die nicht bis Monatsende genügend ordentliches Essen haben, sind auf die Hilfe der Armuts-Küchen angewiesen.

Heft 10/2009 – Thema: Krise und Hilfe für Opel/deutscher Sozialstaat

In dem fünfseitigen Text «Prinzip Hoffnung» geht es darum, wie der Staat Unternehmen, vor allem Opel, durch die Krise helfen will und soll: «Die Wirtschaftskrise belastet das soziale Klima im Land. Immer mehr Firmen planen Entlassungen, der Ton zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften wird schärfer. Der Druck auf die Regierung wächst, angeschlagene Konzerne wie Opel oder Schaeffler zu retten.» Nur im Zusammenhang mit Hilfen für die Unternehmer-Familie Schaeffler wird ein Bezug hergestellt, der mit dem Untersuchungsthema zu tun hat: «Aber gelten in der Krise gar keine Regeln mehr? Frau Schaeffler und ihr Sohn haben bislang nicht einmal die grundlegenden Fragen beantwortet, die jeder klären muss, der ein paar hundert Euro Hartz IV vom Staat erhalten will. Wie viel Vermögen haben sie? Wie viel des Gewinns landete in den vergangenen Jahren auf dem Privatkonto? Sind sie bereit, einen Teil davon in die Rettung des Unternehmens zu investieren?»

Heft 27/2009 – Thema: Gesundheitsversicherung und Hartz IV

Der Text «Armut per Gesetz» hat den Vorspann: «Viele Geringverdiener können sich neuerdings keine Krankenversicherung mehr leisten. Dabei hatte die Bundesregierung große Versprechen gemacht.» Der Befund: Die Zahl der Betroffenen steigt rasant an. Der Grund: «Früher konnten gescheiterte Selbständige unter bestimmten Voraussetzungen in die gesetzliche Krankenversicherung wechseln. Doch diese Möglichkeit ist seit Jahresbeginn weiter erschwert worden. Verarmte Ex-Unternehmer müssen selbst dann bei ihrer Privatversicherung bleiben, wenn sie auf Hartz-IV-Niveau herabgesunken sind.»

Heft 33/2009 – Thema: Grundeinkommen

Der fünfseitige Bericht «Im Dorf der Zukunft» hat den Vorspann: «Eine Idee zieht um die Welt: Gegen Hunger und Armut soll ein Grundeinkommen helfen, gezahlt an jeden Bürger, bedingungslos. Gutmenschentum? Kommunismus? Utopie? In einem Dorf in Namibia wird das Konzept seit über einem Jahr ausprobiert.»

Der Versuch geht so: «Die Idee: ein Grundeinkommen, steuerfinanziert. 100 Namibia-Dollar, umgerechnet 9 Euro, im Monat für jeden, keine Auflagen, keine Gegenleistung, einfach so.»

Die bisherige Bilanz: «Vor ein paar Wochen hat Dirk Haarmann den Jahresbericht veröffentlicht, ihn an Politiker geschickt, an die Uno, sogar an den Staatspräsidenten. Darin stand, dass die wirtschaftliche Aktivität im Dorf um zehn Prozent gestiegen sei. Dass mehr Menschen Schulgeld und Arztgebühren bezahlen, sich die Gesundheit verbessere und die Kriminalitätsrate sinke. Darin stand auch, dass das Grundeinkommen über das Steuersystem finanziert werden könnte, würde man Mehrwert- oder Einkommensteuer um einige Prozent erhöhen. Schon rund drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 115 Millionen Euro, würden ausreichen für ein Grundeinkommen in ganz Namibia.»

Heft 40/2009 – Thema: Tafel-Streit

Der einseitige Text «Wertvolle Premiummarke» hat den Vorspann: «Der Kampf um Lebensmittel und Spenden wird härter. Die Deutsche Tafel liefert sich inzwischen juristische Gefechte.» Thema und Tenor des Textes: Aus einer ehrenamtlichen Organisation sei wegen Hartz IV und der entsprechenden Nachfrage aus der Tafel-Bewegung «ein Sozial-Discounter mit einem Niederlassungsnetz, das ähnlich dicht ist wie das von Penny und Plus» geworden. «Fast eine Million Bedürftige decken sich schon regelmäßig gegen einen geringen Obolus an den Ausgabestellen ein. Die Tafel ist zur Premiummarke der deutschen Armenspeisung geworden, und Häuser tut alles, um sie zu verteidigen.» Da der entsprechende Bundesverband unter anderem besondere Verträge mit Handelsketten über die Überlassung von Lebensmitteln habe, sei «das Wort «Tafel» und eine Mitgliedschaft im Bundesverband Gold wert». Der Streit geht um die Frage, wer alles die Bezeichnung «Tafel» noch verwenden darf.

Heft 45/2009 – Thema: Bildungsgutscheine

Der einseitige Text «Bier oder Bildung?» hat den Vorspann: «Die Regierung plant Gutscheine für arme Eltern. Sozialverbände sehen darin eine Diskriminierung.»

Der Text beschäftigt sich mit dem Vorwurf der Sozialverbände, «dass die Regierung kurzerhand arme Eltern unter Generalverdacht stellt». Es werden Kritiker und Befürworter mit ihren Beispielen und Belegen wiedergegeben. Die Redaktion bezieht die Position: «Wie immer ist es ungerecht, nicht den Einzelfall zu prüfen, sondern alle über einen Kamm zu scheren.» Der Frage, wie es um den Missbrauch bestellt ist, ob es darüber Untersuchungen und Studien gibt, geht die Redaktion jedoch nicht nach. Am Schluss wird via Zitat darauf aufmerksam gemacht, dass vor dem Gesetz alle Bürger gleich behandelt werden müssten.

Heft 3/2010 – Thema: Hartz-IV-Reformen

Die vierseitige Analyse «Wettlauf der Populisten» hat den Vorspann: «Die Parteien überbieten sich mit Vorschlägen für eine Hartz-IV-Reform. SPD und Union wollen die Leistungen für Arbeitslose ausbauen, die FDP fordert mehr Staatshilfen für arbeitende Hilfe-Empfänger. Den Plänen ist gemeinsam: Sie sind derzeit nicht zu bezahlen.» Die Redaktion vermutet: «Vier Monate vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen überbieten sich die Parteien mit Vorschlägen für eine Reform der Hartz-IV-Reform.» Sie sieht eine «Riege der Radikalreformer». Das Gesetz sei unpopulär, «daraus wollen die Parteien Kapital schlagen. Es geht um Stimmungspflege vor einer wichtigen Landtagswahl, die Meinungsführerschaft im eigenen Lager – und nicht zuletzt um die hohe Kunst des politischen Bluffs». Denn es zeige sich jetzt schon, dass all die Vorschläge «derzeit nicht zu bezahlen sind». Auf die Sozialversicherungen würden «neue Lasten in Milliardenhöhe» zukommen, sie steckten jetzt schon «in den roten». Ein Beispiel: «Wird der Hartz-IV-Regelsatz um 70 Euro angehoben, steigen die Hartz-IV-Kosten nach einer Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung um zehn Milliarden Euro. Entsprechend eng ist der finanzielle Spielraum für weitere Wohltaten, auch in der Arbeitslosenversicherung.» Die Redaktion bilanziert: «Es ist eines der größten Probleme der Hartz-Reformen, dass die Politiker nie bereit waren, das Mammutprojekt zu verteidigen, das sie selbst beschlossen haben. Stattdessen debattieren die Parteien immer neue Änderungen, die vor allem das Ergebnis haben, die Erfolge von Hartz IV zu gefährden und die Kosten in die Höhe zu treiben.»

Heft 4/2010 – Thema: Rechtssprechung Hartz IV

Der zweiseitige Text «Soziales Nullsummenspiel» hat den Vorspann: «Anfang Februar wird das Bundesverfassungsgericht entscheiden, ob die Hartz-IV-Regelsätze für Kinder falsch berechnet wurden. Für bedürftige Familien dürfte das Urteil ohne Folgen bleiben.»

Die Ausgangslage: «Klar ist: Der Karlsruher Richterspruch wird die heftige Debatte um die Zukunft von Hartz IV noch einmal befeuern. Rechtzeitig vor der wichtigen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai liefern sich Regierung und Opposition in diesen Tagen ohnehin schon einen Überbietungswettbewerb um Korrekturen an den ungeliebten Arbeitsmarktgesetzen.» Vor allem Sozialverbände sähen Kinder benachteiligt, was aber zu bezweifeln sei, denn: «Die Bundesregierung hat wenig Spielraum, die Sätze der Hartz-IV-Familien zu erhöhen, solange sie das gesetzlich vorgeschriebene Lohnabstandsgebot einhalten will, nach dem Sozialtransfers geringer ausfallen müssen als untere Einkommen, die durch Arbeit erzielt werden. Zudem ist es fraglich, ob Hartz-IV-Kinder – zumindest statistisch gesehen – wirklich so schlecht gestellt sind.» Nach Ministeriums-Berechnungen gäben die Eltern weniger für ihre Kinder aus als ihnen nach den Regelsätzen zur Verfügung gestellt würde. Es sei sogar überlegt worden, die Bezüge für Kinder leicht zu senken. Denn: «Jeder weitere Euro für Familienleistungen hätte das Lohnabstandsgebot weiter ausgehöhlt. Schon jetzt lohnt es sich zum Beispiel für Lageristen oder andere Arbeiter mit drei Kindern kaum noch, 40 Stunden die Woche zu arbeiten. Der Einkommensabstand zu einer fünfköpfigen Hartz-IV-Familie beträgt häufig nicht einmal 50 Euro.» Hinzu komme, «dass Hartz-IV-Empfänger Zugang zu einem wachsenden Wohlfahrtssystem haben». Es gebe die Tafel-Angebote und besondere Angebote für bedürftige Kinder. Allein mit den Tafel-Angeboten «können sie pro Monat etwa hundert Euro einsparen».

Der Text endet mit der Überlegung, als Alternative zu Erhöhungen hier wie in anderen Ländern sehr viel stärker in öffentliche Bildungs- und Förder-Einrichtungen zu investieren. «Länder wie Schweden und Frankreich haben mit solchen Angeboten Erfolg. Dort sind die Aufstiegschancen bedürftiger Kinder deutlich besser als in Deutschland.»

Heft 7/2010 – Thema: Hartz-IV-Urteil (Bericht+Interview)

Die Überschrift lautet «Segen aus Karlsruhe» und der Vorspann: «Nach dem Karlsruher Hartz-IV-Urteil können Bedürftige ab sofort zusätzliche Leistungen in Härtefällen beantragen. Die Gerichte stellen sich auf eine Klagewelle ein.»

Der Bericht schildert den Willen der Verfassungsrichter so: Es soll und muss im Prinzip nicht mehr Geld für die Sozial-Empfänger geben, aber die Hilfe müsse stärker als bisher an Einzelfällen ausgerichtet werden, die in besonderer Not seien. Bedürftige sollten «auch in Extremsituationen mit einem «menschenwürdigen Existenzminimum» rechnen können.» Im Anschluss an diese Beschreibung werden intensiv die folgenden möglichen Wirkungen des Urteils geschildert: «Viele Experten fürchten, dass die gutgemeinten Vorgaben der Richter vor allem neue Ungerechtigkeiten schaffen werden». Die Experten «warnen vor massenhaftem Missbrauch, einer Klagewelle vor den Sozialgerichten und Nachteilen für den erwerbstätigen Teil der Bevölkerung». Es bestünde zudem die Gefahr, «dass die Vorgaben aus Karlsruhe die Hartz-IV-Leistungen am Ende deutlich ausweiten könnten».

Die genannten Punkte werden intensiv mit Argumenten und weiteren Zitaten von Politikern (FDP-Fraktionsvorsitzende Birgit Homburger, Innenminister Thomas de Maiziere) und Experten beschrieben und mit Wiederholungen auch verstärkt: «Weitere Ungerechtigkeiten sind programmiert, nicht zuletzt für Arbeitnehmer. Wer wenig verdient, hat schon heute in vielen Fällen ein kaum höheres Nettoeinkommen als ein Fürsorgeempfänger. Auf die Sonderregelung aus Karlsruhe aber hat ein Beschäftigter keinen Anspruch, es sei denn, er beantragt Hartz IV. «Die Arbeitnehmer sind die Gelackmeierten», klagt der CSU-Sozialexperte Max Straubinger. Nicht ausgeschlossen ist zudem, dass die Sonderregelung am Ende sogar zu Lasten aller übrigen Hartz-IV-Empfänger geht. Wenn das Karlsruher Urteil wieder zu mehr Einzelfalleleistungen führt, so der CDU-Sozialexperte Peter Weiß, müssten im Gegenzug die Hartz-IV-Regelsätze gekürzt werden.»

Begleitet wird dieser Bericht von einem langen Interview. Die Überschrift lautet «Armut darf sich nicht vererben» und die Unterzeile informiert: «Heinrich Alt, 59, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, über die Folgen des Verfassungsgerichtsurteils zu den Hartz-IV-Regelsätzen.»

Über die Fragen und Antworten werden die folgenden Thesen in den Mittelpunkt gerückt: Es sei richtig via Bildung die Bedürfnisse der Kinder stärker zu berücksichtigen. Denn: «Armut darf sich nicht vererben.» Es sei jedoch besser, deshalb nicht die Regelsätze zu erhöhen, sondern in Kindertagesstätten, kostenloses Schulesen und Betreuungsangebote nach der Schule zu investieren, denn davon «profitieren nicht nur Hartz-IV-Familien ..., sondern auch gering verdienende Familien», so Alt. Zudem, so Alt, müssten die Regelsätze auch immer «im Verhältnis zu den durchschnittlichen Nettoeinkommen für untere Lohn- und Gehaltsgruppen betrachtet werden. Höhere Regelsätze verschieben die Systemgrenzen, sie vergrößern die Zahl der Leistungsempfänger und vermindern den Anreiz zur Arbeitssuche.» So würde Arbeitslosigkeit verfestigt.

Anmerkungen:

Es fällt auf, dass der Schwerpunkt darauf gelegt wird, die negativen Folgen der Rechtsprechung zu skizzieren. Die Analyse konzentriert sich letztlich auf das als Problem dargestellte Lohnabstandsgebot, möglichem erweiterten Missbrauch und der drohenden Ausweitung von Hartz IV-Leistungen; vor diesem Hintergrund ist wohl auch die Überschrift «Segen aus Karlsruhe» zu verstehen. Es werden also intensiv die Konfliktlinien zwischen Geringverdienern und Arbeitnehmern einerseits und andererseits Hartz IV-Empfängern und zwischen einzelnen Gruppen von Hartz IV-Empfängern beschrieben. In diesem Zusammenhang wird das Thema des Niedriglohnssektors nicht thematisiert, sondern als (letztlich gerechtfertigt) gegeben unterstellt. In Bericht und Interview ist derselbe Tenor festzustellen.

Es wird auch hier indirekt das oft verwandte Argumentationsmuster eingesetzt, wer den Kindern in Hartz IV-Familien helfen wolle, dürfe dies nicht tun, indem den Eltern mehr Geld zur Verfügung gestellt werde. Der Interviewpartner begründet dies dieses Mal jedoch nicht mit dem potenziellen Versagen der Eltern, sondern mit der höheren Wirksamkeit und der erweiterten Zielgruppe (siehe Geringverdiener) von Investitionen in allgemeine öffentliche Leistungen.

Heft 12/2010 – Thema: Neue Arbeitsmarktordnung

Die etwa 12-seitige Titelgeschichte, der Analyse schließt sich noch ein dreiseitiges Interview mit der amtierenden Arbeits-Ministerin an, trägt die Überschrift «Ära der Unsicherheit» und hat den Vorspann: «Die deutsche Gesellschaft erlebt einen tiefgreifenden Wandel, angetrieben von radikalen Veränderungen der Arbeitswelt. Klassische Vollzeitjobs werden rar, die Menschen müssen sich auf scharfe Brüche im Erwerbsleben einstellen – und mehr Risiken auf sich nehmen.»

Sehr differenziert und umfassend werden die Veränderungen und Zusammenhänge charakterisiert und quasi als Revolution gewertet. Die Entwicklung wird nie in Frage gestellt, sondern als Folge dominierender Trends dargestellt; so kommen die entsprechenden politischen Entscheidungen ebenfalls als «naturegeben» daher, dass die Veränderungen, die beschrieben werden, ausschließlich Folge politischer Entscheidungen sind, wird indirekt am Rande erwähnt, jedoch nie hervorgehoben. Bildung wird als Schlüssel und als Chance für jeden zum Aufstieg charakterisiert. Anhand vieler Beispiele werden die zahlreichen Veränderungen geschildert: befristete Verträge, Selbstständigkeit, Leiharbeit, Werkverträge. Da

dieser Teil der Arbeitswelt zunehme, der herkömmliche stabile abnehme, ist der Schluss: «Letztlich steht ein Gesellschaftsmodell zur Disposition. Denn ein sicherer Job beeinflusst das eigene Leben und Handeln, die Familienplanung, die private Vorsorge.» Der Tenor des Textes klingt wie die Aussage der Arbeitsministerin im sich anschließenden Interview: «Das sind Modernisierungsprozesse, die stattfinden, ob es uns gefällt oder nicht.»

Es werden die Folgen für die Sozialsysteme beschrieben, die besondere Lage in Ostdeutschland, die Vorteile für die Unternehmen, die Folgen für den einzelnen Menschen. Es heißt: «Der Wohlstand wird neu verteilt – und mit ihm das Risiko. In einer hochflexiblen und wissensintensiven Wirtschaft wird Bildung zum Schlüssel für den Aufstieg.»

Die gebrochene Erwerbsbiografie werde künftig Normalität sein.

Der Politik wird vorgehalten: «Ein Jahrzehnt lang ignorierte die Politik, dass die neue Arbeitswelt nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer produziert. Deutschland schickte seine Globalisierungsverlierer lieber in eine stetig steigende Arbeitslosigkeit, wohlversorgt von einem Sozialstaat, der in Zeiten des Wirtschaftswunders weiter ausgebaut worden war. So stieg die Langzeitarbeitslosigkeit unaufhaltsam, die Kosten für die sozialen Sicherungssysteme schossen in die Höhe – und mit ihnen die Staatsschulden. Erst die rot-grüne Koalition handelte.»

Die Gründe sieht die Redaktion darin: «Globalisierung, neue Technologien, Wertewandel – all diese Faktoren verändern die Arbeitswelt grundlegend, sie verstärken sich gegenseitig, das macht den Prozess so dynamisch und unberechenbar ...» Zudem nehme die Solidarität ab, die Gutgestellten zögen sich zurück.

Die Redaktion bilanziert: «Es ist eine Welt, die den Menschen viel abverlangt. Eines der größten Dilemmas: Die vielen Wechsel im beruflichen Leben werden Familien und Freundschaften strapazieren. Doch zugleich werden diese als Rastplatz und Ruhepol, als letzter Anker unersetzlich.»

Anmerkungen:

Die Gewerkschaften als Akteure finden nicht statt, die Unternehmer als Mit-Verantwortliche ebenfalls nicht.

Heft 15/2010 – Thema: Hartz-IV-Rechtssprechung

Die dreiseitige Reportage «Bravo, Herr Vorsitzender» hat den Vorspann: «Als Hartz IV eingeführt wurde, sollte alles einfacher, schneller, effizienter werden. Doch die Zahl der Klagen vor deutschen Sozialgerichten gegen Leistungskürzungen steigt jährlich an. In einer Stadt wie Hamburg bekommt fast jeder zweite Kläger recht.» Es wird anhand von zahlreichen Fällen geschildert, wie Hartz-IV-Empfänger und die jeweilige Behörde um Rückerstattung von Leistungen oder um die Gewährung von Leistungen sich juristisch auseinandersetzen. Es geht jeweils um finanziell sehr kleine Beträge. Der Autor schreibt an einer Stelle: «Schmu oder nicht Schmu – die Frage lässt sich in vielen Fällen vor dem Sozialgericht nicht exakt klären.»

Heft 20/2010 – Thema: Arbeitswilligkeit

Der vierseitige Bericht «Das Wunder von Berlin» hat den Vorspann: «Ein Berliner Unternehmer hat 100 Arbeitsplätze zu besetzen, die Stellen sind unbefristet, er zahlt den Mindestlohn – und tut sich schwer, Mitarbeiter zu finden. Woran liegt es? Was hilft? Das Protokoll eines sozialpolitischen Dilemmas.»

In dem Text heißt es über den Unternehmer: «Schwarz fragt sich schon lange, woran es liegen könnte, wenn Arbeitslose die Arbeit, die er ihnen anbietet, nicht haben wollen. Er zahlt den Mindestlohn, und vielen Arbeitslosen ist das nicht genug. Das dürfte ein Grund sein. Doch andere in seiner Branche zahlen weniger, gehen ruppiger mit ihren Mitarbeitern um.

Schwarz sieht die Verantwortung dafür beim deutschen Sozialstaat, einem Staat, der die Beschäftigten im Niedriglohnsektor härter besteuert als viele andere Staaten in der EU. Und der Arbeitslosen fast so viel zahlt, wie sie netto im Niedriglohnsektor verdienen können.» Der Text handelt davon, wie sich Arbeitssuchende verhalten, wer willig ist und wer nicht. Der Unternehmer findet dann genügend Arbeitskräfte, weil er ins Fernsehen geht, und dort auf seinen Fall aufmerksam macht. An einem Beispiel wird geschildert, was eine Hartz-IV-Empfängerin mehr verdient: «Sie nahm ohne zu murren einen Niedriglohnjob an, eine sozialversicherungspflichtige Arbeit, die mit 8,40 Euro brutto pro Stunde bezahlt wird, dem Mindestlohn der Reinigungsbranche in Deutschlands Westen. Rechnet Reyes die Monatskarte für Bus und Bahn und die GEZ-Gebühr gegen, Dinge, die sie jetzt selbst bezahlen muss, dann hat sie 150 Euro mehr» als mit Hartz IV. Am Schluss heißt es: «Sie sagt, sie arbeite vor allem wegen ihrer Tochter, der wolle sie ein Vorbild sein. Reyes sagt auch, dass sie die Arbeit nicht des Geldes wegen macht. Dafür sei es zu wenig.

Heft 22/2010 – Thema: Sparkurs des Staates

Der elfseitige Titel «Kürzen als Chance» hat den Vorspann: «Vor der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts wächst in der Regierungskoalition die Sorge, mit allzu forschen Einschnitten ins soziale Netz die Wähler zu verprellen. Dabei gibt es genug Möglichkeiten, wie der Staat intelligent sparen und seine Aufgaben besser erledigen kann.»

Der Text beginnt mit der folgenden Einschätzung der Politik: «60 Jahre lang waren es die größeren und kleineren Parteien des Landes gewohnt, ihre Politik mit immer neuen staatlichen Ausgabeprogrammen zu verwirklichen.» Das gehe so nicht weiter: «Vor allem aber muss die gewohnte Politik auf Pump mit Rücksicht auf nachkommende Generationen beendet werden.» Und: «Die Republik muss sich gesundsparen.» Der Staat brauche Mittel, um seine Aufgaben zu erfüllen, aber vieles, was er tue, sei fragwürdig. So werden zahlreiche Punkte (Mehrwertsteuer, Rüstung etc.) behandelt, die gespart oder geändert werden könnten. Unter dem Punkt Einnahmen werden in zwei kurzen Absätzen verteilungsrelevante Steuern erwähnt: «So ist kaum verständlich, dass die Erbschaftsteuer nur 4,5 Milliarden Euro einbringt. Angesichts einer Erbschaftswelle von jährlich bis zu 150 Milliarden Euro könnte der Fiskus erkleckliche Zusatzeinnahmen erzielen, und es träfe nicht die Ärmsten. Schon aus Gründen der Gerechtigkeit gelten höhere Steuern für Erben bei vielen als schicklich. Das Gleiche gilt für eine Finanztransaktionssteuer, die auf alle Geldgeschäfte erhoben würde. Leicht könnte so ein zweistelliger Milliardenbetrag eingespielt werden ...» Auch die Steuerfahndung könne intensiviert werden.

Heft 24/2010 – Thema: Einsparungen bei Hartz IV

Der Bericht trägt die Überschrift «Gute Kunden» und der Vorspann lautet: «Bei den Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger ließe sich ein dreistelliger Millionenbetrag einsparen. Doch Wohnungsgesellschaften wollen das verhindern.»

Der Text beginnt: «Es geht jetzt um jeden Quadratmeter. Jürgen Schlenker, Leiter des Jobcenters Hamburg-Harburg und zuständig für 12 600 Hartz-IV-Empfänger, nimmt in seinem Büro die Akte einer alleinerziehenden Mutter zur Hand. Die Frau will in eine größere Wohnung ziehen. Es ist einer von 30 Umzugswünschen, die heute an das Jobcenter herangetragen wurden. Die Hartz-IV-Empfängerin erwartet ein zweites Kind und behauptet, deshalb mehr Platz zu brauchen. Schlenker ist da allerdings ganz anderer Meinung.

Der Amtsleiter schaut in seine Listen und stellt fest, dass die junge Mutter in ihrer jetzigen Bleibe «angemessen» untergebracht ist. Die Wohnung hat drei Räume und misst 55 Quadratmeter. Er wird ihr empfehlen, auf Dauer ein Schlafsofa ins Wohnzimmer zu stellen. Wenn Schlenker Pech hat, ist das der Beginn eines monatelangen Briefverkehrs und Rechtsstreits. Doch der Beamte muss hart bleiben, denn er hat dafür zu sorgen, dass die Kosten der Unterkunft (KdU) für HartzIV-Empfänger nicht aus dem Ruder laufen. Manchmal geht einer seiner Mitarbeiter mit dem Zollstock los, um die Angemessenheit einer Wohnung nachzuweisen. «Der Verwaltungsaufwand wird von Jahr zu Jahr größer», sagt Schlenker.»

Der weitere Tenor des Textes: Effizienter sei es, den HartzIV-Empfängern eine Pauschale auszuzahlen, welche die Größe der Familie und den Wohnort berücksichtige, so könne ein dreistelliger Millionen-Betrag gespart werden. Die Transfer-Empfänger hätten so auch einen Anreiz, beispielsweise Heizkosten zu sparen. Die Bundesregierung beschließe eine solche Pauschalierung jedoch trotz entsprechender Vereinbarungen im Koalitionsvertrag nicht, da vor allem die Immobilienbranche dagegen sei. Für diese sei es risikoloser und teilweise profitabler, wenn die Kommunen selbst die Mieten und ev. Nachzahlungen bezahlen würden. Der Bericht endet mit dem Beispiel: Das jetzige System lade dagegen zur Verschwendung ein. «So wurde etwa einem Iraner, der jeden Monat Wasser für über 200 Euro verbrauchte, in Hamburg monatelang beständig die Rechnung beglichen. Der Mann hatte in seiner Wohnung rituelle Waschungen für Freunde und Familienmitglieder angeboten.

Anmerkungen:

Dieser Text belegt, wie wichtig der Redaktion die Aspekte Hartz IV und Hartz IV-Empfänger sind. Dabei steht oft die Frage des potenziellen Missbrauches und der weiteren Einsparmöglichkeiten im Mittelpunkt oder diese Punkte werden wenigstens prominent angesprochen. So wird in diesem Text auffallend akribisch und umfangreich die Frage der vermutlich angemessenen Größe von Wohnungen und die Höhe der Mietzahlungen erläutert. In dem Text werden die verantwortlichen Beamten («wenn Schlenker Pech hat ...») als «Leidtragende» dargestellt; sie sind wohl auch die Informations-Partner der Autoren. Sie haben dafür zu sorgen, dass die Ausgaben nicht zu sehr wachsen bzw. der Etat eingehalten wird. Es gibt zwei Gruppen, die dagegen jeweils (unausgesprochen: verantwortungslos) möglichst hohe Forderungen stellen: die Hartz-Empfänger, die meist Wünsche nach einer Ausweitung der Leistungen haben, und in diesem Fall zusätzlich die Vermieter, die möglichst risikolos möglichst hohe Mieten erhalten wollen.

Heft 31/2010 – Thema: Neuregelung Hartz IV

Der zweiseitige Text «Nanny vom Amt» hat den Vorspann: «Die Bundesregierung plant eine milliardenschwere Reform der Fürsorge – die Hartz-IV-Sätze steigen. Für Kinder soll es Gutscheine für Nachhilfe, Sport und Freizeit geben statt mehr Geld.»

Es werden die Pläne der Arbeits- und Sozialministerin geschildert: Sie gehe damit über die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes hinaus. Und: «Die Ministerialen ahnen bereits die Brisanz des Themas. Bei Besprechungen kam die Frage auf, ob es politisch durchsetzbar sei, von Rentnern eine Nullrunde zu verlangen, während Sozialfälle mehr Geld bekämen.»

Heft 39/2010 – Thema: Arme Kinder, ihre Eltern, die «richtige» Hilfe

Die Überschrift dieses sechsseitigen Textes lautet: «Die Mär vom armen Kind». Und der Vorspann: «Hunderttausende Kinder gelten in Deutschland als arm, doch ihr größtes Problem ist nicht der Mangel an Geld. Viele leiden unter Verwahrlosung und der Gleichgültigkeit ihrer Eltern. Selbst die jüngsten Hartz-IV-Pläne der Regierung bieten da keine Lösung.»

Intensiv wird das Problem geschildert, dass die Eltern beispielsweise zu wenig auf die Gesundheit, unter anderem die Zahnhygiene, ihrer Kinder achten.

Anlass des Textes sind Reformpläne der Bundesregierung, die diese wiederum aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts erarbeitet. Im Text heißt es: «Die Richter verlangen, dass die Bundesregierung eine nachvollziehbare Berechnung der Hartz-IV-Sätze vorlegt. Sie monierten nicht, dass die Sätze zu niedrig seien, stellten aber klar, dass Kinder einen eigenen Rechtsanspruch auf staatliche Hilfe haben; es war ein bahnbrechender Richterspruch.»

Im Text wird generell mit der «Familien- und Sozialpolitik der letzten Jahrzehnte» abgerechnet. Deutschland gebe immer mehr Geld aus, «um beim Nachwuchs Chancengleichheit herzustellen. Doch ab dem Tag ihrer Geburt fallen Kinder aus der Unterschicht hinter die anderen zurück, und zwar mit und ohne Migrationshintergrund.» Es wird auf den Aspekt aufmerksam gemacht, dass die soziale Herkunft von hoher Bedeutung sei für die anstehende Schul- und Bildungskarriere. Die Gründe seien das Verhalten der Unterschichtseltern, die sich in allen Belangen zu wenig um ihre Kinder kümmerten, auch wenn sie mehr Geld erhalten. So sei auch das Geld nicht das entscheidende, denn: «Tatsächlich bedeutet Hartz IV ein bescheidenes Leben ohne Extras, aber die Behauptung, es stürze Kinder ins Elend, ist falsch.» So seien die Leistungen für Kinder auch mehrfach erhöht worden. Vielmehr gelte: «Das Problem der Kinder hat maßgeblich damit zu tun, dass sie von ihren Eltern nicht einmal gezeigt bekommen, wie man sich die Schnürsenkel bindet. Es handelt sich um Mädchen und Jungen, die wegen zu viel Fast Food, Fernsehen und Phlegma ihrer Eltern eher Überfluss-Symptome wie Übergewicht und Zahnfäule aufweisen als Anzeichen des Mangels. In diesem Milieu wirkt Hartz IV nicht selten wie eine Stilllegeprämie. Je mehr Kinder, desto größer der Anreiz für die Eltern, sich in der Arbeitslosigkeit einzurichten.» Es sei ja jetzt schon so, dass eine vierköpfige Hartz-IV-Familie «auf bis zu 1800 Euro Stütze im Monat, zuzüglich Extrageldern etwa für die Babyerstaussstattung oder Klassenfahrten» komme. Da lohne es sich für viele andere «eigentlich kaum, einer regulären Arbeit nachzugehen, zumal sie als Arbeitnehmer auch Bus- und Bahntickets und die vollen Rundfunkgebühren von ihrem Lohn bezahlen müssen.» Es wird in diesem Zusammenhang der Wirtschaftsweise Wolfgang Franz, Hans-Werner Sinn und das «Institut der deutschen Wirtschaft» zitiert.

Der Text beschäftigt sich dann intensiv und kritisch mit der Frage, wie Armut gemessen werde. Die relative und ganzheitliche Bewertung, die auch im Armuts- und Reichtumsbericht angewandt werde, vermittele ein falsches Bild von Armut. Im Text heißt es: «Mit diesem Ansatz konnten die Experten das Armutsverständnis im Laufe der Jahre immer weiter ausdehnen. Von einem «Mangel an Teilhabe» ist die Rede, von «sozialer Ausgrenzung», vom «Mangel an Verwirklichungschancen» und von gesellschaftlicher «Exklusion», die aus den dunklen Wirkmächten des kapitalistischen Systems resultiere. Armut wird so zu einem echten Massenphänomen.» Der Sozialstaat «verteile» immer mehr Geld, immer mehr Kinder lebten von staatlichen Transfers, aber: «Die Lebensverhältnisse eines heutigen Hartz-IV-Empfängers sind freilich nicht schlechter als der Standard eines normalen Arbeitnehmerhaushalts in den sechziger Jahren.» Untersuchungen der OECD zeigten, es gehe «vergleichsweise wenig Geld» in die Kinderbetreuung und «überdurchschnittlich viel fließt direkt an die Eltern, vor allem durchs Kindergeld.» Dabei gelte die Erfahrung: «Mehr Betreuungsangebote sind der beste Weg, um Unterschichtskindern zu helfen, darin sind sich Experten einig.» So würden die Unterschichtskinder auch am wenigsten diskriminiert.

Anmerkungen:

Erneut wird hier das Thema der Kinderarmut und den Möglichkeiten, den Kindern zu helfen, intensiv behandelt. Auch hier zählen – wie in fast allen Texten zu diesem Thema – vor allem und pauschal die Eltern dieser Kinder zum Problem und nicht zur Lösung, die materiellen und finanziellen Probleme werden

bestenfalls in die zweite Reihe gerückt. Es wird dabei erneut die Möglichkeit vergeben, sachlich und nicht denunziatorisch mit diesen Problemen der Eltern umzugehen; wenn dieses Verhalten der Eltern tatsächlich so ist, es werden ja meist nur vage Andeutungen und keine Belege vorgetragen, dann könnte dies von der Redaktion ja einmal in einem sachlichen Text behandelt werden, warum sie sich so verhalten. Zudem ist es ein wichtiges Anliegen der Autoren dieses Textes, die offiziell ausgewiesene Armut zu relativieren: einerseits via geografische Vergleiche (Tschechien) und andererseits via Vergleiche mit den fünfziger und sechziger Jahren in Deutschland. Und Hartz IV zu erhalten bedeute kein Leben in Elend, sondern eines in Bescheidenheit.

Heft 1/2011 – Thema: Geschäft mit Hartz IV und Bürokratie

Die siebenseitige Analyse «Die Hartz-Fabrik» hat den Vorspann: «Das Geschäft mit der Arbeitslosigkeit brummt. Milliardenbeträge verschwinden in sinnlosen Ein-Euro-Jobs und einer monströsen Bürokratie. Die von der Bundesregierung geplante Reform wird die Probleme nicht lösen – im Gegenteil.»

Es wird sehr akribisch, anhand von praktischen Beispielen, erläutert, welche Berufszweige und Unternehmen an den Hartz IV-Geldern verdienen, oft ohne dass damit den Betroffenen geholfen werde: «49 Milliarden Euro haben der Bund und die Kommunen 2010 für Hartz-IV-Empfänger ausgegeben, etwa drei Milliarden Euro mehr als im Jahr zuvor. Doch nur ein Teil des Geldes, 24 Milliarden Euro, ist unmittelbar für die Betroffenen bestimmt.» Das seien Fortbildungseinrichtungen, private Arbeitsvermittler, Wohnungsbesitzer, Rechtsanwälte und Wohlfahrtskonzerne. Es gebe «eine florierende Armutsindustrie». Rechtsanwälte verdienen an den Prozessen, da die Klage- und Gerichtskosten immer der Staat übernehme. Hartz IV-Empfänger seien als Mieter beliebt, da die Mietzahlung vom Staat garantiert sei; so würden andere sozialschwache Wohnungssuchende verdrängt. Es würden wirkungslose Fördermaßnahmen finanziert, von denen Bildungseinrichtungen profitierten. Aus der Tafel-Bewegung sei ein Fürsorge-Konzern geworden, der Händlern oft die Entsorgungskosten für überflüssige Lebensmittel erspare und via Spendenbescheinigung noch etwas Geld bringe. Die Redaktion zieht die Bilanz: «Der Hartz-IV-Status ist die Eintrittskarte in eine Gratiswarenwelt – ein fragwürdiger Leistungsanreiz.» Zudem sei die Bürokratie in Nürnberg schlecht und überdimensioniert organisiert.

Heft 17/2011 – Thema: Nachfrage nach Gutscheinen/Hartz IV

Der einseitige Bericht «Bedürftige gesucht» hat den Vorspann: «Das geringe Interesse an Ursula von der Leyens Bildungspaket für Hartz-IV-Kinder war absehbar. Viele Familien sind auf das Programm nicht angewiesen.» Anhand von Beispielen aus Kommunen und Ländern wird dargestellt, dass es bereits viele Hilfe-Leistungen für Hartz IV-Kinder gebe: «Die soziale Infrastruktur für Kinder von Hartz-IV-Empfängern und Geringverdienern besteht seit Jahren aus Einrichtungen wie dem Löwenhaus, aus sogenannten Sozialpässen der Kommunen oder aus privaten Initiativen wie den spendenfinanzierten «Archen» in Berlin, Hamburg und Düsseldorf, deren Leistungsspektrum zum Teil über das des Bildungspakets hinausgeht.» Es gebe nun erhebliche Probleme der Koordinierung.

Heft 5/2012 – Thema: Werkverträge

Der 1,5-seitige Bericht «Moderne Sklaven» hat den Vorspann: «Kaum sind die Auswüchse der Zeitarbeit einigermaßen eingedämmt, weichen viele Unternehmen auf Werkverträge aus. Die Gewerkschaften fürchten eine neue Lohndumping-Welle.» Der Tenor des Textes: Bei vielen Werkverträgen handle es sich um verdeckte Leiharbeit, um Mitbestimmung und Mindestlöhne zu umgehen. Es wird das folgende Beispiel genannt: «Bei Audi in Ingolstadt arbeiten in der Entwicklungsabteilung rund die Hälfte der Ingenieure auf Werkvertragsbasis, schätzt die IG Metall. Sie verdienen bis zu 800 Euro weniger im Monat, müssen 40 statt 35 Stunden arbeiten, zahlen in der Kantine das Doppelte und gehen bei Prämienzahlungen leer aus.»

Heft 12/2012 – Thema: Sozialstaat

In dem Text «Vorbild Deutschland» wird beschrieben, dass in den USA Deutschland nicht nur als Industrie-, sondern auch als Sozialstaat zunehmend zum Vorbild wird: «Noch vor wenigen Jahren als Auslaufmodell verschrien, wird die hiesige Wirtschaft nun sogar von den Amerikanern bewundert – für ihren Mittelstand, die Erfolge des Industriestandorts, aber auch für die Vorzüge des Sozialstaats.»

Unter dem deutschen Sozialstaat – der in diesem Bericht nur am Rande erwähnt wird – wird in den USA nach diesem Bericht vor allem die Politik der Regierung von Gerhard Schröder verstanden: «Noch vor wenigen Jahren hätte wohl niemand erwartet – vielleicht am wenigstens Schröder selbst –, dass seine Reformen heute ausgerechnet in angelsächsischen Medien gefeiert werden. Hatten doch vor allem amerikanische und britische Ökonomen und Politiker die deutsche Wirtschaft als Auslaufmodell in Zeiten

der Globalisierung abgetan: zu schwerfällig und unflexibel, belastet mit Kündigungsschutz, Sozialausgleich und Gewerkschaften.»

Heft 19/2012 – Thema: Abnehmende Bedeutung der Arbeitslosenversicherung

Der Bericht trägt den Titel «Job weg, Anspruch weg» und die Unterzeilen lauten: «Die Arbeitslosenversicherung benachteiligt prekär Beschäftigte: Viele landen in Hartz IV, obwohl sie in die Nürnberger Kasse eingezahlt haben.»

Es geht um das folgende Problem, geschildert anhand eines Einzelfalles: «Seit Jahren steigt die Zahl der Beschäftigten, die zwar in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, aber nach der Kündigung kein Arbeitslosengeld erhalten: 2007 landeten noch knapp 600000 Menschen nach ihrer Entlassung direkt in der Grundsicherung, 2011 waren es bereits 740 000.» Weiter: «In den siebziger Jahren erhielten noch zwei Drittel aller Erwerbslosen Arbeitslosengeld, heute ist es nicht einmal mehr jeder dritte.» Und: «Die Anpassungslasten auf dem Arbeitsmarkt werden heute vor allem von Zeitarbeitern, Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen und im Niedriglohnsektor getragen», sagt Ulrich Walwei, Vize-Direktor am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. ... 45 Prozent der Zeitarbeiter bekommen nach dem Jobverlust direkt Hartz IV.»

Anmerkungen:

Die Redaktion behandelt damit einen Randaspekt des Untersuchungs-Themas, der jedoch wichtige Hinweise auf eine «Eigendynamik» von Armuts-Entwicklung hinweist, da die traditionellen Sicherungs-Elemente vor allem aufgrund von politischen Spar- und Reform-Maßnahmen zunehmend schwächer werden und weniger Betroffenen als zuvor helfen.

Heft 38/2012 – Thema Altersvorsorge

Der Bericht «Still ruht der Vertrag» beschäftigt sich mit den Mängeln (Transparenz, hoher Anteil an Gebühren und Provisionen) von privaten Verträgen zur Altersvorsorge. Die Unterzeile lautet: «Die Riester-Rente ist in Verruf, doch an privater Altersvorsorge führt kein Weg vorbei. Wissenschaftler fordern eine gesetzliche Pflicht zum Sparen.»

Die Teil-Privatisierung selbst wird als gegeben und notwendig vorausgesetzt. Zitiert werden Wissenschaftler und Verbraucherverbände, die auf Basis von Vergleichen und Untersuchungen belegen, dass die Leistungen der Renten-Policen oft schlecht seien, so dass es sich bei den Zuschüssen eigentlich um eine Subventionierung der Finanzdienstleister handle. Es wird dann behauptet: «Diese Mängel sind ein wesentlicher Grund, dass seit Wochen über Altersarmut debattiert wird. Dabei ist unumstritten, dass es angesichts von Geburtenrückgang, Überalterung und sinkendem Niveau der gesetzlichen Rente keine Alternative zu einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge gibt. Fest steht aber auch, dass die Riester-Rente die Aufgabe nicht erfüllt. 40 Prozent aller Geringverdiener haben keinen Vorsorgevertrag.»

Es werden dann Forderungen dargestellt, wie das Policen-System reformiert werden könne. Es wird der damalige Regierungsberater Bert Rürup zitiert mit den Worten, es sei ein Fehler gewesen, Anfang 2000 nicht die obligatorische Altersvorsorge einzuführen. Es wird dargestellt, dass die Regierung damals nach einer Kampagne des Boulevard-Blattes «Bild» sich «dem Druck der Versicherungswirtschaft, die für eine freiwillige Lösung plädiert hatte», gebeugt habe.

Der Beitrag schließt mit einem Vorschlag von Verbraucherexperten, die für einen staatlichen Pensionsfonds plädieren, der von der Politik überwacht werde und die Beiträge am Kapital- und Aktienmarkt anlegen solle. Solche Einrichtungen funktionierten in Norwegen und Schweden bereits seit Jahren mit viel geringeren Kosten und höheren Renditen, schließt der Text.

Anmerkungen:

Es wird auf Basis von beiläufig erwähnten und nicht näher erläuterten Gründen unterstellt, dass die private Vorsorge für die Versorgung im Alter unabdingbar sei. Die «schlechte Umsetzung» sei wesentlich verantwortlich für die finanziell unzureichenden Verträge und die auch deshalb entstehende Altersarmut. Der Text schließt dann merkwürdigerweise mit einem grundlegenden Alternativvorschlag, der jedoch in keiner Weise genauer erläutert und analysiert wird; dieser Vorschlag könnte im Mittelpunkt eines oder mehrerer Texte stehen.

Es wird das Thema Altersarmut behandelt, aber sehr unzureichend in Zusammenhänge gestellt (siehe Stichworte wie mangelhafte Verzinsung aufgrund von Finanzmarkt-Krise, unzureichende Anlagemöglichkeiten, Lage auf dem Arbeitsmarkt etc.).

6 SOZIALE KLUFT (33 TEXTE; START AUSGABE 17/2008)

Heft 10/2008 – Thema: Lage der Mittelschichten in Deutschland

Der etwa dreiseitige Text «Wo ist die Mitte?» beschreibt und beschäftigt sich mit dem folgenden Trend: «Jahrzehntelang prägte sie das Land. Nun zeigen neueste Zahlen: Die deutsche Mittelschicht leidet an akuter Auszehrung. Millionen rutschen ab. Das hat auch Folgen für die Politik.»

Ausführlich werden neue Daten des DIW referiert und gedeutet. Der Graben zwischen Arm und Reich werde tiefer, nun zeige sich auch: «Zunächst langsam und dann immer schneller hat die ökonomische und soziale Spaltung mittlerweile das Zentrum der bundesdeutschen Gesellschaft erfasst.» In Zahlen: «Im Jahr 2000 gehörten 62 Prozent der Deutschen dazu, inzwischen sind es nur noch 54. Gleichzeitig wuchsen oben und unten die Ränder der Gesellschaft um rund 23 Prozent. ... Seit der Jahrtausendwende wurden rund fünf Millionen Deutsche aus der Mitte der Gesellschaft an die Peripherie katapultiert.»

Zu den Ursachen wird festgehalten: «Bei der Analyse der Ursachen dieser Entwicklung sind sich die Experten weitgehend einig. Es ist ein explosives Gemisch aus wirtschaftlichen Trends und politischen Entscheidungen, das die Gesellschaft immer weiter auseinandertreibt ...» Es handle sich um den globalen Wettbewerb, der den Arbeitsmarkt spalte, um Steuernachlässe für Wohlhabende und um die Erhöhung der Unternehmens-Gewinne und der Kapitaleinnahmen. «Während die Gehälter der Mittelschicht stagnierten, explodierten die Vermögensgewinne der Wohlhabenden.»

Zusammenfassend laute die Analyse: «Einer prosperierenden Oberschicht steht eine wachsende Unterklasse der Absteiger und Ausgestoßenen gegenüber, während in der Mittelschicht die begründete Sorge wächst, bald selbst zu den Verlierern zu gehören.» Mehr Gerechtigkeit zu schaffen, könne, so die Forscher, mehr schaden, da es beispielsweise über höhere Löhne zu Arbeitsplatzverlusten kommen könne.

Heft 16/2008 – Thema: Armut und Rebellion

Der dreiseitige Text «Die Wut der Armen» beschreibt die folgende Situation: «850 Millionen Menschen hungern weltweit. Ihre Verzweiflung löst Revolten in Nordafrika, Asien und Lateinamerika aus. Die Weltbank warnt, dass auch Regionalmächte wie Ägypten kollabieren könnten, wenn Lebensmittel unbezahlbar werden.»

In dem Text, in dem die Situation in zahlreichen Ländern geschildert wird, wird knapp die soziale Kluft in dem folgenden Absatz skizziert: «Nahrung wird immer knapper, immer teurer, sie ist für viele Menschen schon unbezahlbar. Die reichsten 200 Individuen besitzen so viel Geld wie gut 40 Prozent der Weltbevölkerung. 850 Millionen Menschen aber müssen jeden Tag hungrig schlafen gehen.»

Heft 17/2008 – Thema: Hedgefonds und Lebensmittel

Der Text «Tödliche Gier» beschäftigt sich mit Spekulationen: «Gewaltige Geldmengen fließen in die Rohstoffbörsen. Das treibt die Preise für Weizen oder Reis weiter in die Höhe. Hedgefonds und Kleinanleger sind für den globalen Hunger mitverantwortlich.» Es müsse gefragt werden: «Dabei gibt es Fragen genug. Vor allem Fragen der Moral; Fragen über die Verantwortung internationaler Investoren für die globale Lebensmittelpreiskrise. Nicht nur: Profitieren sie vom Hunger in Honduras, auf den Philippinen oder in Bangladesch? Sondern auch: Befeuern sie diesen aktuellen Notstand mit ihren Börsengeschäften womöglich?» Es wird die aktuelle Lage in zahlreichen Ländern geschildert.

Heft 24/2008 – Thema: Spekulation mit Nahrungsmitteln

Die etwa 13-seitige Titelgeschichte mit dem Titel «Die Preistreiber» beschäftigt sich in vielfältiger Weise mit den neuen Trends bei weltweiten Spekulationen: «Öl und Gas, Weizen und Reis: Nach Hightech-Aktien und Immobilienkrediten hat das Heer der Spekulanten den Rohstoffmarkt entdeckt. Ihre Milliarden pushen die Preise in astronomische Höhen. Das hat gravierende Folgen: für das Leben der Menschen und die globale Wirtschaft.»

Es müsse gefragt werden, ob sich Spekulanten die Knappheit von Ressourcen zunutze machten, «um schnell viel Geld zu verdienen. Das ist nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine ethische und höchst moralische Frage». Denn: «Seit Wochen führen die hohen Nahrungsmittelpreise zu Unruhen in zahlreichen Ländern.» Wieder seien es «die Auswüchse der modernen Finanzmärkte, die die Weltwirtschaft erschüttern». Weiter: «Und doch ist das alles vergleichsweise harmlos gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln. Da geht es nicht nur um Lebenshaltungskosten, da geht es, im Extremfall, um Leben. ... Deshalb hat die Spekulation auch eine Seite, die alle gern verdrängen, die nur das schnell verdiente Geld sehen – und übersehen, was sie dabei anrichten. Die Erfolgsgeschichte der Globalisierung ist ins Stocken geraten. Erst half sie Hunderten von Millionen Menschen aus der Armut heraus. Jetzt zeigt sie ihr hässliches Doppelgesicht: Auf der einen Seite des Globus wächst wieder der Hunger – und auf der andern

der Profit.»

Und: «Hedgefonds, Banken, Pensionskassen, Investmentfonds – und damit auch Millionen Kleinanleger: Sie alle machen mit. Erst steckten sie ihr Geld in Internet-Firmen, dann in Immobilien, und jetzt sind die Landwirtschaft und Energiemärkte an der Spekulation ist freilich nicht nur das Geschäft dieser großen Finanzjongleure. Millionen Kleinanleger sind, bewusst oder unbewusst, Teil des Spiels.»

Heft 31/2008 – Thema: Wohnraum in Städten

Der zweiseitige Text «Platz für alle» beschäftigt sich mit dem Trend: «Viele junge Familien träumen davon, in der Stadt zu leben. Doch sie finden keinen Wohnraum. Die Citys werden so teuer, dass abgeschottete «Wohlstandsinseln» drohen.»

Viele Familien, vor allem junge, wollten in die Städte ziehen. Es sei wichtig, dass die Stadtviertel gemischt bewohnt seien und auch normale Familien dort wohnten. Aber: «Längerfristig sei mit einem «sozialen Umkippen» innenstadtnaher Quartiere zu rechnen, mahnte das Deutsche Institut für Urbanistik in seiner Studie – und zwar mit einem Umkippen hin zur «Wohlstandsinsel». Diese Wohlstandsinseln lassen sich schon besichtigen. In den zentralen Lagen deutscher Großstädte werden zurzeit vor allem Luxusobjekte gebaut.»

Heft 41/2008 – Thema: Interview mit Chomsky

Das knapp dreiseitige Interview mit dem US-Wissenschaftler und Linksintellektuellen Noam Chomsky unter dem Titel «Konsum lenkt die Menschen ab» dreht sich um «die Krise des Kapitalismus, die Rhetorik Barack Obamas und die Rolle der Religion in der US-Politik», jedoch auch nicht am Rande mit den hier interessierenden Aspekten. Lediglich in zwei Antworten geht Chomsky entfernt auf die zu untersuchende Thematik ein: «Dieser Konsumismus gründet darin, dass wir eine Gesellschaft sind, die von Geschäftsinteressen dominiert wird. Es gibt eine massive Propaganda, die jedermann zum Konsum anhält. Konsum ist gut für die Gewinne, und Konsum ist gut für das politische Establishment.» Und: «Konsum lenkt die Menschen ab. Die eigene Gesellschaft lässt sich schlecht mit der Armee kontrollieren, aber sie lässt sich durch Konsum ablenken.»

Heft 7/2009 – Thema: Unruhen im Ausland

Der vierseitige Text «Anstiftung zum Extremismus» hat den Vorspann: «50 Millionen Jobs könnten dieses Jahr verlorengehen, französische wie britische Gewerkschaften rufen zu Streiks auf. In Russland schickt Premier Putin Polizisten auf die Straße, Peking will sich mit Geschenken an die Ärmsten Ruhe erkaufen. Der Druck der Bürger wächst.»

Es werden aus all diesen sehr unterschiedlichen Ländern die soziale Lage knapp skizziert und die Reaktionen der Politik darauf.

Heft 11/2009 – Thema: Sozialstaat und soziale Kluft in Deutschland

Im Rahmen einer Serie über Deutschland gibt es den fünfseitigen Text «Geschlossene Gesellschaft» mit dem Vorspann: «Die Deutschen sind stolz auf ihren Wohlfahrtsstaat. Doch während die Leistungen beständig ausgeweitet wurden, vertiefte sich die Kluft zwischen Arm und Reich.» Im Mittelpunkt des Textes steht zwar die Geschichte des Abbaus des Sozialstaates, aber es wird zugleich der aktuelle Zustand des Sozialstaates so markant bewertet, wie in der aktuellen Arbeit der Redaktion dies fast nie zu lesen ist. Es scheint fast, als sollten solche Analysen versteckt werden. Alle feierten, so der Autor, das Comeback des Sozialstaates, vor allem vor dem Hintergrund der Finanzmarkt-Krise. Die Sozialleistungen würden wieder ausgebaut. Aber: «Doch die enormen Geldflüsse haben die Gerechtigkeit im Land nur mäßig erhöht, klagen linke wie rechte Professoren. Der Sozialstaat hat den Staat kaum sozialer gemacht.» Und: «Tatsächlich ballen sich hierzulande Reichtum und Besitz in so wenigen Händen, wie es die Soziologen sonst nur von traditionellen Klassengesellschaften wie den USA oder Großbritannien kennen. Nach einer aktuellen Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung verfügt das obere Zehntel der Bevölkerung über fast 62 Prozent des Privatvermögens. Fast ein Drittel der Deutschen dagegen besitzt so gut wie nichts oder ist verschuldet. Unter dem Mikroskop der Verteilungsforscher wird eine scharfe Klassengesellschaft sichtbar.»

Der Autor führt dafür folgende Gründe an: Es würde vor allem der Faktor Arbeit belastet, die Kapitaleinkommen wenig. Letztlich sei auch die Wiedervereinigung weitgehend über Sozialbeiträge der Arbeitnehmer finanziert worden. Und: «Wer heute als 40-Jähriger wenig verdient, muss sich darauf einstellen, in 30 Jahren nur noch eine Rente auf Sozialhilfeniveau zu erhalten. Dass zahlreiche medizinische Leistungen privat zu bezahlen sind, belastet vor allem jene Bürger, die ohnehin wenig Geld zur Verfügung haben.» Und: «Vor allem aber ist der Sozialstaat für viele Niedrigverdiener zu einem schlechten Geschäft

geworden.»

Heft 17/2009 – Thema: Soziale Kluft in den USA

In der dreiseitigen Beschreibung von «Der Absturz» wird die soziale Lage in den USA analysiert: «Auf die Finanzkrise folgt in Amerika eine soziale Krise historischen Ausmaßes. Ein Heer von Obdachlosen durchstreift die Innenstädte, im Schatten glitzernder Bürotürme boomen Suppenküchen und Zeltstädte. Mit der Armut wächst die Ungeduld gegenüber der Obama-Regierung.» Es handelt sich um einen Streifzug durch die USA, bei dem im Detail viele Schicksale von Menschen geschildert werden, die von der Krise erfasst wurden: «In Amerika hat sich die Wirtschaftskrise zu einer sozialen Krise entwickelt, wie sie das Land seit der Großen Depression des vergangenen Jahrhunderts nicht mehr erlebte. Nicht nur Börsenkurse und Unternehmensgewinne sind abgestürzt, Millionen Menschen riss es ebenfalls mit in die Tiefe. Die Armut als Massenphänomen ist zurückgekehrt.»

Und: «Der Anfang vom Ende der Bürgerlichkeit ist oft der Verlust des Arbeitsplatzes.

Wie im Fieberwahn stoßen die Firmen derzeit sogar Teile der Stammebelegschaften ab.»

Der Politik wird auch einen wesentlichen Teil der Schuld zugeschoben: «Die Krise kann alles erschüttern, auch den Glauben an das segensreiche Tun der eigenen Regierung. Milliardenbeträge hat die Obama-Regierung bisher in das Bankensystem gepumpt, weitere Milliarden stehen für den Bau von Straßen und Brücken zum Abruf bereit. Aber die soziale Lage hat sich stetig verschlechtert.»

Anmerkungen:

Es fällt auf, dass recht unrealistische Forderungen an die Regierung erhoben werden: Ihr Tun soll schnell helfen.

Heft 40/2009 – Thema: Bildung

Der etwa fünfseitige Text «Haste was, dann wirste was» hat den Vorspann: «Schulen und Hochschulen, selbst Kindergärten und Krippen sind ein Milliardenmarkt geworden. Immer mehr Eltern sind bereit, in die Entwicklung ihrer Kinder zu investieren. Ist gute Bildung bald nur noch gegen gutes Geld zu haben?»

Der Text beschäftigt sich kritisch und differenziert mit der Privatisierung des Bildungssystems. Eltern aus Mittelschichten, die das Geld hätten, würden zunehmend ihre Kinder in das private Bildungssystem schicken. Eine gute Bildung drohe auch aufgrund der Privatisierung zu einer Frage der Herkunft und der finanziellen Möglichkeiten der Eltern zu werden. Das Grundgesetz lasse die Gründung von privaten Bildungseinrichtungen zu, erhebe jedoch den Anspruch auf Chancengerechtigkeit. Es wird auch die Folgen für das öffentliche Bildungssystem aufmerksam gemacht, über Studien berichtet, welche die Leistungen beider Systeme vergleichen, und die Frage der öffentlichen Förderung der privaten Einrichtungen behandelt.

Heft 46/2009 – Heft: Bildungsreformen

Die etwa 12-seitige Titelgeschichte «Die neue Haupt-Schule» hat den Vorspann: «Zwischen den Anhängern des traditionellen Gymnasiums und den Befürwortern einer Einheitsschule tobt ein Kulturkampf. Dabei ist das deutsche Nationalheiligtum längst eine Massenveranstaltung und muss sich wandeln – kluge Modelle für die Zukunft werden bereits erprobt.» In der Hauptsache beschäftigt sich dieser Titel mit Schul-Konzepten, am Rande spielen auch Fragen der sozialen Selektion eine Rolle.

Heft 46/2009 – Thema: Bilanz Hartz IV und soziale Kluft

Die fünfseitige Analyse «Bürokratische Hydra» hat den Vorspann: «Fünf Jahre nach dem Start von Hartz IV ist die Bilanz zwiespältig: Die rot-grüne Agenda 2010 hat viele Jobs geschaffen, aber die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft. Eine Reise zu Gewinnern und Verlierern der umstrittensten Sozialreform der Nachkriegszeit.»

Tenor der Analyse: Hartz IV sei richtig gewesen, habe jedoch viele Konstruktionsfehler, vor allem im Bereich der Organisation und müsse deshalb weiterentwickelt werden. Das Thema Arm und Reich und damit die Verteilungs-Frage und der Niedriglohn-Sektor wird entgegen der Ankündigung im Vorspann gar nicht behandelt. Hartz IV wird im Kern in diesem Text zu einem Organisationsproblem und einem teilweisen Missverständnis uminterpretiert.

Zu dem Text: Anhand der öffentlichen Auseinandersetzung zwischen einem Hartz IV-Empfänger und dem damaligen SPD-Ministerpräsidenten Kurt Beck wird die Grundthese formuliert: Diese Auseinandersetzung lege «den Kern der gesamten Hartz-IV-Kontroverse bloß: Darf die Regierung verlangen, dass sich Arbeitslose mehr anstrengen müssen?» Nach fünf Jahren könne immer noch gesagt werden: «Doch bis heute streiten die Deutschen, was sie vom umfassendsten Sozialumbau der Nachkriegsgeschichte halten sollen. Die Hartz-Gesetze haben den Arbeitsmarkt in Schwung gebracht, sagen die Befürworter. Sie haben

die Armen ärmer gemacht, sagen die Gegner.» Die Bilanz wird so skizziert: «Seither ist die Zahl der Jobsuchenden republikweit um gut eine Million gesunken, und der Beitrag zur Nürnberger Arbeitslosenversicherung hat sich mehr als halbiert. Die Deutschen aber fragen sich, ob der Preis dafür nicht zu hoch war. Die Hartz-Gesetze bewirkten nicht nur, dass Arbeitslose seither so gut wie jeden Job annehmen müssen. Sie blähten auch den Niedriglohnsektor auf, der an manchen Stellen plötzlich aussah wie der wüsteste Frühkapitalismus.» Und: «Waren die Hartz-Gesetze also ein Fehler? Die Frage ist vor allem deshalb so schwer zu beantworten, weil die Reformen Gewinner und Verlierer produziert haben – und weil die beiden Gruppen oft gar nicht so leicht zu unterscheiden sind.»

Es wird ausführlich dann an Beispielen geschildert, was falsch festgelegt worden sei: Organisation, Verantwortung, missverständliche Regelungen zur Leiharbeit, Unfähigkeit der Tarifpartner sich über Mindestlöhne zu einigen. Oft sei das Gegenteil dessen erreicht worden, was erreicht werden sollte. Es wird dann ein Beispiel aus einem Reinigungsunternehmen geschildert, wie unsinnig manche Regelungen seien, ohne dieses Beispiel in den Arm/Reich-Kontext zu stellen, was die Autoren auch hätten tun können: «Eine Putzfrau, die 49 Stunden im Monat arbeitet, geht mit 392 Euro nach Hause. Arbeitet sie 61 Stunden, bekommt sie 368 Euro. 24 Euro weniger Lohn für zwölf Stunden mehr Arbeit.» Die Schlussfolgerung der Redaktion: «Es war falsch, der neuen Bürokratie keine klaren Strukturen vorzugeben und im Niedriglohnsektor das Recht des Stärkeren zu fördern. Wer sagt, dass jeder Job zumutbar ist, muss auch dafür sorgen, dass die Jobs zumutbar sind. Nötig ist deshalb nicht das Zurückdrehen der Hartz-Reformen, sondern ihre Weiterentwicklung. Es geht um vernünftige Mindestlöhne für alle, faire Regeln für die Zeitarbeit und eine Neuordnung der Minijobs, damit sich Leistung wieder lohnt. Es geht darum, Hartz IV zu retten.»

Die Redaktion stellte sich nur nicht die Frage, ob Hartz IV nach all diesen wesentlichen sozialen Verbesserungen überhaupt noch den eigentlichen gewünschten Effekt hätte, die Unternehmen wettbewerbsfähig zu machen und zu halten. Dieser entscheidende Zielkonflikt wird außen vor gelassen.

Heft 2/2010 – Thema: Lage der Kommunen/Kürzungen

Die dreiseitige Analyse «Zwei Grad kälter» hat den Vorspann: «Die Krise ist unten angekommen: In den Städten und Gemeinden brechen die Einnahmen weg, den Bürgern stehen harte Einschnitte bevor. Wie hart diese ausfallen, hängt vom Wohnort ab.» Über diese Einzelfall-Beschreibung geht der Text nicht hinaus. Es werden also allgemeine Informationen – Zunahme der Aufgaben der Kommunen, deren mittelfristige Einnahmen- und Ausgaben-Entwicklung etc. – in keiner Weise behandelt. Anhand von Frankfurt am Main und Offenbach wird erläutert, wie unterschiedlich die Lage von Kommunen ist: wegen der angesiedelten Wirtschaft, wegen der Einwohner-Struktur. Es wird mit zahlreichen Beispielen intensiv auf die Belastungen und Verfehlungen der Kommunen eingegangen: Fehlinvestitionen, weil Politiker eher Wohltaten verteilen wollen («Auch Land- und Stadträte wollen wiedergewählt werden und verteilen deshalb lieber großzügig Geschenke, als Sparsamkeit zu üben»); Belastungen aufgrund von höheren Löhnen im Öffentlichen Dienst; Bevölkerungs-Rückgang vor allem in Ostdeutschland. Das ist die eine «rote Linie», und die zweite: die der Relativierung. «Aber steht Deutschland deshalb gleich ein Jahr der sozialen Härten bevor? Wird Abwasser demnächst so wertvoll wie Öl und der Zoobesuch mit der Familie zum Luxus-Event? Oder sind die Horrorszenarien nichts anderes als das alljährliche Gezeter der Städtevertreter, die sich vor unpopulären Maßnahmen drücken wollen?» Der Text endet mit der Empfehlung eines Bürgermeisters: «Die Städte müssten jetzt zeigen, dass sie den Willen haben, «bis über die Schmerzgrenze hinaus» zu sparen, sagt Jung. Erst dann könnten sie auch mit Recht Hilfe von außen einfordern.»

Heft 14/2010 – Thema: Interview Heitmeyer

In dem gut einseitigen Interview «Wutgetränkte Apathie» mit dem Soziologen Wilhelm Heitmeyer werden die Folgen der Krise auf das Bewusstsein und Denken der Deutschen behandelt. Heitmeyer weist auf folgende Befunde hin: Angst vor den wirtschaftlichen Folgen und stumme Wut über die Verursacher seien dominierend. Das Vertrauen in die Demokratie sinke, weil die Menschen sähen, dass die Politik immer weniger zu sagen habe. Die Suche nach einem Sündenbock sei im Gange, das seien heute die Langzeitarbeitslosen. «Wir können belegen, dass die Mittelschicht seit Einführung von HartzIV massive Angst hat. Das führt dazu, dass Mitmenschen vor allem nach ihrer Nützlichkeit bewertet und damit auch abgewertet werden. Der autoritäre Kapitalismus hat es geschafft, seine Verwertungskriterien ohne Widerstand der ganzen Gesellschaft überzustülpen.»

Heft 32/2010 – Thema: Interview mit Oskar Negt

Im Kultur-Teil dieser Ausgabe gibt es ein vierseitiges Interview mit dem Soziologen und Philosophen Oskar Negt. Die Überschrift: «In dieser Gesellschaft brodeln es». Der Vorspann lautet: «Der Philosoph Oskar Negt

über die Risse in der Sozialordnung, die Notwendigkeit politischer Bildung und die Spannung zwischen Wirklichkeit und Utopie.»

Der Anlass ist vermutlich das neue Buch von Negt, mit dem er «die Summe seiner Beschäftigung mit politischer Bewusstseinsbildung» zieht, so die redaktionellen Angaben.

Das Thema Arm+Reich spielt lediglich am Rande an einer Stelle eine Rolle. Der Redakteur fragt, ob nicht mehr in Erziehung, Gesundheit und Pflege investiert werden müsste, worauf Negt antwortet: «Sicher, aber das würde voraussetzen, dass ganz andere Umverteilungsprozesse des gesellschaftlichen Reichtums erfolgen. Nur ein Bruchteil dieses Reichtums fließt in die Gesellschaft, in die Schaffung von Arbeitsplätzen zurück. Die Krisen werden zurzeit von denen bezahlt, die am ehesten aus der Gesellschaft ausgegliedert werden.»

Anmerkungen:

Das Thema Reichtum wird am Rande angesprochen.

Heft 33/2010 – Thema: Superreiche in den USA und die zunehmende soziale Kluft

Die Headline des 2,5 Seiten umfassenden Berichtes lautet: «Auf dem Weg nach unten». Und der Vorspann: «Während sich Amerikas Superreiche selbst dafür feiern, dass sie Milliarden spenden, geht es dem Rest des Landes schlechter denn je. Selten zuvor hatte die USA so viele Langzeitarbeitslose. Die Kluft zwischen den Ärmsten und der Spitze der Gesellschaft hat sich dramatisch geöffnet.»

Anmerkungen:

Der Text schildert anhand von einzelnen Biografien die Lage der sogenannten working poor, die Gefahren, die von der aktuellen Krise für die Mittelschichten ausgehen und – unter anderem anhand von Grafiken – die Einkommens- und Vermögensverteilung in den USA. Die Lage in Deutschland oder weiteren Ländern spielen keine Rolle, ebenso wenig wie die weiteren Aspekte und Zusammenhänge von Reichtum und Macht und Reichtum und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.

Dieser Bericht zählt jedoch zu der sehr kleinen Gruppe von Texten, die sich überhaupt dem Themenfeld Armut+Reichtum im Zusammenhang und unter sachlich-analytischen Aspekten widmen. Er behandelt jedoch die Lage in den USA und nicht in Deutschland.

Heft 39/2010 – Thema: Essay über Gesellschaft und soziale Konflikte

«Die sozialen Kriege» lautet die Überschrift des zweiseitigen Debatten-Beitrages des Philosophen Richard David Precht, der «Vom Unbehagen der Mittelschichten» handelt.

Precht stellt die These in den Mittelpunkt: Der Rassismus sei (noch) nicht das Problem, sondern: «Es ist die Angst vor einem Sozialkrieg. Es gibt viele Deutsche und Migranten, die sich zu dieser Wertegemeinschaft nicht mehr zugehörig fühlen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander, die Milieus ohne Tugenden werden vermutlich wachsen: Eure Werte, euer sozialer Friede und eure Moral sind uns scheißegal!» Precht nennt jedoch keine Zahlen, beschreibt die soziale Kluft nicht näher und geht auch nicht auf die möglichen Ursachen ein. Precht fährt dann fort: «Unsere Gesellschaft, unser Wirtschaftssystem, züchtet den Egoismus an allen Fronten. Das Problem dahinter ist nicht neu, es ist der Konflikt zwischen Liberalismus und Demokratie. Die Idee des Liberalismus ist der Freiheit verpflichtet, die Idee der Demokratie einer weitreichenden Gleichheit.» Und: «Es geht um die Selbstbehauptung des gefährdeten Bürgertums an beiden Fronten: gegen das Dissoziale von oben und von unten, gegen die Oligarchie der Mächtigen und gegen die Anarchie der Ohnmächtigen.»

Anmerkungen:

Der Gast-Autor rückt den Erhalt beziehungsweise die Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt seines Debatten-Beitrages, ohne jedoch die Umstände, Ursachen, Strukturen, Folgen genauer zu beschreiben. Im Mittelpunkt stehen für ihn die Mittelschichten, die um ihre «Selbstbehauptung» kämpfen müssten.

Heft 25/2011 – Thema: Management der Eurokrise

Die Titelgeschichte besteht aus zwei Teilen. Der neunseitigen Analyse «Auf Gedeih und Verderb» mit dem Vorspann: «Die Währungsunion wird zur größten Gefahr für die Zukunft Europas: Der Euro kettet Volkswirtschaften aneinander, die nicht zusammenpassen. Dennoch setzen die Politiker auf immer neue Hilfsprogramme. Es ist der falsche Weg.»

In dem Text werden intensiv die Lage geschildert und die verschiedenen Instrumente dargestellt und abgewogen: weitere Hilfsprogramme, Schuldenschnitte, Austritt von Griechenland, schnellere Integration. Die Volkswirtschaften hätten sich seit Bestehen des Euro eher noch mehr auseinanderentwickelt: «Auf Dauer kann die Politik ökonomische Gesetzmäßigkeiten nicht ungestraft ignorieren.» Der Text endet mit der Spekulation, vielleicht ende die Währungsunion deshalb, weil der Widerstand etwa in Griechenland die

Sparpolitik verhindere oder der Widerstand in Deutschland die weitere Genehmigung der Hilfsprogramme. Die im Zusammenhang mit der Studie interessierenden Aspekte spielen keine Rolle, sie werden nur genannt als beim Krisenmanagement zu berücksichtigende Stör- und Einflussfaktoren.

Der zweite Teil besteht aus einer siebenseitigen Beschreibung vor allem der Jugendunruhen in Europa. Die Überschrift: «Die Eurofighter» und der Vorspann: «Europa wackelt finanztechnisch, als historisches Projekt ist es schon bankrott. Die Bürger, besonders die jungen, wissen mit ihrer Union nichts mehr anzufangen, sie sind bestürzt darüber, was die Regierungen mit ihrem Geld veranstalten – und gehen zu Millionen auf die Straße.»

Es wird anhand von zahlreichen Kurzporträts von meist jüngeren Bürgern aus verschiedenen Ländern beschrieben, wie es ihnen geht und was sie zum Protest treibt. Unterbrochen sind diese reportageartigen Beschreibungen von Analyseteilen wie dem folgenden: «Bis dahin dreht sich die Schraube der Verschuldung weiter, die in der Welt der vernetzten Märkte funktioniert fast wie ein Naturgesetz: Die Gläubiger verlieren das Vertrauen in die Schuldner. Die Rating-Agenturen, nach der Weltfinanzkrise dafür gescholten, viel zu lax gewesen zu sein, tun jetzt ihre Arbeit wie gefordert und stufen die Kreditwürdigkeit der Länder mit guten Argumenten herab. Daraufhin verlangen die Investoren höhere Zinsen als Prämie für ihre Risikobereitschaft und um mögliche Zahlungsausfälle schon im Vorfeld abzufedern. Die hohen Zinsen wiederum lassen die Schuldenlast der bedrängten Staaten anwachsen. Und es wirkt, als säßen sie in einer Falle, aus der es kein Entrinnen gibt, die Griechen wissen, wie sich das anfühlt. Der Text endet mit der Frage: «Aber jetzt steht die Frage im Raum: «Erkennen die Europäer, wofür sie Europa brauchen?»

Heft 35/2011 – Thema: Interview Eurozone, soziale Unruhen und Besteuerung

Das etwa dreiseitige Interview «Europa ist mehr als der Euro» hat den Vorspann: «Für den Historiker Hans-Joachim Voth hat die Währungsunion keine Zukunft. Er hält ein Ausscheiden der starken Länder für machbar – und warnt vor sozialen Unruhen in den schwachen.» Der Historiker argumentiert, wenn es zu keiner Transferunion kommen sollte, dann müssten die starken Länder ausscheiden: «Ohne viel mehr Umverteilung von reichen zu armen Mitgliedsländern oder viel flexiblere Volkswirtschaften kann der Euro langfristig nicht bestehen. Und weder das eine noch das andere ist politisch umsetzbar.» Auf die Frage nach den Folgen der Sparprogramme sagt er: «Voth: Wir werden in den nächsten fünf Jahren in vielen Ländern Europas ein Sparprogramm nach dem anderen bekommen, zumindest solange die Anleihemärkte nicht einen goldenen Scheck vom deutschen Steuerzahler ausgestellt bekommen. Gleichzeitig dürfte der Aufruhr zunehmen. Austerität und Anarchie hängen eng zusammen. Das haben wir in einer kleinen Studie über die Jahre zwischen 1919 und 2009 eindeutig festgestellt. Es gibt weniger Unruhe, wenn der Staat sich nach zusätzlichen Einnahmen umschaute. Es ist viel einfacher und viel weniger riskant, die Steuern zu erhöhen, als die Ausgaben massiv zu kürzen – vor allem dann, wenn das soziale Gleichgewicht in einem Land fragil ist.» Er plädiert dann für die Erhöhung der Verbrauchssteuern und der Erbschaftsteuer. Eine weitere Besteuerung von Vermögenden hält er aufgrund der Möglichkeiten der Kapitalflucht in Länder mit niedrigerer Besteuerung nicht für durchsetzbar.

Heft 41/2011 – Thema: Proteste in den USA

Der 1,5-seitige Text «Banker, hört die Signale» hat den Vorspann: «In New York weiten sich die Proteste gegen die Wall Street aus. Die neue, antikapitalistische Rhetorik spiegelt die chronischen sozialen Probleme Amerikas.» Es werden die Proteste geschildert und vermutet, hier könne eine neue linke populistische Bewegung entstehen. Die sozialen Probleme hätten sich unter Präsident Obama verschärft, das wird mit einigen Zahlen zu Lohnquoten, Krankenkosten und Rentenniveau belegt. Das Neue sei, der Protest richte sich nicht gegen die Politik, sondern direkt gegen die Banker und damit den Kapitalismus.

Heft 43/2011 – Thema: Lage von Bremen

Der fünfseitige Text «Die Bettler der Nation» hat den Vorspann: «7 000 Euro Schulden pro Kopf, 18 Milliarden Miese insgesamt – Bremen ist für Deutschland, was Griechenland für Europa ist. Das kleinste Bundesland ist zu einem Versuchslabor geworden. Ist gerechtes Sparen möglich, ohne den sozialen Frieden zu gefährden?»

Es wird intensiv geschildert, wie die Schulden immer höher wurden und es werden mehrere Gründe dafür genannt: wirtschaftliche Strukturkrisen, Steuerreformen, Investitionen in Prestige-Projekte. Weitgehend aus Sicht der Finanzsenatorin wird geschildert, wie sie versucht, unter den Bedingungen der Schuldenbremse die Neuverschuldung Jahr für Jahr zu verringern. Und sie wird mit dem Anspruch konfrontiert, ob sie gerecht sparen könne. Die Betroffenen werden gegen Ende erwähnt. Es gebe die bekannten Proteste aus Kultur und Schulen, aber etwas sei neu: «Es ist nicht üblich, dass hochrangige Juristen wie die Bremer Gerichtspräsidenten, die Generalstaatsanwältin und der Chef der Bremer Justizvollzugsanstalt vor die

Öffentlichkeit treten, weil sie ‹Anlass zur höchsten Sorge› sehen.»

Heft 43/2011 – Thema: Soziale Kluft in den USA

Der knapp dreiseitige Bericht ‹Die Ein-Prozent-Macht› hat den Vorspann: ‹Amerika vor einer neuen Zerreißprobe: Die ‹Occupy Wall Street›-Bewegung rückt den rasant wachsenden Abstand zwischen Arm und Reich ins Rampenlicht. Der Wohlstand der Vereinigten Staaten konzentriert sich wie selten zuvor auf eine winzige Oberschicht.›

Mit Zahlen im Text und Grafiken wird das starke Ungleichgewicht geschildert und das Tempo, mit dem sich die Kluft vertieft. Die USA dienen dann als Beispiel, um zu zeigen, dass es in Deutschland noch lange nicht so schlimm ist: ‹Fast zwei Drittel des privaten Nettovermögens konzentrieren sich in den Händen von fünf Prozent der Amerikaner. Zum Vergleich: In Deutschland besitzen die obersten fünf Prozent weniger als die Hälfte.› Und es wird auf die wirtschaftlichen Folgen aufmerksam gemacht: ‹Denn es ist diese extreme Ungleichheit, die das Wachstum der größten Volkswirtschaft der Erde erheblich zu bremsen droht.›

Heft 43/2011 – Thema: Kommentar zu Protesten

Der Kommentar ‹Falscher Feind› eines verantwortlichen Redakteurs hat den Zwischentitel: ‹Banken-Bashing greift zu kurz: Versagt haben Medien, Ökonomen – und vor allem die Politik.›

In dem Kommentar heißt es dann: ‹Natürlich sind Banken für Boni-Exzesse, Lehman-Pleite und undurchsichtige bis verheerende Finanzinstrumente verantwortlich. Aber versagt haben noch ganz andere: Wirtschaftswissenschaften, Medien und vor allem jene Politik, die sich gerade Verständnis heuchelnd an die Seite der jungen Mahner schmeißt.› Die Ökonomen hätten die Krisen nicht vorhergesagt, die Medien könnten sie nicht erklären und erhofften sich jetzt, ‹da sich mal ein Hauch von Widerstand gegen ‹die da oben› regt, schon mit gierigem Enthusiasmus eine antikapitalistische Weltrevolution erhoffen. Aber das sei ‹alles nichts gegen das totale Versagen jener Politik, die seit Jahrzehnten mehr Geld ausgibt›, als sie einnehme. Das Ergebnis: ‹Mittlerweile haben die Staaten der Welt die schier unfassbare Schuldensumme von über 50 Billionen Dollar aufgetürmt – absehbare weitere Lasten wie Renten und Pensionen noch gar nicht eingepreist. Fast alle parlamentarischen Demokratien neigen dazu, ihre Whler hemmungslos zu beschenken. Das Geschrei setzt nur dann ein, wenn im großen Subventions-Zirkus mal irgendwo eine besonders frivole Clownsnummer gespart werden soll.›

Heft 44/2011 – Thema: Streitgespräch zu Forderungen von Occupy

Das Streitgespräch ‹Die Welt verändern› geht über 4,5 Seiten und hat den Vorspann: ‹Der Unmut über den Finanzkapitalismus eint die Mitglieder der globalen Occupy-Bewegung.

Deren Frankfurter Mitglieder Axel Fialka und Alexander Sack fordern radikale Reformen bis hin zum Systemwechsel, Commerzbank-Chef Martin Blessing verteidigt die Banken.› Es geht auch um die Aspekte von Arm und Reich und die Frage der Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen, diese Aspekte stehen jedoch nicht im Mittelpunkt.

Heft 45/2011 – Thema: Gentrifizierung in München

Dieser dreiseitige Bericht trägt den Titel: ‹Ein Herz für Reiche› und der Vorspann lautet: ‹In keiner anderen deutschen Großstadt sind die Mieten und Immobilienpreise so hoch wie in München. Luxussanierungen verändern das Gesicht ganzer Viertel, Einkommensschwache werden aus der Stadt vertrieben. Jetzt regt sich Widerstand gegen die Übernahme der Metropole durch den Geldadel.›

Es wird anhand von München dargestellt, dass sich reiche Bürger – auch als Folge der unsicheren Wirtschafts- und Finanzlage – in Wohngebiete einkaufen, in den bisher Mittel- und Unterschichten gewohnt haben. Diese Schichten drohen via höhere Mieten verdrängt zu werden und wehren sich dagegen. Es wird deutlich gemacht, dass diese Markt-Tendenzen auch in anderen Großstädten verstärkt vorhanden sind. Aus dem Text: ‹Wohin ein überhitzter Markt führen kann, zeichnet sich am dramatischsten in München ab. Dort fallen die Reichen und Schönen in die einstigen Arbeiterquartiere der Stadt ein – und treffen auf organisierten Widerstand. Gegner der unerwünschten Landnahme haben einen Aufkleber kreiert, der ein Stoppschild imitiert.› Und: ‹So steckt die Stadt in einem Kultur- und Klassenkampf, der längst nicht mehr zwischen den unteren und höchsten Einkommen tobt.›

Es wird an einer Stelle auch auf die allgemeinen Folgen aufmerksam gemacht: ‹Die Gentrifizierung hat erste Folgen für die Versorgung der Großstädter. Der DGB registriert einen Arbeitskräftemangel bei Altenpflegern, Feuerwehrleuten, Polizisten und Handwerkern. Ausbildungsplätze blieben unbesetzt, weil Bewerber keine Wohnung fänden. Der Immobilienboom könnte die ökonomische Entwicklung der Stadt gefährden.›

Anmerkungen:

Sehr anschaulich und mit zugespitzter Sprache werden wirtschaftliche und soziale Folgen des Reichtums auf die Entwicklung einer Großstadt geschildert und die zunehmenden sozialen Klüfte, die nicht nur ärmere, sondern auch mittlere Schichten treffen. Warum es diesen Reichtum gibt, wird nicht behandelt, auch nicht seine quantitative und qualitative Entwicklung. Die Kommunalpolitik wird als letztlich hilfloser Akteur dargestellt, der zwar über rechtliche Instrumente zum Eingreifen verfügt, aber nicht über die zusätzlich notwendigen finanziellen Mittel.

Heft 50/2011 – Thema: Interview mit Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer über soziale Klüfte

Das zweiseitige Interview trägt die Überschrift «Die Gesellschaft ist vergiftet» und die informierende Unterzeile lautet: «Der Bielefelder Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer, 66, über das Verhältnis der Deutschen gegenüber Minderheiten und menschenfeindliche Eliten im Kapitalismus.»

Heitmeyer antwortet auf die allgemeine Eingangsfrage, wie es den Deutschen gehe: «Nicht besonders gut. Die zunehmende soziale Spaltung zersetzt das Miteinander, die Gesellschaft ist vergiftet. Soziale Desintegration ist gefährlich, insbesondere für schwache Gruppen. Erhebliche Teile denken, sie seien mehr wert als andere. Nur wer etwas leistet, wer nützlich ist, wer effizient ist, zählt etwas.» Auf die Nachfrage, das sei doch immer so gewesen, antwortet er unter anderem: «Aber die Gesellschaft ist heute gespaltener als vor zehn Jahren. Insbesondere nach den Krisen seit 2008 haben Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Abwertung von Langzeitarbeitslosen wieder deutlich zugenommen. 92 Prozent der Gesellschaft glauben, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden.» Die Redaktion weist darauf hin, dass die Wirtschaftskraft steige und die Arbeitslosigkeit sinke. Darauf Heitmeyer: «Im Vergleich zu den Griechen, den Spaniern, den Italienern geht es uns gut. Das beruhigt. Aber es wird auch viel verdrängt. Bei unseren Befragungen betonen die Menschen, dass es der Gesellschaft zwar schlecht gehe, aber ihnen persönlich gut. Man bastelt sich ein positives Selbstbild, um nicht von der gesellschaftlichen Unsicherheit überrollt zu werden.» Die Redaktion fragt nach, ob es den Leuten nicht einfach doch gut gehe. Seine Antwort: «Unsere Zahlen belegen, dass die Menschen große Angst vor dem Abstieg und sozialer Ächtung haben.» Heitmeyer vertritt dann, angeregt von den entsprechenden Nachfragen, die folgenden Positionen: Die soziale Gleichheit müsse gestärkt werden. «Maßgebliche Teile der Eliten und Besserverdienenden ziehen sich aus der Solidargemeinschaft stärker zurück. Sie reklamieren Etabliertenvorrechte, kämpfen gegen Mindestlöhne, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, obwohl die Umverteilungspolitik seit Jahren zu ihren Gunsten verläuft. Das ist Klassenkampf von oben. Daran kann man sehen, dass Kernnormen dieser Gesellschaft höchst gefährdet sind. 64 Prozent der Gesellschaft glauben, das Bemühen um Gerechtigkeit sei sinnlos. Solidarität und Fairness, Werte, die für den Zusammenhalt einer Gesellschaft unentbehrlich sind, erodieren.»

Anmerkungen:

Die Positionen von Heitmeyer erweitern erheblich das bisher publizierte inhaltliche Spektrum. In von der Redaktion zu verantwortenden Texten werden solche Analysen und Positionen – beispielsweise auch die des renommierten Reichtums- und Elitenforschers Michael Hartmann, Darmstadt – nicht vertreten oder wiedergegeben, sondern systematisch ausgespart.

Heft 2/2012 – Thema: Begriffe erklären

Der Text mit dem Titel «Wenn die Bazooka ruft» soll folgenden Nutzwert haben, wie der Vorspann verspricht: «Gehören Sie zu den vielen Menschen, die wissen möchten, ob Italien das neue Griechenland wird, was Bonds, Spread und Leerverkauf bedeuten? Blicken Sie noch durch? 43 Wörter, die Ihnen helfen, die Nachrichten des Jahres 2012 zu begreifen.»

Anmerkungen:

Das Thema Armut und Reichtum taucht in diesem Text nicht auf, obwohl die soziale Klüfte in Teilen wenigstens die materielle Grundlage für die hier behandelten Tendenzen und Themen darstellen, also inhaltlich sehr wohl ein Zusammenhang vorhanden ist.

Heft 5/2012 – Thema: Interview über Gefährdung der Demokratie

Das fast dreiseitige Interview «Wo bleibt der Aufstand von links?» hat den Vorspann: «Der amerikanische Politologe Francis Fukuyama, einst Vordenker der Neokonservativen, glaubt, dass die Exzesse von Kapitalismus und Globalisierung die westliche Demokratie gefährden.»

Die Redaktion thematisiert in ihren Fragen stark den Zusammenhang zwischen der zunehmenden Ungleichheit und der Macht der Finanzmärkte als Ursachen für die Gefährdung der Demokratie und autoritäre Staaten als mögliche Vorbilder.

Heft 17/2012 – Thema: Zerfall des Arbeitsmarktes und die sozialen Folgen

Der fünfseitige Text hat den Titel «Wohlstand für alle – anderen». Der Vorspann lautet: «Der deutsche Arbeitsmarkt ist tief gespalten. Längst nicht alle Beschäftigten profitieren vom Aufschwung, der Niedriglohnsektor wächst weiter, die Gewerkschaften sind überfordert. Kann der Staat für mehr Gerechtigkeit sorgen?»

Es werden intensiv die Probleme von Beschäftigten mit Werkverträgen, in Leiharbeitsverhältnissen, befristeten Verträgen und mit Niedriglöhnen dargestellt, ebenso die Interessen-Unterschiede zu den Stammbeschäftigten. Der Sektor der Leiharbeit – die Redaktion verwendet hier die Sprachweise der Gewerkschaften und spricht nicht von Zeitarbeit – wird von der Redaktion so beschrieben: «Der Boom begann mit der gesetzlichen Deregulierung der Leiharbeit 2003. Seither hat sich die Zahl der Leiharbeiter von gut 300 000 auf über 900 000 nahezu verdreifacht. Obwohl es in der Branche inzwischen einen Mindestlohn gibt, sind die Verdienste niedrig. Normale sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte brachten 2010 im Mittel monatlich brutto 2700 Euro nach Hause, in der Leiharbeit waren es nur gut 1400 Euro.»

Der Tenor: Sogar innerhalb der Unternehmen gebe es inzwischen sehr verschiedene Arbeitswelten. Die Devise «Wohlstand für alle» gelte nicht mehr. Die Arbeitswelt zerfalle. Pauschal wird gesagt, Arbeitsmarktexperten sehen in dieser zunehmenden Flexibilität den Preis des Erfolgs, ein notwendiges Übel, das den Aufstieg der deutschen Volkswirtschaft vom kranken Mann Europas zum ökonomischen Musterknaben des Kontinents erst möglich machte.

Es wird dann die materielle Lage in Details geschildert: sinkende oder stagnierende Reallöhne über Jahre hinweg. «In keinem anderen europäischen Land ist die soziale Ungleichheit so stark gewachsen wie in Deutschland», sagt Gerhard Bosch, Arbeitssoziologe und Direktor des Instituts Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen (IAQ).»

Mit einer Grafik wird die Entwicklung der Zunahme der Unternehmens- und Vermögenseinkommen und die der Arbeitnehmereinkommen zwischen 2000 und 2011 dargestellt.

Die Redaktion resümiert: «Es ist paradox: In einer Zeit, in der sich die Wirtschaftseliten der USA und Großbritanniens die Erfolgsrezepte der deutschen Industrie zum Vorbild nehmen, nähert sich die Sozialstruktur der Bundesrepublik zunehmend einer Drei-Klassen-Gesellschaft an: An der Spitze stehen Manager mit rasant steigenden Millionengagen Dann folgen die gutausgebildeten und ordentlich bezahlten Angestellten- und Facharbeiterheere der modernen Informations- und Industriegesellschaften. Den Schluss bilden Berufsgruppen, die einst zum Kernbestand der traditionellen Arbeitswelt zählten: Verkäuferinnen, Köche und Kellner oder Erzieherinnen, die heute nicht selten weniger verdienen als vor zehn Jahren.»

So würden «die alten Verteilungsfragen neu gestellt. Mit welchen Mitteln lässt sich die Spaltung zwischen Arm und Reich überwinden?»

Die Redaktion schildert dann Fälle, bei denen Arbeitnehmer mehr verdienen, deshalb zusätzliche Hilfen des Jobcenters verlieren und am Ende trotz Mehrarbeit und Mehrverdienst weniger Geld zur Verfügung haben. Über ein Zitat wird das Argument eingeführt, dass es sich hier um einen Fehler im System handle.

Warum die Gewerkschaften überfordert sind und in einem Dilemma stecken, wird so erklärt: Einerseits bräuchten die prekär Beschäftigten die meiste Hilfe, dort sei der Organisationsgrad jedoch am niedrigsten. Und zunehmend gebe es Spartengewerkschaften, die versuchten, die besserverdienende Kernklientel in den jeweiligen Branchen zu organisieren.

Die Strategie der Gewerkschaften wird im Detail so geschildert: Untere Lohngruppen sollen überdurchschnittlich hohe Zuschläge erhalten und Leiharbeit solle über Lohnerhöhungen so unattraktiv gemacht werden, dass die Arbeitgeber die Leiharbeiter regulär einstellen. Das Dilemma der Gewerkschaften sei jedoch seit jeher: Bei Tarifabschlüssen müssten sie immer auch auf die wirtschaftliche schwächeren Branchen und Unternehmen Rücksicht nehmen. Das erfordere Solidarität, die heute nicht mehr alle Berufsgruppen zu geben bereit seien. «In dieses Vakuum stoßen neue Gewerkschaften.»

Die Redaktion resümiert: «Wenn nichts geschieht», werde die soziale Kluft tiefer. «Denn die Reformen der vergangenen Jahre haben eines ihrer beiden Ziele klar verfehlt: Mehr Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse sollten den Arbeitsmarkt flexibler machen und so zu mehr Beschäftigung führen. Das ist gelungen. Sie sollten aber auch eine Brücke aus der Arbeitslosigkeit in feste, gutbezahlte Jobs bilden. Das ist missglückt.» Letzteres wird mit einem Zitat von Arbeitsmarktforscher Lutz Bellmann vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) belegt.

Die Redaktion fasst noch einmal zusammen: «Der Abstand zwischen oben und unten wächst, und das nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Staaten weltweit, so stellen Organisationen wie der Internationale Währungsfonds oder die OECD fest. Die Experten sehen in der wachsenden Kluft eine Gefahr für das nachhaltige Wachstum der Volkswirtschaften.» In diesem Zusammenhang wird Bofinger

zitiert.

Die Redaktion stellt die Situationen gegeneinander: Vor zehn Jahren habe Deutschland viele Arbeitsplätze an Billiglohnländer verloren und es sei darum gegangen, die Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen. «Heute stellen sich andere Aufgaben: Um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen, müssen der Arbeitsmarkt sowie das Steuer- und Sozialsystem grundlegend umgestaltet werden ...» Es seien Mindestlöhne notwendig. «Die Steuerlast für Besserverdiener hat in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen.» Und: «Doch der Abbau ging zu weit, so beklagen inzwischen IWF und OECD, bei Gutsituierten müsse der Staat wieder stärker zugreifen, etwa durch höhere Steuern auf Immobilien oder Erbschaften.» Zudem würden Gering- und Normalverdiener über Beiträge zu den Sozialkassen überdurchschnittlich hoch belastet. Die Rechnung der Redaktion: «So muss ein leitender Ingenieur mit einem Jahresverdienst von 150 000 Euro lediglich 6,6 Prozent seines Einkommens an die Sozialkassen abführen. Bei einem Hilfsarbeiter, der lediglich ein Zehntel dieses Betrags verdient, werden dagegen 20,7 Prozent fällig.» Weiter: «Wer die Schere zwischen Arm und Reich schließen will, darf nicht nur auf die Macht der Gewerkschaften und die Kraft des demografischen Wandels vertrauen.» Es bedürfe politischer Reformen: «Nötig sind mehr Ausgaben für Bildung und ein Umbau des Steuer- und Transfersystems im Interesse der Geringverdiener.» Es bedürfe einer Agenda für «mehr sozialen Ausgleich».

Anmerkungen:

Dieser sehr faktenreiche Text stellt viele Zusammenhänge her – so macht er beispielsweise auf wirtschaftliche Folgen einer zunehmenden soziale Kluft aufmerksam -, erläutert Interessen und Motive früherer politischer Entscheidungen, beleuchtet den aktuellen Zustand des Arbeitsmarktes also aus mehreren Perspektiven. Insofern «sticht» er mit dieser Qualität in der Gesamtmenge der untersuchten Texte sehr positiv hervor.

Ungeachtet dessen wird im Detail unkritisch mit dem Begriff und Ziel der Flexibilität umgegangen: Sie muss nicht unbedingt mit prekären und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen verbunden sein. Es wird auch der Tatbestand angesprochen, dass die Kluft zwischen oben und unten in Deutschland stärker als anderswo wächst, jedoch nicht der Grund dafür behandelt. Als Akteure werden kritisch die Politik und die Gewerkschaften angesprochen, merkwürdigerweise jedoch nicht die Unternehmen und die Unternehmerverbände; in allen bisherigen Texten war dies übrigens ebenso der Fall.

Heft 18/2012 – Thema: Gegenwehr zu Finanzmärkten

Die fünfseitige Reportage trägt den Titel «Die Volksfront der Empörten» und der Vorspann lautet: «Die einen wollen sanft die Welt verbessern, die anderen setzen auf linke Ideologien.

Zum 1. Mai mobilisieren sie wieder: Die Bewegung der Kapitalismuskritiker hofft auf einen zweiten Frühling der weltweiten Rebellion.»

Es werden einige Aktivisten vorgestellt, die diese Proteste verkörpern sollen. Zu Beginn wird gesagt: «Es ist eine Volksfront der Empörten, eine unübersichtliche, widersprüchliche Millionenschar, einig nur in ihrer Wut. Die Forderungen unterscheiden sich, in den USA wird etwa die Einsetzung einer Kommission gefordert, die den Einfluss der Banken auf politische Entscheidungen untersuchen soll. Höhere Steuern für Reiche und eine Finanztransaktionsteuer werden von vielen verlangt. Manche wollen den Kapitalismus abschaffen, andere ihn nur menschlicher machen, gerade in der Uneinheitlichkeit sehen die Aktivisten ihre Stärke.»

Es wird auch die Frage gestellt, wie lange die Empörung anhalten werde und ob die Protestler «neue Antworten finden, womöglich sogar eine neue politische Idee». Die Autorin beantwortet die selbstgestellte Frage dann so: «Die Empörung ist das Programm aller Kapitalismuskritiker, Empörung darüber, dass Billionen von Steuergeldern aufgewendet werden mussten, um Banken und Volkswirtschaften vor dem Kollaps zu bewahren, Empörung darüber, dass das Gewinnstreben einiger weniger die Gesellschaft in die Krise führt, statt – wie immer behauptet – dem Gemeinwohl aller zu nützen, Empörung darüber, dass die Regierenden dem Treiben der Märkte scheinbar ohnmächtig gegenüberstehen, es in den letzten Jahrzehnten sogar durch falsche Entscheidungen angeheizt haben.»

Die Bewertung der Autorin im Detail: «Die Linke war vor der Krise schon da, mit ihrer ewigen Kritik am System ein Teil des Systems. Die Hoffnungen ruhen jetzt auf neuen Leuten, neuen Bewegungen wie Occupy, denen vielleicht auch neue Lösungen einfallen.» Es wird ausgiebig die Vortragsreise einer jungen chilenischen Studentenföhrerin geschildert. Dass diese auf die Frage, wie der Kapitalismus gezähmt werden könne, antwortet, der sei nicht zu zähmen, wird so bewertet: «Sie muss nicht nach neuen Ideen suchen, sie geht einfach davon aus, dass die alten noch taugen.» Die Bilanz der Autorin: «Den Kapitalismus abschaffen, das will in Deutschland bis auf ein paar Linksradikale, die für den 1. Mai wieder zur «Revolutionären Demonstration» aufrufen, praktisch niemand mehr. Der Kapitalismus hat viele Kritiker, von der CDU bis zur Linkspartei, aber kaum noch Gegner.»

Anmerkungen:

Der Text berührt das Untersuchungs-Thema nur sehr indirekt und am Rande, indem pauschal auf die tiefer werdende Kluft zwischen Armen und Reichen und die Forderungen nach einer anderen Besteuerung hingewiesen wird; dieser Aspekt wird jedoch nur erwähnt, nicht vertieft.

Heft 20/2012 – Thema: Interview Graeber

Das ausführliche Gespräch trägt den Titel «Mit dem Kopf gegen die Wand» und der Vorspann lautet: «Der angesehene amerikanische Anthropologe David Graeber zählt zu den führenden Figuren der Occupy-Bewegung. Die wachsende Schuldenlast, so seine These, bringe die westlichen Gesellschaften an den Rand einer Revolution.»

Das Gespräch dreht sich weitgehend um seine Einschätzung der Protestbewegung und um seine Thesen, die er in seinem jüngsten Buch «Schulden. Die ersten 5000 Jahre» unterbreitet. Eine seiner Grundthesen lautet: Die Kämpfe zwischen Arm und Reich sind meist Kämpfe zwischen Gläubigern und Schuldnern.

Anmerkungen:

In dem Interview wird das Untersuchungs-Thema angesprochen, allerdings auf einer theoretisch-abstrakten Ebene.

Heft 40/2012 – Thema: Interview mit Stieglitz über soziale Klüfte in den USA

Ein längeres Interview mit dem Wirtschaftswissenschaftler Joseph Stieglitz beschäftigt sich intensiv mit der Entwicklung von Armut und Reichtum in den USA, der Umverteilung und dem Einfluss der Finanzwirtschaft auf die Politik in den USA. Im letzten Drittel lenkt die Redaktion mit ihren Fragen das Augenmerk auf Europa und leitet mit der Frage über, ob Umverteilung auch ein Instrument für Europa und Deutschland sei. Stieglitz antwortet, das größte Problem seien die Sparpakete und erwähnt das Instrument der Umverteilung in der ersten Antwort nicht, verneint die Frage jedoch auch nicht. Die Redaktion fragt nicht nach.

Anmerkungen:

Ein Interview zu all diesen Fragen über die Lage in Deutschland und/oder der EU wäre journalistisch ebenfalls angemessen. Es wurde in dem Untersuchungszeitraum nicht geführt.

Heft 41/2012 – Thema: Titelgeschichte Inflation

Die Titelgeschichte mit der Schlagzeile «Kalte Enteignung» beschäftigt sich mit beinahe zahllosen Aspekten mit den aktuellen Erscheinungsformen der Inflation, ihren Ursachen und Folgen. Die Unterzeile lautet: «Die Notenbanken überschwemmen die klammen Industriestaaten mit Geld. Das hilft den Regierungen, ihre Schulden zu senken, raubt aber den Bürgern ihre Ersparnisse. Die Geschichte einer perfiden Umverteilung – von unten nach oben.»

Das Thema dreht sich um eine Erscheinung auf dem Feld der Wirtschaft, die laut «Spiegel» irgendwie unheimlich ist: «Der hiesigen Wirtschaft mag es vergleichsweise gut gehen, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, die Konjunktur läuft immer noch besser als in vielen anderen Industriestaaten. Doch die Bundesbürger ahnen, dass diese Schuldenkrise, in der Politiker und Währungshüter auf Zeit spielen, am Ende von ihnen bezahlt wird – durch eine Inflation, die ihren Ersparnissen allmählich den Wert raubt. Es ist eine stille, eine schleichende, eine kalte Enteignung, die da begonnen hat.»

Und mit dieser Titelgeschichte versucht der «Spiegel» «diesem Geldklau auf die Spur» zu kommen. Kritiker, die dieser These widersprechen, wie der us-amerikanische Nobelpreisträger Paul Krugman oder der Wirtschaftsweiser Peter Bofinger, werden zwar mit der kurzen Bemerkung erwähnt, sie hielten die Angst vor einer neuen Inflation «für Hysterie». Die von ihnen angeführten Gründe werden ebenfalls knapp erwähnt: «Die Arbeitslosigkeit sei zu hoch, die Nachfrage zu schwach, als dass Unternehmen dauerhaft höhere Preise durchsetzen könnten.» Dem setzen die Autoren der Titelgeschichte das Volksempfinden entgegen: «Doch vielleicht haben die Leute ein ganz gutes Gespür dafür, dass die Verbraucherpreise allein nicht die ganze Wahrheit erzählen.» Denn es beginne nicht mehr als «eine gigantische Umverteilung von unten nach oben». Fachleute werden mit den Worten zitiert, die «schleichende Inflation» habe eine «betäubende Wirkung. Sie macht die Unter- und Mittelschicht arm, aber die merken es nicht». Die «Zutaten»: Preisblasen, billiges Geld von den Notenbanken, die Flucht der Investoren und Sparer in vermeintlich sichere Sachwerte.

Denn die Menschen «haben ... begriffen»: Wenn sie für ihre Ersparnisse nur noch geringe Zinsen erhalten, «nagt schon ein Hauch von Inflation empfindlich an den Rücklagen. Die Wahrheit ist: Die Inflation ist kein Gespenst. Sie ist schon da. Verhalten noch, aber unübersehbar und tückisch. Alle, die es sich leisten können, suchen Schutz vor Inflation und fliehen in Sachwerte.»

Die Analyse wird so zusammengefasst: «Viele Entwicklungen, die in der Vergangenheit zu Inflation führten,

sind heute wieder zu beobachten: Die Notenbanken drucken Geld, hohe Rohstoffpreise treiben die Kosten, und Unternehmen wie Haushalte misstrauen der Stabilität der Banken und zum Teil auch der des politischen Systems.»

Diese Tendenzen führten zu einer Umverteilung, da nicht alle Bürger «gleich stark» von dieser Entwicklung getroffen werden würden. Die Regierungen verschöben Milliarden und mit ihnen große Risiken. «Der verteilungspolitische Aspekt der Schuldenkrise wird unterschätzt, obwohl der Effekt riesig ist», mit diesen Worten wird Harald Hau, Finanzwissenschaftler an der Universität Genf, zitiert. «Laut Hau ist es den Banken in Europa gelungen, einen großen Teil ihrer Risiken beim Staat abzuladen.» Würden beispielsweise Staatsanleihen von privaten Gläubigern zu ESM und EZB umgeschichtet, komme es zu einer Verlagerung der Risiken von Reich zu Arm und von ausländischen Finanzinvestoren auf heimische Steuerzahler. Wären Staatspleiten zugelassen worden, sei dies nicht erfolgt. Da der Besitz «von Finanzaktien ... sehr stark bei extrem wohlhabenden Haushalten konzentriert» sei, würden diese bevorzugt. Der Normalbürger sei von einer Bankenpleite weniger betroffen, habe er doch seine Ersparnisse vor allem in Lebensversicherungen investiert.

Bauten die Staaten jedoch ihre Schulden über Niedrigzinsen und Inflation ab, träfe das gerade die Besitzer von Lebensversicherungen und ähnlichen Anlageformen.

Anmerkungen:

Die Autoren haben mit ihrer Titelgeschichte diejenigen im Blick, die überhaupt etwas besitzen und via Inflation überhaupt etwas zu verlieren haben; es geht also eher um die Umverteilung von wenig vermögenden Bürgern zu den richtig Reichen, denn um die Umverteilung zwischen den Armen und den Reichen. Das Thema Umverteilung wird damit deutlich angesprochen, jedoch bei weitem nicht so grundsätzlich und radikal, wie es der zitierte Wissenschaftler Hau gewöhnlich anspricht. Denn der Wissenschaftler Hau hätte den folgenden Plan vortragen können, den er in einem Text in der «Frankfurter Allgemeine Zeitung» (Ausgabe 16. September 2011, Seite 12) zusammen mit dem Wirtschaftswissenschaftler Bernd Lucke bereits vorgetragen hatte. Sie sagen: Es sei hervorzuheben, «dass sich etwa 70 Prozent des betroffenen Kapitals von Banken und Finanzinvestoren im Besitz der fünf Prozent weltweit reichsten Individuen befinden». Weiter: «Die durch einen Rettungsschirm erfolgende Übernahme von Verlusten dieser kleinen Vermögenselite bedeutet eine gewaltige Umverteilung zuungunsten des durchschnittlichen Steuerzahlers.» So landeten beispielsweise die bis zu 200 Milliarden Euro Griechenland-Hilfe via Zins- und Tilgungszahlungen an die Banken wiederum weitgehend in den Händen der Reichsten dieser Welt. Die beiden Wissenschaftler legen auch eine Alternative vor: «Durch eine Bankenrekapitalisierung findet diese sozial anstößige Umverteilung entgegen landläufiger Meinung nicht statt, denn die Bankaktionäre werden nicht Eigentümer des frischen Kapitals: Es gehört vielmehr dem Staat.» Der Plan der beiden Wissenschaftler: Wenn bei Schuldenschnitten Banken in Turbulenzen geraten, werden sie mit Steuergeldern zwangs-rekapitalisiert. Für dieses Geld erhält der Staat jedoch Aktien der jeweiligen Bank, «so dass der Steuerzahler langfristig sogar einen Gewinn erzielen kann.» Ein solches Vorgehen bedeutete jedoch eine Kollision «mit den mächtigen Interessen der Großbanken». Soweit das Vorhaben der beiden Wissenschaftler.

Heft 44/2012 – Thema: Kommentar Rentenreformen und Generationen-Konflikt

Der Kommentar trägt die Überschrift «Operation Griechenland» und beschäftigt sich mit den aktuellen Rentenkonzepten von Union und SPD. Seine These: «Die Pläne laufen auf den Versuch hinaus, Altersarmut durch Jugendarmut zu bekämpfen.»

Die geplanten zusätzlichen Ausgaben beispielsweise zugunsten der Altersversorgung von Mütter und Geringverdiener seien zwar berechtigt, sofern jemand lange gearbeitet habe und trotzdem nur eine Armutsrente erhalte, sie schadeten aber nur dann den Jungen nicht, wenn an anderen Stellen im Rentenetat Abstriche gemacht werden würden. Das genau sei jedoch nicht geplant, geplant sei «Kreditgeschäft zu Lasten der Jungen».

Anmerkungen:

Der Kommentar macht auf den potenziellen Generationen-Konflikt aufmerksam bzw. stellt ihn als gegeben dar und stellt damit eine gesellschaftliche «Frontlinie» her: arme Alte gegen arme Junge.

Heft 47/2012 – Thema: Mieten

Der 3,5-seitige Bericht «Stadtluft macht arm» hat den Vorspann: «Deutsche Metropolen erleben einen beispiellosen Immobilienboom. Gebaut werden meist Luxusobjekte, bezahlbarer Wohnraum wird zur Mangelware. Jetzt treibt die Knappheit auch die Mieten in die Höhe – und die Bürger aus den Zentren.» Der Autor diagnostiziert: «Mobilität wird zum Armutsrisiko. Deutschland steuert auf eine neue Wohnungsnot zu. Bezahlbare Unterkünfte, die sich auch der Normalverdiener leisten kann, lassen sich in

vielen Metropolen nur noch schwer finden.» Die Gründe: Es würden zu wenige Wohnungen gebaut, viele Sozialwohnungen kämen aus der Preisbindung und auf den freien Markt. Wohlhabende investierten aufgrund der Finanzmarkt-Krise in qualitativ hochstehende Immobilien, die finanziell schlechter Gestellte sich nicht finanzieren könnten. Diese Schichten würden aus den Innenstädten nach und nach vertrieben.

7 GLEICHHEIT UND GERECHTIGKEIT (4 TEXTE)

Heft 22/2008 – Thema: Essay über Talkshows zu soziale Gerechtigkeit

Die Überschrift des achtseitigen Essays lautet: «Die 60-Minuten-Demokratie». Und der Vorspann: «Der neue Armutsbericht hat ihn wieder befeuert, den chronischen Disput über Arm und Reich, über Markt und Moral. Die deutsche Gerechtigkeitsdebatte ist ein Musterbeispiel für politische Rituale in der Talkshow-Republik. Eine Sendung und ihre Geschichte.»

Der Autor beschäftigt sich vor allem mit den Mechanismen einer Talkshow-Demokratie, dies teilweise anhand des von uns gewählten Themas, vor allem jedoch längs der Rolle und Argumentation einiger von ihm ausgewählten «ständigen» Talkshow-Gäste.

Im Text heißt es einleitend: «Soziale Gerechtigkeit beschäftigt nach Jahren, in denen es mehr um die Notwendigkeit sozialer Zumutungen ging, wieder die deutsche Öffentlichkeit. «Gierig, maßlos, arrogant – die Elite am Pranger», «Die Rentner-Republik – die Alten übernehmen die Macht», «Kinder als Armutsrisiko», «Gibt es gute Schulen nur für Reiche?», «Wer kann sich das Leben noch leisten?», «Willkommen im Zwei-Kassen-Land», alles Themen aus den vergangenen Wochen bei «Anne Will», «Hart aber fair», «Maybrit Illner.»»

Der Autor befindet: «Über diesen Gleichklang der öffentlichen Debatte kann man sich lustig machen; man kann aber auch staunen über die Ausdauer, mit der Millionen Deutsche – statt Krimis, Volksmusik und Arztserien zu gucken – Politikern, Soziologen und Lebenskünstlern dabei zuschauen, wie die ihnen die Welt und das Leben erklären. Die Talkshows sind im 21. Jahrhundert das Hilfsparlament der Demokratie, sie bestimmen die Agenda der politischen Debatte im Land.»

Eine weitere Festlegung des Autors über die Qualität von Politik: «Nicht Talkshows sind das Problem, Politiker sind das Problem, die so Politik machen, wie sie in Talkshows reden, die im Takt der Shows die politischen Themen hochziehen und fallenlassen, die ihre Meinung drehen nach dem Wind, der ihnen aus der Öffentlichkeit entgegenbläst.»

Dann gibt es noch eine Gruppe, die versagt: «Das Problem der Talkshow-Demokratie sind nicht die Talkshows, wir sind das Problem, die Zuschauer, die 60 Minuten Fernsehstreit möglicherweise für politische Auseinandersetzung halten.»

Inhaltlich legt der Autor sich so fest: «Klar ist: Die gefühlte Ungleichheit, und die ist wichtig in der Talkshow-Demokratie, ist viel größer als die tatsächliche. 63 Prozent der Deutschen machen die gesellschaftlichen Veränderungen Angst, 49 Prozent befürchten, ihren Lebensstandard nicht halten zu können, 44 Prozent sehen sich vom Staat alleingelassen. Und 14 Prozent fühlen sich aus der Gesellschaft ausgeschlossen und sehen keine Chance, das zu ändern. Der Kern dieser Angst ist die Frage: In welchem Maße soll und kann der Staat seine Bürger schützen vor den Lebensrisiken einer globalisierten Marktwirtschaft?»

Der Autor sieht einen Widerstreit zweier Linien: «Der chronische Konflikt zwischen Sozialpropagandisten und Marktrealisten ist das große Pendel der Talkshow-Demokratie, der Dauerstreit befeuert die deutsche Öffentlichkeit, in manchen Jahren begünstigt er die eine Seite, dann schwenkt er zur anderen Seite: Jetzt regiert die Angst.»

Und dann gibt es für den Autoren noch den folgenden Zusammenhang zwischen der Form der Talkshow und dem hier interessierenden Inhalt: «Sie ist das Dilemma aller Talkshows und die Zwickmühle aller Regierungen: Wer die soziale Gerechtigkeit wirklich ernst nimmt, ruiniert auf Dauer den Sozialstaat. Aber wer soziale Gerechtigkeit vernachlässigt, verliert in der Talkshow-Demokratie ziemlich schnell die Macht.»

Deshalb sei Gerechtigkeit der große Wert und das große Wort der nächsten zwei Jahre in allen Talkshows.

Anmerkungen:

Der Text beschäftigt sich anlässlich des aktuellen Reichtums- und Armutsberichtes auf einer Meta-Ebene mit dem Untersuchungsgegenstand und dem Anspruch auf soziale Gerechtigkeit: Inwieweit taugt dieses Thema als Gegenstand von politischer Unterhaltung? Da dieser Essay sehr viel Platz einnimmt, sagt er jedoch etwas aus über die Interessen und Schwerpunkte, die der Redaktion wichtig und unwichtig sind. In der Diskussion über soziale Gerechtigkeit spiegelt sich für den Autor lediglich politische Rituale wieder. Den inhaltlichen Gegenstand der Diskussion relativiert er und nimmt ihn im Kern nicht ernst, sondern als Materialsammlung zur Entwicklung seiner Thesen über die Talkshow-Demokratie. Vermutlich sind dem

Autor die eigenen Metaphern sowieso von größter Bedeutung, so die über Wolfgang Clement als Beispiel («Die Augen verengt, das Tempo der abgeschossenen Argumente auf Stalinorgeltakt erhöht, so jagt er durch zehn Jahre sozialdemokratischen Grundsatzstreit.»)

Heft 47/2011 – Thema: Geteilte Bildungsrepublik

Die neunseitige Titelgeschichte «Das geteilte Land» hat den Vorspann: «Norden ungenügend, Süden sehr gut: Eine Studie entlarvt die Lüge von gleichen Lebens- und Lernbedingungen in Deutschland. Landkreis für Landkreis wird ein Staat seziert, der so gern eine Bildungsrepublik wäre und tatsächlich vielerorts davon weit entfernt ist.» Die Redaktion fragt in Anbetracht der Ergebnisse der Bertelsmann-Studie, die sehr lobend und wohl auch unkritisch referiert wird: «Wie viel Ungleichheit aber verträgt ein Land, wann schlägt Unterschiedlichkeit in Ungerechtigkeit um? Der Lernatlas zerstört die Illusion von gleichwertigen Lebensverhältnissen, wie sie so oft beschworen worden sind. Die Verfassung erwähnt die «Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet». Und ein Gesetz bestimmt: «Im Gesamtraum der Bundesrepublik Deutschland und in seinen Teilräumen sind ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben.»

Es werden in der Studie verschiedene Arten des Lernens gemessen und zusammengestellt. Warum es zu diesem eindeutigen Ergebnis kommt, das beantwortet dieser Bericht letztlich nicht. Einmal heißt es: «Im Ruhrgebiet, der ehemaligen Kohlen- und Stahlkammer der Republik, zeigt sich noch deutlicher als in anderen Regionen, dass Bildung und Wohlstand zusammenhängen.» Dass die gegebenen sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse eine bedeutende oder vielleicht sogar prägende Rolle spielen, wird indirekt manchmal angedeutet, aber nie thematisiert oder offen angesprochen. Es wird eine regionale Teilung referiert, aber nicht thematisiert inwieweit es sich auch um eine soziale handelt. Lernen wird in der Studie als Mittel angesehen, um den sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand zu steigern. Die Redaktion fasst die Überlegungen der Stiftung so zusammen: «Lernen macht glücklich und reich.»

Heft 52/2011 – Thema: Essay über Gegensatz von Reichtum, Demokratie und Kapitalismus

Der dreiseitige Essay eines Redakteurs trägt den Titel «Rückkehr der Ruchlosen» und die informierende Unterzeile «Über das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus».

Der Autor vertritt die These, dass mit der Finanzmarkt-Krise für viele Menschen die Illusion zerbrochen sei, «Demokratie und Kapitalismus gehörten zusammen, seien natürliche Partner, weil beiden die Freiheit zugrunde liege.» Dies sei falsch, wie die jetzige Krise zeige: «Demokratie und Kapitalismus arbeiten in der Finanzkrise nicht miteinander, sondern gegeneinander.» Das könne deshalb nicht überraschen, weil zu dem Gedanken der Demokratie auch der Wert der Gleichheit gehöre. Deshalb gelte: «Materiell kann aber Ungleichheit herrschen. Wenn sie allerdings zu groß wird und sich die Reichen Privilegien verschaffen können, ist auch die politische Gleichheit gefährdet.» Der Autor argumentiert weiter: Da früher im Kapitalismus die produzierenden Unternehmen mit ihren hunderttausenden Beschäftigten entscheidend gewesen seien, sei der Kapitalismus anders gewesen. Da die Beschäftigten auch «die Bevölkerung Deutschlands» repräsentiert hätten, habe das Management versuchen müssen, «die Interessen des Unternehmens mit den Interessen der Gesellschaft halbwegs in Einklang zu bringen, sonst handelt es gegen wesentliche Teile der eigenen Belegschaft.» Jetzt seien jedoch die Finanzinstitute die einflussreichen Akteure mit ihren Händlern in deren Parallelwelt, «in der sie mit merkwürdigen Finanzprodukten einen sinnlosen Handel betreiben, geleitet allein von der Gier. Das Wort dieser Leute ist ein großes Egal. Egal was mit der Welt passiert, Hauptsache, mein Bonus ist siebenstellig.» Das sei «ruchloser Kapitalismus.» Die Folge für Politik und Demokratie nach Ansicht des Autors: «Die Demokratien müssen um die Unternehmen werben, die sich ihren Regeln einfügen wollen. Denen haben sie eine Menge zu bieten: Stabilität, Sicherheit, Friedlichkeit, ein wachsendes Umweltbewusstsein und eine gutausgebildete, leistungsfähige Bevölkerung.

Deshalb können die europäischen Demokratien den Systemwettbewerb eines neues Zeitalters selbstbewusst aufnehmen: demokratischer Kapitalismus gegen ruchlosen.»

Anmerkungen:

Der Essay vertritt eine sehr weitgehende grundsätzliche Kritik und analysiert das Potenzial der Unverträglichkeiten von Kapitalismus und Demokratie. In dem Text wird das Thema Reichtum und Macht indirekt angesprochen.

Heft 6/2012 – Thema: Essay über Wegbereiter der Finanzindustrie

Der Essay trägt den Titel «Unbarmherzige Samariter» und die informierende Unterzeile lautet: «Wie Margaret Thatcher und ihre deutschen Schüler die marktkonforme Demokratie erschaffen haben».

Die Autorin erinnert zunächst an die «Verdienste» von Margret Thatcher, welche die britische

Finanzindustrie von vielen Regeln und Vorgaben befreite.

Sie erinnert auch an deutsche Wissenschaftler, die Vorreiter waren: «Dringend, schrieb in den neunziger Jahren so ein mehr in Wirtschaftskreisen bekannter Experte, müsse der Staat an Macht verlieren. Dagegen sei Widerstand zu erwarten. Zu lösen sei das Problem, indem man beispielsweise Steuern senke. Man brauche «das Diktat der leeren Kassen». Man brauche «ein Defizit, das als anstößig gilt». So könne man den Staat beschneiden. Ganz unverblümt steht es da: Nicht aus Notwendigkeit solle der Staat machtloser und ärmer werden, sondern aus Prinzip. Der das schrieb, war kein Exot. Es war Herbert Giersch, ein vor anderthalb Jahren in hohem Alter verstorbener Wissenschaftler, der jahrzehntelang als «Doyen der deutschen Volkswirtschaft» galt. Er war Regierungsberater, Gründungsmitglied der «Fünf Wirtschaftsweisen», Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, prägender Lehrbuchschreiber und Ausbilder mehrerer Generationen von Ökonomen, die heute in Banken, Verbänden, Unternehmen zu finden sind.» Die Autorin macht auch auf die Nähe beispielsweise des amtierenden italienischen Regierungschefs zu Goldman Sachs aufmerksam und auf das Credo, das er und andere vertreten, die trotzdem als unabhängig gelten: «Sie loben die Schuldenbremse, geboren aus dem Diktat der leeren Kassen, und empfehlen sie nach deutschem Muster europaweit. Sie loben die Agenda 2010, die Wirtschaftsreformen des sozialdemokratischen Kanzlers Gerhard Schröder, empfehlen auch die als Vorbild für Europa.

Eine Reformagenda, die auf Privatisierung, Deregulierung der Arbeits- und Finanzmärkte, auf Steuersenkung setzte und die verblüffend nah bei den Empfehlungen lag, die der marktliberale Wirtschaftsexperte Giersch in den achtziger Jahren niederschrieb: als «Agenda für die deutsche Wirtschaftspolitik». Ungelobt bleiben die Konzepte der Ketzer, die sagen: Lasst uns mehr Steuer auf Vermögen, Erbschaften und Kapitaleinkünfte erheben, der private Reichtum ist ja in dem Maße gewachsen, wie das Geld den öffentlichen Kassen fehlt. Oder die auf die Idee kommen, man könne Griechenland zunächst einmal helfen, wirtschaftlich auf die Beine zu kommen, mit einer Art Marshall-Plan.»

Anmerkungen:

Auch hier finden sich in der Form des Essays Hintergründe, Positionen und Analyse-Elemente, das sich in der «Alltagsarbeit» nicht wiederfinden.

8 SERIE EURO-KRISE IN 2012 (WIRD NICHT GEZÄHLT)

Beispiel Italien:

Von der Serie wurde nur der Teil über Italien analysiert; die Überschrift lautet «Die Episode Monti». Neben einer allgemeinen Darstellung der allgemeinen Lage gibt es ein längeres Interview mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Monti, «der grundsolide Wirtschaftsprofessor und ehemalige EU-Wettbewerbskommissar», ein Porträt des Unternehmens Prada, eine Beschreibung der Lage der Jugend («Italiens Jugend ist der große Verlierer der Krise. Aus Akademikern werden Nesthocker, viele fliehen ins Ausland, wenige wagen sich zurück.»), ein Text über Klischees, ein Porträt von Veneto, dem «Kraftwerk der italienischen Wirtschaft», und noch eine Beschreibung der Lage in Siena und über das mögliche Comeback von Berlusconi.

Die hier interessierenden Themen und Aspekte spielen keine Rolle oder eine am Rande.